



Ein Vierteljahrhundert
IG SOCIAL Wien
 50 Ausgaben der Wandzeitung

Zum Geleit

Im März 2011 ist die erste Ausgabe der Wandzeitung der damaligen work@social Wien erschienen. Die 50. haben wir als nun aufgelöste Interessengemeinschaft Social Wien 14 Jahre später im August 2024 als letzte Ausgabe veröffentlicht. Das ist einerseits ein Grund zum Trauern und andererseits ein Grund zur Freude.

Mit der Erstellung unserer Wandzeitungen war stets viel Herzblut, Schweiß, Hirnschmalz und auch Diskussion verbunden. Stets haben wir versucht, die Entwicklungen im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich nicht nur zu begleiten und zu kommentieren, sondern auch gemeinsam mit Kolleg:innen in zahlreichen Betrieben aktiv voranzutreiben. Was 2011 vielen noch utopisch erschien, wurde Jahre später oft Realität – von einer Arbeitszeitverkürzung bis hin zu Streiks in unserer Branche. Insofern war unsere Wandzeitung oft der ‚Stimmungsmesser‘ unserer Branche.

Das ist ein guter Grund all das, was wir mit diesem Medium, auf das wir mehr als nur stolz sind, geleistet haben, Revue passieren zu lassen. Daher haben wir uns dazu entschieden, alle 50 Ausgaben in einem Sammelband zusammenzufassen, welcher viele Entwicklungen unserer Branche in diesem langen Zeitraum nicht nur nachlesbar, sondern vor allem greifbar macht.

Ein Ende ist oft auch ein Neuanfang. Künftig wird diese Wandzeitung österreichweit vom Ausschuss der IG Social, dem auf Basis der Statutenreform unserer Gewerkschaft GPA neuen bundesweiten Gremium, weiter herausgegeben.

Das ist ein Grund zur Freude! Auch weil es zeigt, dass es – wie schon so oft – wir Beschäftigten waren und sind, welche den Takt der Arbeiter:innenbewegung in unserem Land vorgeben. Aktive Kolleg:innen aus Wien werden auch künftig einen Beitrag zu dieser Wandzeitung und für die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in unserer Branche leisten.

Glück auf!

Axel Magnus
Landesvorsitzender
der IG Social Wien

Selma Schacht
Vorsitzende
des Ausschusses der
IG Social

Mario Ferrari
Landesgeschäftsführer
der Gewerkschaft GPA
Wien



Wir lassen uns nichts mehr gefallen!

Dambruch. Lange hat es so ausgesehen, als wenn der Gesundheits- und Sozialbereich eine kampflose Branche wäre. Die KollegInnen in Oberösterreich haben das Gegenteil bewiesen.

Es reicht! Das denken sich die KollegInnen im Sozialbereich schon lange. Maßnahmen gegen die oft untragbaren Arbeitsbedingungen waren bisher allerdings Mangelware – ganz im Gegensatz zu Deutschland, wo Streiks im Sozial- und Gesundheitsbereich schon an der Tagesordnung stehen.

Wir Beschäftigten sind der Politik scheint's egal. Für die Banken gab es Milliarden – für uns nicht einmal Peanuts. Viel zu lange haben wir geschwiegen, haben uns – aus Verantwortung für unsere KlientInnen und PatientInnen – ohne aufzumucken alles gefallen lassen. Doch jede Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen geht auf Kosten der von uns Betreuten. Jeder Kampf für deren Verbesserung ist also ein Kampf für die KlientInnen und etwas mehr an gesellschaftlichem Ausgleich.

Der Kampf der KollegInnen in Oberösterreich gegen die Kürzung des Budgets in drei Einrichtungen um 33% und 118 Kündigungen hat gezeigt, dass wir anfangen, uns zu wehren. Immerhin haben mehr als 3.000 Streikstunden und kämpferische Demonstrationen dazu geführt, dass die Kündigungen auf 34 reduziert wurden und die Krisendienste weiter finanziert werden. Auch wurde ein Sozialplan abgeschlossen. Aber das reicht nicht! Jede Kündigung ist eine zu viel. Doch der Kampf im öster-

reichischen Sozialbereich hat damit (endlich) begonnen.

Aber die Angriffe in Oberösterreich waren kein Einzelfall. Nur wenig später wurden bei Sozial Global in Wien 385 Änderungskündigungen angedroht. Damit sollen langjährige Beschäftigte gezwungen werden, in den für sie schlechteren BAGS-Kollektivvertrag zu wechseln. Als GPA-djp haben wir uns sofort dagegen ausgesprochen und work@social hat sich vollkommen mit dem zu erwartenden Kampf der KollegInnen solidarisiert. Doch die nächsten Angriffe sind bereits erfolgt (Steiermark, Salzburg, ...).

Offenbar droht also in nächster Zeit ein verallgemeinerter Angriff der politisch Verantwortlichen auf den Sozialbereich. Also müssen wir uns auch gemeinsam dagegen wehren. Dass wir das können, hat die Demonstration am 14.01.2010 für einen besseren BAGS-Kollektivvertragsabschluss eindeutig bewiesen.

Jetzt gilt es, einen Schritt weiter zu gehen. Wie dieser aussehen muss, haben die KollegInnen in Oberösterreich gezeigt. Wir im Sozialbereich lassen uns nichts mehr gefallen. Wenn die Geschäftsführungen und die politischen Verantwortlichen unsere Arbeits- und Lebensbedingungen bedrohen, werden wir uns wehren – auf der Straße und in den Betrieben.



Es reicht! Der Sozialbereich wehrt sich endlich.

Wo ist die Sozialmilliarde?

Die im Vorjahr vom GPA-Vorsitzenden Wolfgang Katzian angestrebte parlamentarische Enquete zur Forderung einer Sozialmilliarde ist trotz bereits festgelegtem Termin an der ÖVP gescheitert. Die Länder haben jedoch von der Bundesregierung für

2011 zusätzliche Budgetmittel auch und vor allem zur Investition in den privaten Sozial- und Pflegebereich erhalten.

Eine jedenfalls verbindliche Zweckwidmung ist aber offenbar nicht erfolgt, wie die Ereignisse in Oberösterreich gezeigt

haben! Mit einer „§ 15a-Vereinbarung“ könnte der Bund die Bundesländer diesbezüglich in die Pflicht nehmen.

Die GPA-djp wird jedenfalls ihr Ziel nicht aufgeben und an ihrer Forderung nach einer Sozialmilliarde vehement festhalten!

Nein zu Lohndumping & Kürzungen!

In Salzburg weigert sich die Landesregierung, den Organisationen im Sozial- und Gesundheitsbereich genug Budget bereit zu stellen. Dieses ist notwendig, um wenigstens die im Kollektivvertrag vereinbarte Lohn- und Gehaltserhöhung abzugelten.

In der Steiermark wird das Sozialbudget massiv gekürzt – Kündigungen und Leistungsstreichungen für behinderte Kinder stehen bevor.

Es wird immer weniger Geld für die Beschäftigten und die Arbeit im Sozialbereich zur Verfügung ge-

stellt. Das bedeutet, dass in Zukunft mehr KlientInnen von einer/m Beschäftigten betreut werden müssen, Angebote gestrichen und die Arbeitsbedingungen immer schlechter werden. Nein zu Lohndumping, Leistungsverdrückerung und Sozialabbau!

work@social – Dein Netzwerk im Sozial- und Gesundheitsbereich

Die Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich sind belastend, die Bezahlung ist niedrig, die Anforderungen hoch. Der Stress ist gewaltig, Abschalten fällt schwer. Die AktivistInnen von work@social wollen diese Bedingungen und den derzeitigen sozialen Rückschritt nicht einfach hinnehmen. Wir haben uns zusammengeschlossen, um etwas zu verändern!

Was wir fordern - wofür wir kämpfen:

- ★ Anerkennung des gesellschaftlichen Werts unserer Tätigkeit - ein warmer Händedruck genügt uns nicht!
- ★ Verbesserung der Arbeitsbedingungen – keine Kürzungen bei den Sozialbudgets!
- ★ Her mit bundesweiten gesetzlichen Regelungen unserer Arbeit (Berufsbild – Berufsschutz)!
- ★ Gegen die (Selbst-) Ausbeutung der Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich!
- ★ Durch unsere Treffen und Aktionen können alle mitreden und mitmachen. Jede/r, egal ob Betriebsratsmitglied oder nicht, kann aktiv werden. Die Angebote stehen auch allen offen, die (noch) nicht Gewerkschaftsmitglied sind.
- ★ Die bereichsübergreifende gewerkschaftliche Arbeit im sozialen Sektor ist unser Motor; bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen sind unser Ziel!

Hier eintragen: www.gpa-djp/social

Unsere nächsten Veranstaltungen & Aktionen

Wie weiter im Sozialbereich nach Streik & Kündigungen?

mit Johannes Reiter (Vorsitzender der IG work@social ÖÖ und Streikleitung bei pro mente ÖÖ)

Zeit: Donnerstag 24.03.2011, 18 Uhr
Ort: GPA-djp, Alfred Dallinger-Platz 1
1030 Wien

Steiermark steht auf

Starkes Zeichen. 15.000 Menschen und Gewerkschaften protestieren bei zweiter Großdemo in Graz gegen steirisches Kürzungsbudget.

Vier Stunden lang wälzte sich ein riesiger Demozug durch Graz. Rund 15.000 Menschen protestierten am 26. April in Graz gegen das steirische Sparpaket. Die Landesregierung ist entschlossen, das Budget durch drastische Kürzungen im Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Kulturreisort zu sanieren. Der steirische ÖGB hatte am Tag vor der Beschlussfassung im Landtag gemeinsam mit der „Plattform 25“ zur Demonstration aufgerufen.

Aus allen Teilen der Steiermark, aus ganz Österreich kamen KollegInnen mit Bussen der Fachgewerkschaften an. Denn die nun beschlossenen Kürzungen treffen alle Beschäftigten, aber gerade jene am härtesten, die auf eine Unterstützung durch die Politik am meisten angewiesen wären. So wird es nun neben z.B. der Streichung der Pendlerbeihilfe auch die ersatzlose Streichung von Leistungen und existenzbedrohende Kürzungen der Mittel für Menschen mit Behinderung, in der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendwohlfahrt und bei zahlreichen Sozial- und Kulturinitiativen geben, der Regress für Angehörige bei Pflegekosten wird wieder eingeführt, die Mindestsicherung wird massiv verschlechtert, ...

„Während für Prestigeprojekte und medienwirksame Spektakel, ohne mit der Wimper zu zucken, riesige Summen ausgegeben werden, werden in anderen Bereichen langfristig tausende Arbeitsplätze vernichtet und Existenzen zerstört. Viele Steirerinnen und Steirer werden allein durch das Belastungspaket der Landesregierung in die Armut gedrängt.“ (www.plattform25.at)

Auch wenn die großen und großartigen Proteste nicht verhindert haben, dass dieses Belastungspaket beschlossen wurde, sie haben gezeigt, dass die gemeinsame Mobilisierung der Betroffenen – Beschäftigte und KlientInnen – möglich ist. Und dass die Gewerkschaften können, wenn sie denn wollen.

Für uns kann das nur heißen: Weiter Druck machen und so zeigen, dass wir uns zusammenschließen und wehren können. Denn dass auch in Wien massive Kürzungen anstehen, wird wohl leider nicht nur ein Gerücht bleiben.

Daher ein Abschluss von den SprecherInnen der „Plattform 25“: „Das Ergebnis des Budgetlandtages ist nur Ansporn für uns, unseren Protest fortzusetzen – die Landesregierung wird sich noch wundern!“.



Nach Oberösterreich die Steiermark. Der Sozialbereich steht überall auf und wehrt sich.

Kranke Häuser im Sparwahn

Laut einer Studie von AK und ÖGB geben 25% der Beschäftigten des Krankenanstaltsverbunds (KAV) an, von Burn-Out betroffen zu sein. Trotzdem will die Wiener Landesregierung weitere 50 Millionen Euro im KAV einsparen. Dies soll vor allem über Einsparungen beim

Personal erreicht werden. Zusätzlich wird hochqualifiziertes Personal durch billigere Hilfskräfte ersetzt – eine schleichende Entprofessionalisierung zu Lasten der PatientInnen.

Diese „Reformen“ sollen mit aller Härte durchgezogen werden. Umso wichtiger ist daher, dass

ab sofort alle Betroffenen informiert werden und über alle erforderlichen gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen nicht nur mitdiskutieren, sondern diese vor allem auch entscheiden. Widerstand als Gesundheitsvorsorge – fürs Klientel und für uns Beschäftigte!

Budapest statt Brüssel

Unter dem Deckmantel der Krise herrscht in der EU der Sparwahn. Brüssel will in die Lohngestaltung (gar eine Deckelung für Gehälter und Löhne ist angedacht!) in den Mitgliedsstaaten ein-

greifen. Um dies zu verhindern, haben am 9.4. über 50.000 GewerkschafterInnen anlässlich einer Tagung der FinanzministerInnen in Budapest gegen Sparmaßnahmen, für gerechte Bezahlung und Jobs demonstriert.

Das ist der Weg zur Durchsetzung unserer Interessen: Demos und gewerkschaftliche Kampf-

maßnahmen! Der Wettlauf um die niedrigsten Löhne, die schlechtesten soziale Absicherung und die geringsten Unternehmenssteuern hat in die Krise geführt.

Daher: Keine Kürzungen, sondern stark progressive Gewinn- und Vermögensbesteuerung zum Ausbau der Sozialsysteme jetzt!

work@social – Dein Netzwerk im Sozial- und Gesundheitsbereich

Die Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich sind belastend, die Bezahlung ist niedrig, die Anforderungen hoch. Der Stress ist gewaltig, Abschalten fällt schwer. Die AktivistInnen von work@social wollen diese Bedingungen und den derzeitigen sozialen Rückschritt nicht einfach hinnehmen. Wir haben uns zusammengeschlossen, um etwas zu verändern!

Was wir fordern - wofür wir kämpfen:

- ★ Anerkennung des gesellschaftlichen Werts unserer Tätigkeit - ein warmer Händedruck genügt uns nicht!
- ★ Verbesserung der Arbeitsbedingungen – keine Kürzungen bei den Sozialbudgets!
- ★ Her mit bundesweiten gesetzlichen Regelungen unserer Arbeit (Berufsbild – Berufsschutz)!
- ★ Gegen die (Selbst-) Ausbeutung der Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich!
- ★ Durch unsere Treffen und Aktionen können alle mitreden und mitmachen. Jede/r, egal ob Betriebsratsmitglied oder nicht, kann aktiv werden. Die Angebote stehen auch allen offen, die (noch) nicht Gewerkschaftsmitglied sind.
- ★ Die bereichsübergreifende gewerkschaftliche Arbeit im sozialen Sektor ist unser Motor; bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen sind unser Ziel!

Hier eintragen: www.gpa-djp/social

Wiener Sozial- und Gesundheitsbereich gesichert?!?

Podiumsdiskussion mit Peter Hacker (Geschäftsführer FSW), Axel Magnus (Betriebsratsvorsitzender SDW), Karl Proyer (stv. Bundesgeschäftsführer GPA-djp), Selma Schacht (Vorsitzende work@social) und Juliana Strohmayer (Betriebsrätin Wiener Sozialdienste)
Zeit: Montag 23.05.2011, 18 Uhr
**Ort: GPA-djp, Alfred Dallinger-Platz 1
 1030 Wien, VISTA3**

Als Mensch weniger zählen ...

Wirtschaft jubelt. Angst vor Arbeitsplatzverlust nimmt zu.

Weniger Krankenstände, die Menschen leben gesünder“ jubelt die Wirtschaft, denn die Krankenstände nehmen seit der Wirtschaftskrise ab. Das ist nicht auf eine plötzliche Gesundung der Bevölkerung zurückzuführen, sondern auf die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust.

Die Krise macht krank – physisch aber auch psychisch. Dazu meinte Karl Dantendorfer von „pro mente“: „Die Wirtschaftskrise drückt auf die Psyche – bei Gesunden und bei jenen, die nicht ganz gesund sind noch viel stärker ... Zukunftsangst macht Stress und erhöht Hormonspiegel – Hormonspiegel, die wir nicht brauchen können – und das bewirkt die Depression.“

Druck, Druck, bis es dich zerdrückt!

Während Arbeitsunfälle zurückgehen, sind psychisch bedingte Krankenstände im Vormarsch. Die Zahl der psychischen Erkrankungen je 1.000 Beschäftigter ist von 16,7 auf 21,3 gestiegen. 65.525 ArbeitnehmerInnen ließen sich im Vorjahr wegen Alkoholum, Depressionen oder Burnout krank schreiben, davon 40.856 Frauen. So berichtet die Psychotherapeutin Eva Mückstein über Burnout als einem der dominanten Leiden und erzählt von Klagen über Leistungsdruck, Kon-

kurrenzzwang und harte Arbeitsbedingungen. „Die Leute haben den Eindruck, der Maschinerie von Profitgier und globalisiertem Kapitalismus ausgeliefert zu sein und als Mensch weniger zu zählen. Das führt zu Resignation.“

Diagnose: Kapitalismus

Für viele ist der Zusammenhang zwischen Umwelt und Innenleben verschlossen. Zu intim, zu individuell, zu einzigartig erscheinen die eigenen Gefühle und Wahrnehmungen. Und der Mensch braucht gute, sichere Rahmenbedingungen, um sich wohl zu fühlen. Dazu gehört neben den Grundbedürfnissen, auch das Gefühl, gebraucht zu werden, sowie selbst mitbestimmen und gestalten zu können. Entgegen der Mär von „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ gibt es gesellschaftliche Bedingungen, die dem Glück entgegen stehen. Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Armut, Kriegshetze und konservative Gleichschalterei (Stichwort Schönheitswahn) schlagen sich in der Psyche nieder.

Eine Studie zeigt, dass regelmäßiges Demonstrieren positive Auswirkungen auf Angststörungen und Depressionen hat. In diesem Sinne: Heraus auf die Straße und get activ bei work@social!



Über dem Tellerrand geschaut

Am 16.6. sind die SozialarbeiterInnen Frankreichs im Rahmen eines nationalen Aktionstages in zahlreichen Städten erneut auf die Straße gegangen, um Lohnerhöhungen und eine bessere Anerkennung ihrer Ausbildung einzufordern. Ihre Arbeit wird in Anbetracht der Verarmung als Folge der Wirtschaftskrise immer mehr, aber ihre Arbeitsbedingungen werden immer schlechter: Posten werden gestrichen und die Aufgaben werden immer komplexer.

Dieser Protest hatte aber auch einen politischen Charakter. Gerade junge KollegInnen und Studierende fordern ein, dass Sozialarbeit wie in ihren Anfängen wieder ei-

nen politischen Charakter bekommen muss statt einzig und alleine (staatliche) Unterstützungsleistungen anzubieten und die Betreuten so zu Abhängigen zu machen. Diese müssten vielmehr dazu befähigt werden, ihre Forderungen selbst zu vertreten und durchzusetzen. Eine solche Repolitisierung könnte dem Sozialbereich auch hierzulande nur gut tun.

Aus Protest gegen die Nichtanrechnung aller Ausbildungszeiten haben KollegInnen in Marseille ihre Diplome symbolisch verbrannt. Da die Anforderungen weiter steigen, die Aufgaben mehr werden, die Armut der Familien zunimmt und auch die Präkarisierung der Ar-

beitsbedingungen voranschreitet, ohne dass es zu Lohnerhöhungen kommt, werden die Proteste weiter gehen – da waren sich die AktivistInnen am Aktionstag einig.

Ihr Motto lautet weiterhin: *Le travail social mérite mieux* – Soziale Arbeit ist mehr wert!

Wir bleiben dran!

Nach der Absage der Podiumsdiskussion mit Peter Hacker versuchen wir im Frühjahr 2012 erneut, die politischen EntscheidungsträgerInnen und GeldgeberInnen bei einer Veranstaltung in die Verantwortung zu nehmen. Details folgen!

work@social – was machen die denn da?

Es ist Dienstag später Nachmittag, und die meisten sind schon da. Es wird heiß diskutiert: „Willst du den Text für die Broschüre wirklich so betiteln?“ „Wer fällt euch sonst noch ein für die Diskussionsrunde?“ „Wir sollten in der Wandzeitung echt mal den psychischen Druck thematisieren!“ „Was halten wir von den Einsparungen in der Steiermark?“ „Gibt es bei euch im Betrieb in Folge der Budgetkürzungen schon zu wenig Personal, unzureichende Nachbesetzungen, unbezahlte Überstunden oder gar Änderungskündigungen?“

Nachdem die letzte Kollegin, etwas gestresst von der Arbeit, im Sitzungsraum der GPA-djp eingetroffen ist, bringt unsere Regionalsekretärin Birgit die Regionalausschusssitzung der IG work@social Wien in geordnete(re) Bahnen. Die Themen geben wir uns selbst vor, Vorhaben und Projekte werden gemeinsam geplant. Klar ist: Unsere Zielgruppe sind – wie alle Regionalausschussmitglieder – Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Unser Ziel: Die bereichsübergreifende gewerkschaftliche Arbeit im sozialen Sektor, Netzwerken, informieren – aber vor allem auch gemeinsam agieren. Und wir fordern Anerkennung des gesellschaftlichen Werts unserer Tätigkeit – ein warmer Händedruck genügt uns nicht!

Wenn du selbst aktiv werden und/oder kandidieren willst, dann melde dich unter birgit.ivancsics@gpa-djp.at oder komm zu unserer Veranstaltung zu den kommenden Wahlen am 24.10. um 18 Uhr in der GPA-djp!

Seminar von work@social

„Es geht um mehr! Organizing im Sozial- & Gesundheitsbereich“

- ★ Der Druck in deinem Betrieb/Verein wird immer größer?
- ★ Die Arbeit wird intensiver, die Ressourcen weniger?
- ★ Das Problem betrifft nicht nur dich, sondern viele KollegInnen?

Es ist Zeit, dass wir Verantwortung für uns selbst übernehmen, damit sich unsere Arbeitssituation verbessert. Dafür müssen wir uns zusammenschließen, uns über unsere Probleme austauschen und einen Plan überlegen, wie wir den Druck, den Arbeit- und Fördergeber täglich machen, zurückgeben können. Alle Interessierten sind beim Seminar herzlich willkommen!

**14.-15.10.2011, City Hotel Stockerau
Infos & Anmeldung unter: www.gpa-djp.at/social**

Auch wir verdienen viel mehr!

Kollektivvertragsverhandlungen. Sozialbereich steh einmal mehr auf!

Die Inflation betrug in den letzten Monaten rund 3,5% und ist damit sehr hoch. Noch dramatischer ist aber, dass der Miniwarenkorb (der für SchlechtverdienerInnen – und das sind die meisten KollegInnen im Sozial- und Gesundheitsbereich leider – relevant ist, da er einen durchschnittlichen Wocheneinkauf abbildet) das ganze Jahr rund um 7% gependelt ist.

Gleichzeitig belegen Zahlen der AK, dass es in den letzten Jahren kontinuierlich Reallohnverluste gegeben hat – wir uns also weniger um unser Geld kaufen können. Und diese werden um so höher, je niedriger das Gehalt ist.

Richtig dramatisch wird es aber, wenn wir unseren Verdienst der Armutsgrenze der EU gegenüberstellen. Letztere liegt bei 60% des Medianeinkommens (50% verdienen mehr, 50% weniger) in einem Land. 2009 (aktuellste Zahlen) lag diese in Österreich für einen Ein-Personen-Haushalt bei 994,- netto, bei einem/r Erwachsenen und einem Kind bei 1.293,-. Im gleichen Jahr verdienten laut Statistik Austria 25% aller Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich unter ca. 654,- und die Hälfte unter 1.312,- im Monat (14 Gehaltsauszahlungen auf 12 Monate

gerechnet). Sogar der Durchschnitt aller Einkommen (beim Durchschnitt kommen hohe Einkommen stärker zum Tragen, da hier z.B. auch GeschäftsführerInnen einberechnet werden) lag 2009 nur bei 1.360,-, was belegt, dass die unteren Einkommensgruppen bei uns deutlich überrepräsentiert sind. Und dieses Missverhältnis hat sich seither nicht verbessert.

Wir müssen also davon ausgehen, dass zumindest ein Drittel der Beschäftigten der Branche unter der ohnedies sehr niedrigen Armutsgrenzeschwelle liegen. Das kann es doch wirklich nicht sein, dass gerade wir – die wir eine gesellschaftlich enorm wichtige Arbeit machen – mit Armut bezahlen müssen!

Die MetallerInnen haben heuer gezeigt, wie es geht. Um unsere Lebensbedingungen zu sichern, bräuchten wir aber einen viel höheren Abschluss als die Beschäftigten in dieser besser bezahlten Branche. Dafür werden wir kämpfen müssen, weil die ArbeitgeberInnen und die Politik das sicherlich nicht freiwillig hergeben. Bereiten wir uns also alle darauf vor, für uns selbst einzutreten und für einen hohen, d.h. gerechten, Lohnabschluss zu tun, was auch immer erforderlich ist.



Ressourcenvernichtung durch Kontrollwahn

Im Sozial- und Gesundheitsbereich ist seit einigen Jahren neben Einsparungen beim Personal und deutlich steigendem Arbeitspensum eine ständige Zunahme von neuen Dokumentationserfordernissen und Kontrollen beobachtbar. Und oft weiß niemand, was mit diesen Daten getan werden soll.

Die sukzessive Bürokratisierung und Arbeitsverdichtung belastet nicht nur die KollegInnen, sondern in ihrem beruflichen Selbstverständnis als auch gesundheitlich, sondern lässt immer weniger Zeit für die eigentliche Kerntätigkeit in der unmittelbaren Arbeit mit KlientInnen und PatientInnen.

Das verschlechtert die Arbeitsbedingungen, stellt Sinnstiftung und Qualität unserer Leistungen in Frage und ist auch höchst unwirtschaftlich.

Wir fordern daher als Entlastung: Konsequente Entbürokratisierung und die Abkehr vom Dokumentations- und Kontrollwahn!

Stoppen wir das Sparpaket!

Per Verfassungsgesetz sollen die Budgets der öffentlichen Haushalte bis 2017 ausgeglichen bilanzieren. Diese sog. Schuldenbremse soll die Staatsverschuldung wieder unter 60% des BIP senken.

Dazu müssen jedes Jahr 2 Milliarden eingespart werden. Das soll v.a. bei den Pensionen, den Beschäftigten im öffentlichen

Dienst und den ÖBB geschehen. Die Regierung will so das Tripple-A verteidigen, um nicht noch mehr Zinsen für die Schulden zahlen zu müssen. Die SPÖ überlegt zusätzlich eine „Reichensteuer“.

Der Bund hat 2010 für Zinsen rund 10 Milliarden gezahlt. Damit wären die geforderten Bildungs- und Sozialmilliarden locker zu

finanzieren. Als Alternative zum Sparpaket müssen daher die Streichung der Staatsschulden und der Zinsenlast an das private Kapital, die Verstaatlichung des Finanzsektors unter demokratischer Kontrolle sowie die Einführung stark progressiver Vermögenssteuern diskutiert werden. Kapitalismusbremse statt Sparpaket!

work@social – der neue Wiener Regionalausschuss



von Links: Günther Haberl, Christian Paolo Müller, Lis Mandl (Frauenbeauftragte), Axel Magnus (stv. Vorsitzender), Selma Schacht (Vorsitzende), Christine Kelnberger, Ronald Lugerbauer

Podiumsdiskussion

Diagnose Kapitalismus

Steigende Krankenstände, Burn-Out, Depressionen, Mobbing, Stress in der Arbeit rund um die Uhr ... Darüber und wie wir uns dagegen zur Wehr setzen können diskutieren:

- ★ Lis Mandl (work@social)
- ★ Eva Mückstein (Präsidentin Österreichischer Bundesverband für Psychotherapie)
- ★ Jürgen Stastny (Betriebsrat PSD, Arzt)

Mittwoch 25.01.2012, 18 Uhr

Scriptura
 Löschenkohlgrasse 6, 1150 Wien
 (Nähe Stadthalle)

Wir verdienen mehr!

Kollektivvertragsverhandlungen. Ein Abschluss ist ein Abschluss ist ein Abschluss

Wir hatten uns mehr erwartet! Die Ergebnisse sind bekannt – bei den Gehältern können wir nicht gerade jubeln. In einer Branche, in der wir Beschäftigten um ca. 17% unter dem Durchschnittseinkommen liegen, ist mehr notwendig, um diese Differenz zu verringern. Dazu sind Abschlüsse erforderlich, die über allen anderen Branchen liegen, so dass diese 17% nicht schnell noch mehr werden.

Auch während der heutigen Kollektivvertragsverhandlungen haben viele tausend KollegInnen auf Betriebsversammlungen und Demonstrationen bewiesen, dass sie bereit sind, für höhere Gehälter und besser Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Doch zwischen den Zeilen – und nicht nur dort – haben die CheffInnen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass ihnen die Demos nicht wehtun, solange in den Betrieben gleichzeitig alle erforderlichen Leistungen erbracht werden. Das muss sich in Zukunft also ändern.

Und dazu brauchen wir vor dem nächsten Mal eine Eskalationsstrategie, die keinesfalls auf halber Strecke endet – unter Einbindung aller KollegInnen. In Anbetracht der für den Öffentlichen Dienst beschlossenen Nulllohnrun-

de werden die nächsten Kollektivvertragsverhandlungen für uns sicherlich härter als alles, was wir bisher erlebt haben.

Zu hinterfragen ist auch, dass nur die CheffInnen sind, was in der profitorientierten Privatwirtschaft vollkommen berechtigt ist. Denn unsere CheffInnen haben gar nicht genug Geld, um uns ordentlich zu bezahlen. Sie müssen ihrer Verantwortung nachkommen und die erforderlichen Mittel bei der Politik durchsetzen, statt nur deren BotInnen zu sein.

Nur von dieser kann eine ausreichende Finanzierung kommen – sie entscheidet letztlich über unsere Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir Beschäftigten müssen also gewerkschaftlichen Druck auf die ArbeitgeberInnen und gleichzeitig auf die politischen EntscheidungsträgerInnen ausüben. Betrieblicher Kampf kombiniert mit öffentlichkeits- und medienwirksamen Aktionen wie Mahnwachen oder Bürobesetzungen bei PolitikerInnen nach dem Motto „X ist dafür verantwortlich, das heute weder ältere Menschen gepflegt noch Behinderte betreut werden“ ... wären medienwirksam und tun ihnen weh – die nächste Wahl kommt ganz bestimmt.



Nein zur Schuldenbremse – Kampfmaßnahmen gegen Einsparungen vorbereiten

Bei einer Versammlung vor Wirtschaftsvertretern skizzierte Finanzministerin Fekter ihre Sparpläne für den Fall, dass die Schuldenbremse in der Verfassung verankert wird. Unter anderem sieht sie Einsparungspotential durch „Eindämmung der Frührenten, Beseitigung des Förderdrehchungs, Senkung der (Personal-)Kosten in den Schulen, Kostensenkungen bei den ÖBB und Reformen bei den Spitälern“. Wir wissen was das wirklich bedeutet: Die Regierung wird in den

kommenden Monaten versuchen, die Spekulanten an den Finanzmärkten durch drakonische Einsparungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, bei den Pensionen und dem öffentlichen Verkehr ruhig zu stimmen. Die GPA-djp Jugend Salzburg erklärt, dass sie sich dieser kapitalistischen Logik nicht beugt und es notwendig ist, schon jetzt Kampfmaßnahmen dagegen vorzubereiten.

Uns ist ein gutes Leben für ArbeiterInnen, Angestellte, Jugendliche und

PensionistInnen wichtiger als der Erhalt dieses ausbeuterischen Systems.

Wir fordern auch alle GewerkschaftsvertreterInnen im Parlament dazu auf, gegen die Schuldenbremse und gegen jegliche Einsparungen in oben genannten Bereichen zu stimmen, auch wenn diese zusammen mit Vermögenssteuern oder ähnlichem schmackhaft gemacht werden sollten.

Resolution der GPA-djp Jugend Salzburg von November 2011

work@social – was tun die da?

Es wird heiß diskutiert: „Willst du den Text für die Broschüre wirklich so betiteln?“ „Wer fällt euch sonst noch ein für die Diskussionsrunde?“ „Wir sollten in der Wandzeitung echt mal den psychischen Druck thematisieren!“ „Was halten wir vom Sparpaket?“ „Gibt es bei euch im Betrieb auch schon zu wenig Personal, unzureichende Nachbesetzungen, unbezahlte Überstunden oder gar Änderungskündigungen?“

Die Themen geben wir uns selbst vor, Vorhaben und Projekte werden gemeinsam geplant. Klar ist: Unsere Zielgruppe sind – wie alle Regionalausschussmitglieder – Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich. Unser Ziel: Die bereichsübergreifende gewerkschaftliche Arbeit im sozialen Sektor – aber vor allem auch gemeinsam agieren. Und wir fordern Anerkennung des gesellschaftlichen Werts unserer Arbeit – ein warmer Händedruck genügt uns nicht!

Wenn du selbst aktiv werden willst, dann melde dich unter birgit.ivancsics@gpa-djp.at.

Die neue Broschüre der work@social

Unsere Interessen als Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich werden wir nur dann erfolgreich durchsetzen bzw. verteidigen können, wenn wir solidarisch denken und handeln. Die Grundprobleme sind schließlich auch die gleichen – egal wo und in welchem Beruf wir arbeiten.

Voraussetzung für das Funktionieren der vielfältigen Instrumente der Beschäftigten – eben „Die ganze Palette... Vom Gespräch bis zum Streik“ – die

in der Broschüre im Überblick und mit Beispielen dargestellt werden, bleibt das Engagement der Kolleginnen und Kollegen und ihrer Betriebsräte in den einzelnen Betrieben, das Wahrnehmen eigener Interessen durch gemeinsames Entwickeln von Aktivitäten und Tun sowie der vereinte Aufbau einer Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit für den Konfliktfall.



Denn nur gemeinsam sind wir stark!

Bestellungen unter: gabriele.papp@gpa-djp.at

Nicht mit uns Beschäftigten!

Sparpaket & Nulllohnrunde. Es wird Zeit, dass die (Super)Reichen für uns zahlen statt umgekehrt.

Jahrelang haben sie über unsere Kosten gelebt und dabei ihre Vermögen vervielfacht – die Reichen und Superreichen. Von 2008 bis 2011 sind nach Schätzungen der Nationalbank die Finanzvermögen der 75.000 MillionärInnen und MilliardärInnen in Österreich von 185 auf 250 Milliarden angewachsen. Das entspricht einem Zuwachs von über einem Drittel. Und jetzt fragen wir: Warum sind unsere Löhne in diesem Zeitraum nicht auch um ein Drittel gestiegen?

Offensichtlich gibt es in Österreich eine gewaltige Schieflage in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, wenn jene, die ohnedies genug haben, selbst während der Krise ihre Vermögen massiv vermehren können. Im gleichen Zeitraum haben wir nämlich die Kosten für ihre Krise beglichen. Und die Rechnung wird uns mit dem eben beschlossenen Sparpaket noch einmal präsentiert. Durch dieses wird einmal mehr die breite Masse der arbeitenden Menschen die Hauptkosten der Krise schultern müssen. Die Reichen hingegen tragen nur ein paar Peanuts bei.

Zu den härtesten Maßnahmen im Rahmen des Sparpaketes zählen die Nulllohnrunden im öffentlichen Dienst (die es in

manchen Bundesländern ohnedies schon gegeben hat) und die Erhöhung der Pensionen unter der Inflationsrate. Gleichzeitig wissen wir Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich, dass die Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst ein wichtiger Ausgangspunkt für die Kollektivvertragsverhandlungen in unserem Bereich sind. Immer wieder argumentieren die VerhandlerInnen der anderen Seite damit.

Also ist zu befürchten, dass das erste Angebot der ArbeitgeberInnen bei der heurigen Kollektivvertragsrunde 0% lauten wird. Und in Anbetracht der Budgetkürzungen, die ebenfalls Teil des Sparpaketes sind, wird es nicht leicht werden, einen ordentlichen Abschluss zu erzielen. Dazu ist es nämlich notwendig, dass wir uns nicht nur gegen unsere Geschäftsführungen durchsetzen, sondern auch das Sparpaket in unserem Bereich aushebeln – auf Bundes- und Landesebene.

Es liegt an uns allen, ob uns das gelingen wird, und so zu einer ordentlichen Gehaltserhöhung für 2013 zu kommen, die verhindert, dass wir uns immer weniger leisten können. Packen wir's an und beginnen jetzt mit den Vorbereitungen!



Präsentation der Broschüre der work@social

Am 18.06.2012 wurde in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlages unsere Broschüre „**Die ganze Palette... Vom Gespräch bis zum Streik**“ präsentiert. Die Begrüßung erfolgte durch Wolfgang Katzian, der feststellte, dass eine Zusammenfassung der vielfältigen Möglichkeiten von Interessensvertretung in der Arbeitswelt sinnvoll, zeitgemäß und höchst notwendig ist.

Das Podium war mit einigen AutorInnen (Selma Schacht, Günter Haberl und Axel Magnus) sowie mit Sandra Stern (Sozialwissenschaftlerin, Uni Linz) und Reinhard Bödenauer (BAGS-Kollektivvertragsverhandler) gut besetzt. Moderiert hat die gut besuchte Veranstaltung Katharina Klee (Chefredakteurin Arbeit & Wirtschaft).

Es herrschte Konsens darüber, dass die Bewältigung von arbeitsrechtlichen und anderen Problemen in der Arbeitswelt bei jeder und jedem Einzelnen selbst beginnt. Erfolgreiche Interessenvertretung kann nur MIT und nicht FÜR die KollegInnenenschaft gelingen. Die erfolgreiche Durchführung verschiedenster Maßnahmen im Arbeitskampf kann nur gelingen, wenn diese von möglichst vielen KollegInnen getragen werden.

Denn nur gemeinsam sind wir stark!

Bestellungen der Broschüre bei:
 gabriele.papp@gpa-djp.at



Solidarität mit griechischen ArbeiterInnen!

Dimitris Christoulas, ein 77-jähriger griechischer Pensionist, erschoss sich am 4. April 2012 vor dem Parlament in Athen. Seine Abschiedsworte: „Ich sehe keine andere Lösung als jene eines würdevollen Endes, bevor ich anfangen muss im Müll nach Essen zu suchen. Ich glaube, dass eines Tages die 'Jugend ohne Zukunft' Waffen in die Hand nehmen wird und die nationalen Verräter mit dem Kopf nach unten am Syntagma Platz aufhängen wird, so wie die Italiener

es mit Mussolini 1945 am Piazza Loreto in Mailand gemacht haben.“ Seit Beginn der Krise ist die Selbstmordrate im Land um 40% gestiegen.

Durch die Sparvorgaben der Troika aus EU, EZB und IWF ist das Gesundheits- und Sozialsystem nicht mehr aufrechtzuerhalten und steht vor dem Kollaps. Krankenhäuser werden geschlossen, Sozialvereine aufgelöst und staatliche Unterstützungen gestrichen. Medikamente und Röntgenbilder müssen selber bezahlt oder

das Material zum Gipsen von Brüchen selber mitgebracht werden.

Die griechischen Linken und die kämpferischen Gewerkschaften haben mit ihrer konsequenten Ablehnung der Sparpolitik neue Wege für ganz Europa aufgezeigt. Diese gilt es in allen anderen Ländern aktiv zu unterstützen!

Tipp: Ein Bericht aus einem griechischen Krankenhaus findet sich auch in der neuen Broschüre der IG work@social „Die ganze Palette...“.

work@social – was tun die da?

Es wird heiß diskutiert: „Willst du den Text für die Broschüre wirklich so betiteln?“ „Wer fällt euch sonst noch ein für die Diskussionsrunde?“ „Wir sollten in der Wandzeitung echt mal den psychischen Druck thematisieren!“ „Was halten wir vom Sparpaket?“ „Gibt es bei euch im Betrieb auch schon zu wenig Personal, unzureichende Nachhbesetzungen, unbezahlte Überstunden oder gar Änderungskündigungen?“

Die Themen geben wir uns selbst vor, Vorhaben und Projekte werden gemeinsam geplant. Klar ist: Unsere Zielgruppe sind – wie alle Regionalausschussmitglieder – Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich. Unser Ziel: Die bereichsübergreifende gewerkschaftliche Arbeit im sozialen Sektor – aber vor allem auch gemeinsam agieren. Und wir fordern Anerkennung des gesellschaftlichen Werts unserer Arbeit – ein warmer Händedruck genügt uns nicht!

Wenn du selbst aktiv werden willst, dann melde dich unter birgit.ivancsics@gpa-djp.at.

NULL = MINUS!

Nulllohnrunde. Warum Dich diese für Dein ganzes Leben lang trifft.

Immer wieder wollen ArbeitgeberInnen und PolitikerInnen, dass die Beschäftigten auf Lohn- und Gehaltserhöhungen verzichten – gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Einmal auf zwei Prozent „zu verzichten“ – das klingt vielleicht nicht so tragisch. Wenn wir uns das aber für uns selbst genau durchrechnen, kommen wir ganz schön ins Staunen: Einmal auf 2 Prozent zu verzichten – das wirkt sich das ganze weitere Arbeitsleben und sogar bis in die Pension hinein aus!

Wir im „privaten“ Gesundheits- und Sozialbereich verdienen schon jetzt um 17 % unter dem Medianeinkommen aller Privatangestellten. Bei den Kollektivvertragsverhandlungen geht es jedes Jahr also nicht „nur“ um ein paar Euro mehr pro Monat. Auf die Zukunft hochgerechnet geht es um mehrere Monatsgehälter.

Mirinda zum Beispiel ist seit acht Jahren Heilmahlförderin. Für die 30 Stunden Arbeit pro Woche bekommt sie im Monat 1.354 Euro brutto. Wenn sie nur einmal statt 2% Gehaltserhöhung keine bekommt, verliert sie innerhalb von zehn Jahren 4.151 Euro!

Lukas wiederum arbeitet als Behindertenbetreuer und kann derzeit noch, mit Nacht- und Wochenenddiensten, einen Vollzeitjob mit seinem Privatleben vereinbaren. Als Berufseinsteiger bekommt er monatlich 1.340 Euro. Wenn bei den Kollektivvertragsverhandlungen kein Plus erreicht wird, verliert er hochgerechnet auf die nächsten 10 Jahre brutto 5.709 Euro.

Und Aysel hat es nach längeren Auseinandersetzungen mit ihrem Chef endlich geschafft, als Sozialarbeiterin in Verwendungsguppe 8 eingestuft zu werden. Grundsätzlich kann sie von ihrem Bruttogehalt von 2.630 Euro ganz gut leben, doch wie wird das in Zukunft aussehen? Ohne eine Gehaltserhöhung bei den Kollektivvertragsverhandlungen würde sie innerhalb eines Jahrzehnts 8.063 Euro verlieren.

Mirinda, Lukas und Aysel sind drei von Zehntausenden, die im Sozial- und Gesundheitsbereich tagtäglich selbst ihr Sozialleben und ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, damit trotz der oft schlechten Arbeitsbedingungen die KlientInnen gut versorgt sind. Sie haben sich daher mehr verdient!



Die große Chance – Urabstimmung!

Die diesjährigen Kollektivvertragsverhandlungen für die MetalleInnen zeigen, dass sich die Gangart der Unternehmensseite nochmals verschärft hat. Um diesem Druck standhalten zu können, wird es mehr als ein Team von ein paar „ChefverhandlerInnen“ brauchen.

Eine der ältesten Traditionen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ist das Instrument der Urabstimmung. Damit können

unserer Meinung als work@social Wien nach schnell Ziele, Kampfbereitschaft und auch die Zustimmung aller Beschäftigten ermittelt werden – und das nicht nur bei Kollektivvertragsverhandlungen.

Urabstimmung aber heißt nicht, dass jedes Gewerkschaftsmitglied einfach nur individuell seine Meinung in einer Wahlurne kundtut. Jede Urabstimmung sollte vielmehr idealerweise in Form von

Betriebsversammlungen und Konferenzen der Gewerkschaft stattfinden, da diese nur so von einem Diskussionsprozess, an dem sich möglichst viele KollegInnen beteiligen können, begleitet werden. Und Urabstimmung heißt auch, dass jedes Verhandlungsergebnis VOR dem Abschluss diesem demokratischen Test unterzogen werden muss.

Dann liegt es an uns allen, wie und für welche Ziele wir kämpfen!

Gemeinsam vernetzen – diskutieren – planen

Die Veranstaltungsreihe von work@social für alle KollegInnen im Sozial- und Gesundheitsbereich in gemütlichem Rahmen

★ Mittwoch, 10. Oktober, 18.30-20.30 Uhr:

Nulllohnstunden und Budgetkürzungen stoppen!

Was können wir gemeinsam als Gewerkschaft und in den Betrieben dagegen tun?

★ Mittwoch, 7. November, 18.30-20.30 Uhr:

Die Angst nehmen

Wie können wir uns stark machen gegen den wachsenden Druck, um nicht auszubrennen? Wir wollen gemeinsam selbstbewusst aktiv ins Geschehen eingreifen!

★ Donnerstag, 6. Dezember, 18.30-20.30 Uhr:

Bilanz und weitere Perspektiven der heurigen Gehaltsverhandlungen

Was ist bisher geschehen und was kommt noch auf uns zu?

Ort jeweils: **Sozialökonomisches Beschäftigungsprojekt pool7**
Rudolfsplatz 9, 1010 Wien

Du bist herzlich willkommen!

Achtung Einsturzgefahr

Aufruf zur bundesweiten Demonstration!

Samstag 6.10, 13 Uhr, Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Sicher stimmst du uns zu, dass die Beschäftigten in Kindergärten, Horten und Einrichtungen zur Freizeitbetreuung bessere Arbeitsbedingungen verdienen – zum eigenen Wohle und dem der ihnen anvertrauten Kinder! Daher ruft die GPA-djp gemeinsam mit zahlreichen BetriebsrätInnen und weiteren Gewerkschaften zu einer österreichweiten Kundgebung auf, um folgende Forderungen zu stellen:

- ★ bessere Arbeitsbedingungen, wie mehr Vorbereitungszeit, bessere Bezahlung, geringere Kinderanzahl
- ★ ein einheitliches Bundesgesetz für den Elementarbereich
- ★ Ausbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten, nicht zulasten der Qualität!

Setz mit uns ein Zeichen, komm zur Demonstration – es liegt auch in deiner Hand!

Her mit Mehr!

Kollektivvertragsverhandlungen. Sei dabei und misch dich ein!

Jetzt geht's los! Eigentlich ist es ja schon losgegangen, aber wir befinden uns trotzdem nicht am Fußballplatz. Wir befinden uns auf dem Kampfplatz unterschiedlicher Interessen. Nichts anderes sind nämlich Kollektivvertragsverhandlungen.

Und bei den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen im Sozialbereich, die erstmals gemeinsam für BAGS, Caritas und Diakonie geführt werden, geht es um viel. Die Inflation steigt wieder kontinuierlich an und wird für das Jahr 2012 insgesamt wohl bei rund 2,5% zu liegen kommen. Wenn wir die sog. kalte Progression einrechnen, ist also ein Abschluss von zumindest 3% erforderlich, nur um zu verhindern, dass unsere Gehälter weniger wert werden (Reallohnverlust).

Der für Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich ebenso wie im Handel, der privaten Bildung und eine Reihe anderer Branchen relevanter Miniwarenkorb (Inflation für den wöchentlichen Einkauf) steigt seit Monaten konstant um über 4%.

Gleichzeitig liegen die Gehälter im Sozialbereich rund 17% unter dem Durchschnitt der Kollektiv-

verträge. Die KollegInnen haben das erkannt. Daher liegen auch die Forderungen der BetriebsrätInnen, die sich an der von GPA-djp und vda durchgeführten Befragung zu den Kollektivvertragsverhandlungen beteiligt haben, deutlich über den 3%, die bisher de facto bei allen wichtigen Kollektivvertragsverhandlungen erreicht wurden.

Aber es geht nicht nur ums Geld. Auch im sog. Rahmenrecht werden wichtige Punkte verhandelt. Dazu gehören u.a. eine bessere Anrechnung von Karenzzeiten, ein Rechtsanspruch auf Pflegezeit bzw. Pflegekarenz oder auch die Einrechnung von Zuschlägen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Daher ist es Zeit, dass wir aufstehen und für unsere Interessen eintreten. Der erste Schritt dazu sind österreichweite Betriebsversammlungen von 15.-17. Jänner. Und sollte es auch nach diesen keinen für uns akzeptablen Abschluss geben, wird schon jetzt an einem Aktionstag mit Demonstrationen für den 30. Jänner geplant. Dabei sollten wir möglichst viele sein, um unsere gemeinsamen Interessen durchsetzen zu können. Sei dabei!



Gesundheitszentrum der Solidarität

Über Griechenland ist vor allem zu hören, dass erstens die GriechInnen selber schuld an ihrer Misere sind und zweitens nur durch massive Einsparungen die Zukunft zu retten sei. Für die Bevölkerung bedeutet das vor allem ein Leben ohne soziale Absicherung und Perspektive. Doch es geht auch anders! Durch Eigeninitiative vieler engagierter KollegInnen wird ersetzt, worin der bürgerliche Staat versagt.

Für viele verarmte GriechInnen ist Gesundheitsversorgung unbezahlbar geworden. Darauf reagierten Beschäftigte –

nicht nur in Krankenhäusern – mit Eigeninitiative, die bis zu Besetzungen geht. Eine davon ist das „Gesundheitszentrum der Solidarität“ in Thessaloniki. Dort arbeiten unentgeltlich inzwischen über 150 ÄrztInnen sowie Pflegepersonal und SozialarbeiterInnen.

Es gibt dort auch eine psychiatrische bzw. psychotherapeutische Abteilung. Die Zahl der seit der Eröffnung behandelten PatientInnen lässt sich nur sehr ungefähr mit 2-3.000 beziffern. Denn das Zentrum hat inzwischen längst seine räumlichen Grenzen gesprengt. In der Stadt fin-

den sich mehr und mehr ÄrztInnen, die bereit sind, PatientInnen in ihrer eigenen Praxis unentgeltlich zu behandeln.

Die OrganisatorInnen sehen das nicht als karitative Tätigkeit, sondern als politische Aktion, die dort ansetzt, wo die aktuelle bürgerliche Gesellschaft versagt.

Daher sind inzwischen landesweit ähnliche Kliniken entstanden. Sie tun damit, was heute getan werden muss: gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und Schritte in eine menschenwürdige, selbstorganisierte Gesellschaft zu gehen!

Migration und Demenz

In den letzten Jahren ist eine neue Herausforderung für den Sozial- und Gesundheitsbereich, insbesondere die Pflege, immer deutlicher geworden. Durch die natürliche Alterung gibt es immer mehr und mehr ältere MigrantInnen, die auch unter den alterstypischen Erkrankungen leiden.

Dazu zählt eben auch die Demenz. Diese führt neben den bekannten Einschränkungen oft dazu, dass die Betroffenen in die Sprache ihrer Kindheit zurückverfallen und die spä-

ter erlernten Sprachen nur mehr sehr schlecht verstehen und sprechen.

Neben den andern Angeboten für demente Personen brauchen die Betroffenen daher im wahrsten Sinne des Wortes DolmetscherInnen, für die heute die Ressourcen vollkommen fehlen.

Als work@social werden wir uns daher dieses Problems annehmen und arbeiten derzeit an einem Folder dazu. Interessierte sind herzlich eingeladen, bei diesem Thema mitzuarbeiten.

Gemeinsam vernetzen – diskutieren – planen

Die Veranstaltungsreihe von work@social für alle KollegInnen im Sozial- und Gesundheitsbereich in gemütlichem Rahmen

- ★ Montag, 28. Jänner, 18 Uhr 30: **Mobilisierung im Sozialbereich**
Wie können wir Beschäftigten gemeinsam etwas dazu beitragen, dass der Kollektivvertragsabschluss unseren Bedürfnissen entspricht? Diskussion mit KollegInnen aus den Aktions- und Verhandlungsteams.
OHTB Club der Freunde, Gudrunstraße 135, 1100 Wien
- ★ Donnerstag, 21. Februar, 18 Uhr 30: **Her mit Mehr!**
Was sind die Ursachen für die Unterfinanzierung des Sozialbereichs? Was können wir tun, damit der gesellschaftliche Reichtum nicht bei den Banken, sondern in unseren Geldbörsen landet?
Lebenshilfe-Treff, Schönbrunnerstraße 179, 1120 Wien

Du bist herzlich willkommen!

Gemeinsam kämpfen und feiern!

Partytime. work@social kämpft und feiert mit den Beschäftigten der Sozial- und Gesundheitsberufe.

Im heurigen Jahres haben viele von uns bereits gemeinsam um einen halbwegs akzeptablen Kollektivvertragsabschluss gekämpft. Auch wenn wir als work@social wie zahlreiche KollegInnen meinen, dass der Abschluss wahrlich nicht das Gelbe vom Ei ist, so haben wir doch einiges erreicht.

Inbesondere haben wir Politik und Geschäftsführungen gezeigt, dass mit uns nicht zu spaßen ist. Sie wissen mittlerweile, dass wir mobilisieren können, wenn sie uns dazu zwingen. Sie wissen auch, dass wir die Straßen in ein buntes und kämpferisches Meer gefüllt von KollegInnen, denen es reicht, verwandeln können! Sie wissen, dass wir zu kreativen Aktionen fähig sind. Und sie wissen genauso gut wie wir, dass es so nicht weiter gehen kann.

Schließlich können sie erstens genauso gut wie wir die Zahlen lesen, die eindeutig belegen, dass der Abstand unserer Gehälter zum Durchschnitt der Beschäftigten wächst. Sie wissen zweitens verdammt genau, dass es ohne uns nicht geht. Denn große Teile dieser Gesellschaft würdem nicht funktionieren, wenn niemand die Kinder betreut, die Verwandten mit besonderen Bedürfnissen umorgt, den Jugendlichen ohne Ausbildung und Arbeitsplätze hilft, jene, die krank sind, pflegt usw. usw.

Sie wissen aber seit dem Streik der Ordensspitäler in Oberösterreich auch ganz genau, dass es nicht mehr so ist, dass die Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich im Wissen um ihre gesellschaftliche Verantwortung nicht auf ihre eigenen Interessen schauen und sich gnadenlos selbst ausbeuten. Sie haben gesehen, dass wir bereit sind, zum Mittel des Streiks zu greifen! Und sie haben

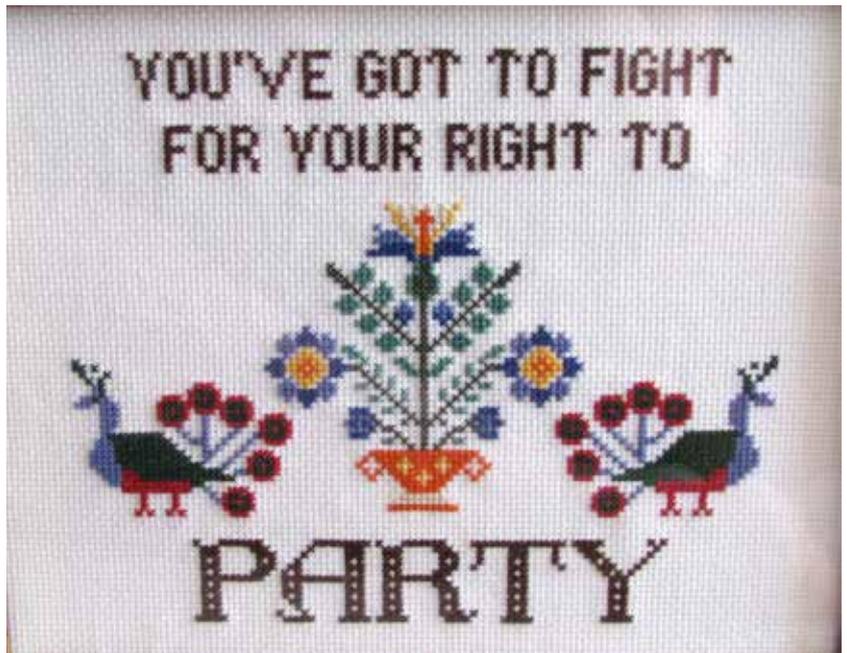
gesehen, dass sie selbst dann die Buhmänner und -frauen der Gesellschaft sind. Zahlreiche PatientInnen in den Spitälern in Oberösterreich haben sich mit dem Streik solidarisiert statt sich darüber zu beschweren, dass sie für einen begrenzten Zeitraum bestimmte Leistungen nicht bekommen. Damit haben die Herren und Damen in der Politik nicht gerechnet!

Sie werden daher in Zukunft genauer überlegen, ob sie sich mit uns anlegen. Sie werden es trotzdem tun. Die ungleiche Vermögensverteilung, die die Budgets für den Sozial- und Gesundheitsbereich austrocknet, die Vorgaben von EU und IWF, aber auch die neoliberale Politik zahlreicher Parteien, zwingen sie dazu.

Wir müssen uns daher schon jetzt darauf einstellen, dass wir weiterhin mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln für unsere Rechte, Arbeitsbedingungen und gegen Reallohnverluste kämpfen müssen. Und heuer ist ein gutes Jahre dafür. In Zeiten der Nationalratswahl hören sie immer mehr auf die Anliegen des „Wahlvolkes“ als sonst!

Und auf uns werden sie noch genauer hören! Denn wir zusammen mit denen, die wir betreuen, und ihren Angehörigen sind verdammt viele! Ohne uns lassen sich keine Wahlen gewinnen! Das müssen wir ihnen rechtzeitig klar machen. Wir werden daher mit unseren nächsten Aktionen nicht auf den offiziellen Auftakt der Kollektivvertragsverhandlungen warten.

Vorher aber gilt es noch Kraft für die nächsten Aufgaben zu schöpfen. Daher ist es jetzt auch mal an der Zeit, dass wir gemeinsam feiern! Mit dem ersten gemeinsamen Fest der Beschäftigten im Wiener Sozial- und Gesundheitsbereich.



Gegen den Strom ... Sommerfest der IG work@social

Wir arbeiten hart und müssen daneben noch um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Da haben wir uns eine Auszeit verdient! Die IG work@social lädt die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich zu einem gemütlichen Zusammensein ins Freibad ein – gemeinsam Baden, Sonnen, Chillen, Diskutieren!

Donnerstag, 27. Juni 2013 ab 16 Uhr 30

Siemens-Bad „Alte Donau“, Dampfschiffhafen 14, 1220 Wien

Erreichbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln: U2 bis Station Donaustadtbrücke bzw. U1 Kaisermühlen/MIC, mit den Autobuslinien 91A und 92A Station Dampfschiffhafen. Das Bad ist mit einer Kantine ausgestattet.

Gratis Eintritt ins Bad für alle, die sich bis 21. Juni unter ulrike.pap@gpa-djp.at anmelden.

Wir freuen uns auf Dein Kommen!

Neuerscheinung: „Demenz und Migration“

Die Interessengemeinschaften work@migration und work@social in der GPA-djp Wien haben gemeinsam einen neuen Folder zum Thema „Demenz und Migration“ entwickelt. Besonders im Pflegebereich fehlen den ProfessionistInnen die erforderlichen Ressourcen, um die muttersprachliche Kommunikation mit an Demenz erkrankten MigrantInnen sicherstellen zu können. Eine Darstellung dieser Problematik sowie

unsere gewerkschaftlichen Vorschläge und Forderungen findet ihr in dieser neuen Publikation. Der Folder ist ab sofort über die GPA-Homepage www.gpa-djp.at als Download zu beziehen.

Wir rufen euch auch nochmals die Broschüre „Die ganze Palette ... Vom Gespräch bis zum Streik“ in Erinnerung. Hier findet ihr einen guten Überblick über die vielfältigen Instrumente zur Durchsetzung unserer Interessen als Ar-

beitnehmerInnen und zum Umgang mit betrieblichen oder kollektivvertraglichen Konflikten. Bestellung der Broschüre bei gabriele.papp@gpa-djp.at.

**Für alle,
die mehr wollen!**



Für eine echte Globalrunde!

Zersplitterung. Noch immer sind die Arbeitsbedingungen im Sozialbereich sehr ungleich. Schluss damit!

2013 einigten sich die ArbeitgeberInnen und VertreterInnen der Gewerkschaften GPA-djp und vida darauf, dass die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und Mindestgrundgehälter im privaten Gesundheits- und Sozialbereich mit 1. Februar um 2,75% steigen; höhere Löhne und Gehälter sowie alte Lohn- und Gehaltstabellen wurden um 2,7% erhöht.

Damit wurde erstmals ein Kollektivvertragsabschluss im Sozial- und Gesundheitsbereich in Form einer Globalrunde, bei welcher die Verhandlungen für mehrer Kollektivverträge gemeinsam mit gleichen Ergebnissen geführt werden, erzielt. Diesmal für Beschäftigte in der Sozialwirtschaft Österreich (BAGS), Diakonie und Caritas.

Während im Metallbereich die Unternehmen gerade versuchen, die Globalrunde zu zerstückeln, ist diese in unserem Bereich ein positiver Gegenstand. In Wien jedoch sind zahlreiche Betriebe nicht Mitglied in einem ArbeitgeberInnenverband bzw. orientieren sich mehr oder weniger nachvollziehbar an anderen Abschlüssen. (z.B.: Gemeindebedienstete). Darunter fallen nicht nur Kleinbetriebe, sondern auch größere wie VertretungsNetz oder die VKKJ.

Das hat zuletzt dazu geführt, dass im Sozial- und Gesundheitsbereich für 2013 von den unterschiedlichen Gewerkschaften Gehaltserhöhungen zwischen 0% (z.B. Nulllohnrunde für Bundesbedienstete und SubventionsnehmerInnen des Bundes) und 3,4 % abgeschlossen wurden. Für die Beschäftigten dieser Betriebe stellen die jährlichen Verhandlungen einen Wirrwarr zwischen Gewerkschaften, verschiedenen Kollektivverträgen

und unterschiedlich hohen Abschlüssen dar. Da keine sich erst einmal eine raus!

So ist es auch schwer, sich zu engagieren oder aktiv zu sein, wenn eine Gewerkschaft, in der mensch selbst gar nicht Mitglied ist, die eigene Gehaltserhöhung verhandelt. Zur Verbesserung dieser Situation müssen gewerkschaftsübergreifende Strukturen geschaffen und Aktionen initiiert werden. Vor allem aber braucht es eine Globallohnrunde unter Einbeziehung aller ArbeitgeberInnen und Beschäftigten. Nur so kann der Zersplitterung (und damit Schwächung) im Gesundheits- und Sozialbereich entgegen getreten werden. Die Angleichung von Arbeitsbedingungen macht nämlich die aktive Solidarität der KollegInnen über Betriebsgrenzen hinweg viel leichter.

Es gibt aber noch einen weiteren Aspekt, der für künftige Verhandlungen von besonderer Bedeutung ist: Unsere Gewerkschaften verhandeln traditionell mit der DienstgeberInnenseite, wobei viele ArbeitgeberInnen im Sozial- und Gesundheitsbereich aber gar keinen direkten Einfluss auf die Höhe der von SubventionsgeberInnen gewährten finanziellen Mittel haben. Die Verantwortung für die Ausstattung und Finanzierung dieser Einrichtungen liegt auf politischer Ebene.

Es sollte daher für die Zukunft überlegt werden, mit welchen Regelungen die politisch Verantwortlichen bei Verhandlungen verbindlich in die Pflicht genommen werden können. Damit würden Verantwortlichkeiten geklärt, „doppelte Böden“ in den Verhandlungsprozessen ausgeleuchtet und die oft ärgerlichen „Rituale leerer Kilometer auf Achterbahnen“ vermeidbar!



90 Euro Miete für eine tolle Neubauwohnung in Wien!

Dieses Angebot ist komplett illusorisch und wird nie realisierbar sein? Nun, bei den in Wien aktuell herrschenden Mietpreisen scheint dies wirklich absurd.

Solch günstige Mieten waren in unserer Stadt schon einmal Realität! In der Zeit des „Roten Wien“ in den 1920er- und 1930er-Jahren des vorigen Jahrhunderts betrug

die Miethöhe nur ca. 4% eines ArbeiterInneneinkommens. Die Vergabe der damals rund 70.000 neu errichteten Gemeindeförderwohnungen erfolgte nach einem transparenten Punktesystem, das die individuelle und familiäre Lage berücksichtigte. Alle Wohnungen waren mit Wasser und WC ausgestattet, teilweise sogar mit Balkon und Blicken über

helle, begrünte Innenhöfe. Für manche ist das heute noch nicht Realität.

Das „Rote Wien“ wie auch ähnliche Wohnprojekte in Frankreich, Italien, den USA und Deutschland haben gezeigt, dass es sehr wohl möglich ist, echten, qualitativ hochwertigen und leistbaren sozialen Wohnbau mit öffentlichen Mitteln umzusetzen – auch heute noch!

Neuwahlen bei work@social Wien im März 2014: Einmischen statt auslöffeln! Werde auch du aktiv!

Die letzten beiden Jahre sind wie im Flug vergangen und die nächsten Neuwahlen stehen vor der Tür. Wir, die „work@social“ dürfen auf zwei erfolgreiche und arbeitsintensive Jahre zurück blicken.

Die Interessengemeinschaft (IG) work@social der GPA-djp versteht sich als Plattform der Vernetzung und des professionellen Austauschs. Die Themenvielfalt versucht einen Bogen zwischen Gewerkschaft, sowie Sozial und Gesundheitspolitik zu spannen. Bei work@social engagieren sich aktive Beschäftigte aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich ehrenamtlich. Alle Mitglieder von work@social und der GPA-djp sind herzlich eingeladen, bei dieser Wahl zu kandidieren.

Unser Ziel: Die bereichsübergreifende gewerkschaftliche Arbeit im sozialen Sektor, netzwerken, informieren – aber vor allem auch gemeinsam agieren. Und wir fordern Anerkennung des gesellschaftlichen Werts unserer Tätigkeit!

Wenn du selbst aktiv werden und/oder kandidieren willst, dann melde dich unter birgit.ivancsics@gpa-djp.at oder komm zu einer unserer Veranstaltungen.

KAV agiert wie Privatwirtschaft

Leiharbeit und Fremdvergabe im Krankenanstaltenverbund. Über die Auswirkungen der Personalpolitik auf die Beschäftigten



Im Wiener AKH arbeiten circa 20% der Belegschaft über Fremdfirmen. Die Beschäftigten werden dabei öfters gewechselt als so manche Unterwäsche. Über die Leiharbeitsfirma AGO sind 700 ArbeiterInnen im AKH beschäftigt, hauptsächlich als ReinigerInnen und AbteilungsleiterInnen.

Auftragsvergaben sind dabei des öfteren mit öffentlichen Skandalen verbunden.

In diesem Zusammenhang wurde jetzt auch der Reinigungsauftrag mit der schon für negative Schlagzeilen in den Medien sorgenden AGO gekündigt; in Zukunft werden stattdessen vier externe Reinigungsfirmen herangezogen. Der Kollektivvertrag für Reinigungsfirmen bedeutet ein Drittel weniger Lohn; abgesehen davon gibt es in Zukunft nur mehr Teilzeitjobs. Die 350 ReinigerInnen der AGO werden bis Juli ihren Job verlieren.

Der Vertrag zwischen der AGO und dem AKH über 200 AbteilungshelferInnen soll demnächst gekündigt werden. Die Gemeindebediensteten sollen dann einfach doppelt so viele Stationen betreuen wie bisher. Die Umstrukturierungen wirken sich damit also auf alle Beschäftigten bis hin zu Pflegekräften und ÄrztInnen sowie auf das PatientInnenwohl aus.

Der ArbeiterInnenbetriebsrat der AGO (einen Angestelltenbetriebsrat gibt es leider bis heute

nicht) hat daher mit KollegInnen die „Initiative Übernahme“ ins Leben gerufen und 4.000 Unterschriften für die Übernahme in den Gemeindedienst an Sozial- und Gesundheitsstadträtin Wehsely übergeben. Eine Reaktion darauf steht bis heute aus. Das darf uns nicht weiter verwundern, sind doch die KollegInnen von externen Firmen nach Logik des New Public Management kein Personal, sondern Sachkosten.

Die Kündigungen konnten nicht verhindert werden. Die betroffenen KollegInnen versuchen aber weiterhin, auf die Missstände bei Fremdvergaben und in der Firma AGO aufmerksam zu machen. Mittlerweile droht nämlich runden 1.000 KollegInnen die Arbeitslosigkeit – ArbeiterInnen und Angestellten.

Als work@social treten wir schon lange dafür ein, dass Leistungen der Daseinsfürsorge ausschließlich von der öffentlichen Hand selbst erbracht werden sollen. Ein Grund dafür ist unter anderem, dass Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich sicherer sind.

Als ersten Schritt in diese Richtung ersuchen wir euch alle daher darum, unter <https://initiativeuebernahme.wordpress.com/soli-botschaften/> möglichst viele Solidaritätserklärungen für die betroffenen KollegInnen abzugeben. Nur gemeinsam können wir unsere Rechte verteidigen!

„Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder“ (Julius Tandler)

Das Rote Wien war vor allem aufgrund seiner Sozial- und Bildungspolitik international bekannt und spielte eine progressive Vorreiterrolle. Die Grundhaltung damals war, dass die öffentliche Hand für die Bereitstellung einer kostenlosen medizinischen Grundversorgung zuständig ist. Diese zeich-

nete sich vor allem durch Prävention, Beratung und Begleitung aus.

Alfred Adler schuf mit seiner psychotherapeutischen Schule (Individualpsychologie) ein humanistisches Menschen- und Gesellschaftsbild, auf das sich diese Politik stützte. So entstanden kostenlose Beratungsstellen und So-

zialambulatorien sowie zahllose Angebote für Kinder und Jugendliche (Kinderhorte, Säuglingspakete, Parkanlagen ...) und noch vieles mehr.

Keine Almosen, sondern das Recht auf eine ganzheitliche, menschenwürdige und kostenlose Behandlung war die Vision des Roten Wien.

Neuwahlen bei work@social Wien im Mai 2014: Einmischen statt auslöffeln! Werde auch du aktiv!

Du willst, dass sich an deiner Arbeitssituation etwas verbessert? Du willst etwas verändern? Du hast Ideen? Und du willst diese gemeinsam mit anderen umsetzen?

Dann bist du genau richtig bei der IG work@social!

Die Interessengemeinschaft (IG) work@social der GPA-djp versteht sich als Plattform der Vernetzung und der gemeinsamen Aktivität. Wir wollen einen Bogen zwischen Beschäftigten und Gewerkschaft spannen. Bei work@social engagieren sich aktive Beschäftigte aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich ehrenamtlich. Alle zwei Jahre werden die VertreterInnen von work@social in Wien neu gewählt – und du kannst eineR davon sein!

Unser Ziel: Die bereichsübergreifende gewerkschaftliche Arbeit im sozialen Sektor, netzwerken, informieren – aber vor allem auch gemeinsam agieren. Und wir fordern die Anerkennung des gesellschaftlichen Werts unserer Tätigkeit!

Wenn du selbst aktiv werden und/oder kandidieren willst, dann melde dich einfach unter birgit.ivancsics@gpa-djp.at!

Ihre Freiheit und unsere

Akademikerball, Mölzer's Rassismus & Co. Warum wir GewerkschafterInnen uns gegen das Vordringen rechten Gedankengutes und rechter Praxis wehren.

Nach dem Akademikerball in der Hofburg ist einmal mehr die Diskussion über die Gefahr von Rechts ausgebrochen. Geschickt haben es manche Massenmedien geschafft, das Verhalten mancher DemonstrantInnen hochzustilisieren und damit vom eigentlichen Problem abzulenken. Das zeigt nur einmal mehr, wie weit rechtes Gedankengut schon in die sog. Mitte der Gesellschaft vorgedrungen ist.

Immer wieder ist es die FPÖ, die unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit Treffen von rechten Burschenschäftlern (inklusive ihres Neonazianhangs) und die Verharmlosung rassistischen Gedankengutes ermöglicht. Die aktuellen Sager des Herrn Mölzer zum „Negerkonglomerat“ EU und David Alaba lassen dabei keine Zweifel offen, welch Geistes Kind solche Damen und Herren sind. Der Aufschrei in der Öffentlichkeit aber lässt an Konsequenzen zu wünschen übrig.

Ein paar Tage haben sich die bürgerlichen Massenmedien echauffert; es gibt einige (unterstützenswerte) Initiativen zum Rücktritt dieses seltsamen Herren – und das war's dann auch schon.

Gleichzeitig wissen wir aus der Geschichte, worum es diesen rechten Brüdern (und Schwestern) in Wirklichkeit geht. Die ersten Opfer des Faschismus waren immer schon die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung und insbes. die Gewerkschaften. Die Jahre 1933 und 1934 in Deutschland und Österreich haben das eindrucksvoll bewiesen. Daher ist es für uns GewerkschafterInnen unumgänglich, jedem Wiederaufkeimen eines solchen Gedankengutes von Anfang an mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Das sehen wir in zahl-

reichen Ländern der Welt, wo rechte Regierungen ihre Macht zuerst einmal dazu nutzen, die Gewerkschaften zu schwächen, um dann die Arbeitsbedingungen massiv zu verschlechtern und unsere Rechte als Lohnabhängige mit Füßen zu treten.

Ein Grundkonsens bei der Gründung des ÖGB als Einheitsgewerkschaft 1945 war der Antifaschismus. Dieser ist bis heute wesentlich für unsere Gewerkschaftsbewegung. Mit dem aktuellen Wiedererstarken rechter Parteien in Österreich und der EU müssen wir den nächsten Schritt gehen und uns in der Praxis gegen diese HetzerInnen wenden.

Traditionell veranstalten diese am bzw. anlässlich des 8. Mai (dem Tag des Endes des zweiten Weltkrieges) Kundgebungen zum Gedenken an die von ihnen so genannte Niederlage. Heuer wollen sie als Reaktion auf ihr Debakel beim Akademikerball mit gerade einmal ein paar Hundert TeilnehmerInnen, am 4.6. ein „Fest der Freiheit“ in der Wiener Innenstadt veranstalten. Und wieder einmal dient die FPÖ als demokratischer Deckmantel zur Ermöglichung dieser Veranstaltung. Für uns GewerkschafterInnen aber ist der 8. Mai ein Tag zum Feiern – der Tag des Sieges über den Faschismus.

Wenn die Rechten nun meinen, dass sie mit dem Wörtchen „Freiheit“ in noch breitere Schichten vordringen können, müssen wir dem mit aller Entschiedenheit auf der Straße entgegentreten – mit der Freiheit, die wir meinen: Meinungsfreiheit, menschenwürdiger Umgang über alle nationalen Grenzen hinweg, Gewerkschafts- und ArbeitnehmerInnenrechte! Und vor allem eine Welt frei von Rechten und ihrem Gedankengut!



Ein neues Menschenbild

Mit der Industrialisierung und dem darauffolgenden Massenzug von Arbeitskräften entstanden in Wien viele ArbeiterInnenviertel, in denen die entrechteten NeulohnarbeiterInnen mehr schlecht als recht überlebten. Arbeitstage von 14 und mehr Stunden und Kinderarbeit waren der Normalzustand. Als Reaktion darauf entstanden die ArbeiterInnenbewegung und damit die ersten Gewerkschaften.

Viele Errungenschaften, die uns heute selbstverständlich erscheinen, wurden schrittweise erstritten: Abschaffung der Kinderarbeit, Schulbildung für alle, Achtstundentag, Wahlrecht.

Erst das neue Menschenbild der ArbeiterInnenbewegung ging davon aus, dass auch arbeitende Menschen mündig und wissend genug sind, ihre Interessen auch an der Wahlurne vertreten zu können.

Doch in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg war es in Österreich erstmals und auch einzig das rote Wien, dass dieses Menschenbild in die Praxis umsetzte. Neben verbesserten Arbeitsbedingungen sollten die arbeitenden Menschen auch menschenwürdig leben und ihre Freizeit genießen können. Sozialer Wohnbau, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen für alle, Volksbildung und ver-

schiedenste Freizeitangebote wurden errichtet.

Seit den 80er Jahren gerieten viele diese Errungenschaften unter die Räder der Sparpolitik und Belastungspakete. Mehr und mehr wurden politische Entscheidungen angeblichen „Sachzwängen“ untergeordnet - vermehrt auch wieder im Zuge der Wirtschaftskrise ab 2007.

Hier gilt es gegenzusteuern, durch einen Zugang zu politischen Prozessen, der die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt. Das Menschenbild des roten Wien wäre ein guter Ausgangspunkt dafür!

Gemeinsam diskutieren und feiern am 18.06. Visionen gegen Depressionen!

Ab 17 Uhr Workshops:

- ★ Workshop 1: **Alternativen zur Finanzierung des Sozial- und Gesundheitsbereiches** – Lucia Bauer, GPA-djp & Philipp Kuhlmann, BR ecolab (beide Wege aus der Krise)
- ★ Workshop 2: **Der Kampf gegen das Phänomen 'working poor'** – Günther Haberl, BRV Vertretungsnetz
- ★ Workshop 3: **Geschichte und Zukunft des sozialen Wohnens** – Selma Schacht, BRV Wr. Kinder- und Jugendbetreuung, Vorsitzende work@social
- ★ Workshop 4: **Gesundheits- und Sozialpolitik damals & heute** - Lis Mandl, BR VKKJ & Florian Toifl, BR AGO

19 Uhr: Zusammenfassung der Ergebnisse der Workshops im Plenum

**Ab 20 Uhr Party mit „Hotel Prestige“ Live
 anschl. DJ-line – Eintritt frei!**

Ort: WUK – Museumsräume, Währinger Straße 59, 1090 Wien



Armut trotz Arbeit

Strategien gegen das Phänomen „working poor“ aus Perspektive der Gewerkschaften und der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich

Im Rahmen unserer Sommerversammlung „Visionen gegen Depressionen“ hat sich work@social unter Einbindung von ca. 30 KollegInnen in einem Workshop mit dem Phänomen „working poor“ beschäftigt. In dieser Themenreihe nehmen wir bewusst Bezug auf das Rote Wien und versuchen, dessen Ideen für heute fruchtbar zu machen.

Arm trotz Arbeit zu sein ist oft die Folge schlechter Bezahlung, befristeter bzw. unsicherer, von Arbeitslosigkeit bedrohter oder unterbrochener Arbeitsverhältnisse, der besonderen Belastung von AlleinerzieherInnen, „neuer Selbstständigkeit“, fehlender oder schlechter Absicherung im Fall von Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Alter usw. usf.

Abseits davon gibt es aber auch eine politische Instrumentalisierung der Präkarisierung. Diese wird bewusst zur Aufrechterhaltung des aktuellen Wirtschaftssystems eingesetzt, indem über Präkarisierungssängste bei noch nicht Betroffenen Entsolidarisierung begünstigt wird. Die fortschreitende Flexibilisierung verspricht mehr Selbstbestimmung und verlagert dabei nur unternehmerischer Risiken zu den ArbeitnehmerInnen. Für uns Beschäftigte bleibt

von der Flexibilisierung nur mehr Unsicherheit und die Anforderung, immer und überall zur Verfügung zu stehen.

Als GewerkschaftlerInnen scheint es uns wichtig, Bewusstsein für jene Faktoren zu schaffen, welche das Abgleiten in die Armut begünstigen, aber auch eine aktive Solidarisierung mit den Betroffenen voranzutreiben. Dazu ist es erforderlich, klarzumachen, wo sich unsere Interessen als Beschäftigte eindeutig von denen der Bosse unterscheiden. Auf struktureller Ebene sind die Verhinderung weiterer Ausgliederungen bzw. Privatisierungen sowie die Umwandlung prekärer Dienstverhältnisse in reguläre Anstellungsverhältnisse erforderlich.

Zur sozialen Absicherung der betroffenen Beschäftigten braucht es eine deutliche Anhebung von Mindestlöhnen und des Arbeitslosengeldes, indem dieses z.B. immer von einer Vollzeitbeschäftigung ausgehend berechnet wird. Schließlich braucht es dringend eine Steuerreform zur Entlastung geringer Einkommen durch eine deutliche Senkung des Eingangsteuersatzes und Negativsteuern sowie die regelmäßige Reform der Steuergrenzsätze zugunsten der Beschäftigten.



Hintere Reihe: Diane Brannellec, Alexandra Prinz, Lis Mandl, Christine Kelnberger. Vordere Reihe: Günther Haberl, Selma Schacht, Axel Magnus, Susanne Leitner

work@social Wien hat gewählt

Nach den zweijährlichen Neuwahlen von work@social Wien fand Anfang Juni 2014 die Konstituierung des neuen Regionalausschusses statt. Infolge der erfreulichen Tatsache, dass es mehr KandidatInnen als zu vergebenen Mandate gab, wurden erstmals seit Jahren leider nicht alle kandidierenden KollegInnen in den Regionalausschuss gewählt. An dieser Stelle sei allen KandidatInnen herzlich für ihr Interesse gedankt!

Entsprechend der langjährigen Tradition von work@social Wien wurde auch diesmal der/die KandidatIn mit den meisten von euch erhaltenen Stimmen zum/r Vorsitzenden gewählt. Dementsprechend ist nunmehr Axel Magnus Vorsitzender der Wiener IG work@social. Dieser vertritt work@social auch in der Bundes-

Interessengemeinschaft und im Regionalvorstand der GPA-djp Wien.

Zur Vorsitzenden-Stellvertreterin wurde die langjährige Vorsitzende Selma Schacht gewählt. Christine Kelnberger wurde von den weiblichen Mitgliedern des Regionalausschusses zur Frauenbeauftragten gewählt. Ihre Stellvertreterin ist nunmehr Alexandra Prinz.

Weitere Mitglieder des Regionalausschusses sind aufgrund eurer Wahl Diane Brannellec, Rene Husar, Günther Haberl, Susanne Leitner, Lis Mandl und Stephan Schögl.

Kurz nach der Konstituierung des neuen Regionalausschusses hat die Veranstaltung „Visionen gegen Depressionen“ mit Workshops und dem anschließenden Sommerfest stattgefunden. Trotz enormer Hitze und der Konkurrenz der Fußball-WM

haben sich zahlreiche TeilnehmerInnen aktiv an der Diskussion und selbstverständlich der anschließenden Party beteiligt.

Ende Juli hat sich dann der neue Regionalausschuss im Rahmen einer Tagesklausur auf das Arbeitsprogramm für das nächste Jahr geeinigt. In diesem wird selbstverständlich diese Wandzeitung fortgeführt. Auch ein Sommerfest mit Party ist bereits wieder in Planung. Weiters wollen wir uns im nächsten Jahr mit den folgenden Themen beschäftigen und diese auch bei Veranstaltungen mit euch diskutieren: mobile und 24-Stunden-Pflege, Finanzierungs- und Organisationsformen im Gesundheits- und Sozialbereich, gesellschaftliche Spaltungstendenzen, sowie Flexibilisierung – Eigenverantwortung – Mitbestimmung.

Gute Arbeit braucht gute Bedingungen!

Workshop zur gemeinsamen Umsetzung der neuen Kampagne mit den Themen:

- ★ Arbeitsplatz ist Lebensplatz
- ★ Arbeitszeit ist Lebenszeit
- ★ Es zählt die Erfahrung
- ★ Arbeitszeitverkürzung
- ★ Es ist genug für alle(s) da

Montag 24.11.2014, 17 Uhr 30

Ort: Bildungszentrum der AK Wien, Seminarraum 11a/b, 1. Stock rechts, Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien

Kollektivvertrags-Verhandlungen

Los geht's. Schwerpunkte Verwendungsgruppen und Vordienstzeiten.

Wie jedes Jahr sind auch im Winter 2014 wieder die Verhandlungsgremien von Gewerkschaften und ArbeitgeberInnen im Sozial- und Gesundheitsbereich zusammengetreten, um über die Kollektivverträge der Branche zu verhandeln.

Im BAGS/SWÖ-Kollektivvertrag wurde die bereits im Vorjahr vereinbarte Steigerung der Löhne und Gehälter um 2,03% ab 1.2.2015 bestätigt. Doch im Jänner werden nun für die mehr als 100.000 Beschäftigten wichtige Punkte des sog. „Rahmenrechts“ verhandelt. GPA-djp und vida verlangen u.a., dass „fachverwandte“ Zeiten (wenn jemand in einem vergleichbaren Tätigkeitsfeld theoretische und praktische Erfahrungen gesammelt hat) als facheinschlägige Vordienstzeiten zu berücksichtigen sind. Die Regelungen der Verwendungsgruppen – einer der wichtigsten Bestandteile des Kollektivvertrages, da danach die Gehalts-Einstufung erfolgt – sollen überarbeitet und aktualisiert werden. Auch für Transitarbeitskräfte werden Verbesserungen eingefordert: Sie sollen während des Zeitraumes der arbeitsmarktpolitischen Maßnahme Anspruch auf

jenes kollektivvertragliche Monatsentgelt, das im BeschäftigterInnenbetrieb für die ausgeübte Tätigkeit gilt, bekommen.

Bei der Diakonie, der Caritas und dem Roten Kreuz werden auch heuer die Löhne und Gehälter verhandelt. Traditionell lautet das Argument unserer Gewerkschaften dafür: „Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Realeinkommen unter Berücksichtigung der Inflationsrate. Darüberhinaus hat der private Sozialbereich gemessen an den österreichischen Durchschnittseinkommen einen großen Nachholbedarf. Dieser gehört ebenfalls berücksichtigt.“ Auch in diesen Kollektivverträgen ist die Vordienstzeiten-Anrechnung Thema, und es werden Verbesserungen beim Urlaub und ein Recht auf Altersteilzeit gefordert.

Es ist wünschenswert und notwendig, dass der Zersplitterung in die einzelnen Bereiche unserer Branche wieder entgegen gewirkt wird, damit wir als Beschäftigte gemeinsam schlagkräftig Verbesserungen einfordern können! Da aber unsere Bossen, von dieser Zersplitterung profitieren, werden wir deren Überwindung selbst erkämpfen müssen.

GUTE ARBEIT BRAUCHT GUTE BEDINGUNGEN

Es ist genug für alle(s) da!



Für alle, die mehr wollen!



Visionen gegen Depressionen: Finanzierung

In unserem Arbeitsbereich fehlt es an allen Ecken und Enden an Geld. Das war nicht immer so! Dank der sog. Breiter-Steuern wurden nach dem Ersten Weltkrieg die öffentlichen Leistungen in unserer Stadt in einem Maße ausgebaut, welches die Welt in Erstaunen versetzte und noch heute unter dem Schlagwort „Rotes Wien“ bekannt ist.

Der einfache Nenner des neuen Systems lautete: „Die Reichen sollen zahlen!“. Auch damals hatte wie heute wieder die Vermögenskonzentration bei wenigen enorme Ausmaße angenommen. Zu einer gerechteren Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums wurden harte Umverteilungsmaßnahmen ergriffen.

So wurde z.B. die indirekte Umsatzsteuer, die alle gleich trifft, durch eine direkte Luxussteuer ersetzt, die ausschließlich jene traf, die sich Luxusgüter leisten konnte. Heute wären das etwa Villen, Jachten, Luxusschlitten, Kunst usw.

Am meisten Geld brachten aber die sog. Fürsorgeabgabe, die alle zu bezahlen hatten, die zu Erwerbszwecken fremde Arbeit nutzten, und die stark progressiv gestaltet Steuer auf leerstehenden Wohnraum. Alleine aus dieser wurden jährlich über 100 Millionen Schilling erzielt – damals ein ungeheurer

Betrag, der ausreichte, die gesamte Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien zu finanzieren. Bis 1933 wurden dadurch 64.000 Gemeindewohnungen errichtet. Aus den anderen genannten Steuern wurde der Ausbau des Gesundheitssystems, von Kindergärten, Horten, Mütterberatungsstellen, Schulzahnkliniken und weiterer Sozialeinrichtungen finanziert.

Schnee von gestern? Wir meinen: Aktueller denn je!

So muss z.B. eine Leerstandsabgabe (für Wohnraum, der nicht vermietet wird), wie sie auch seit Jahren gefordert wird, endlich umgesetzt werden. Schließlich können wir es auch nicht anders als pervers nennen, dass in einer Stadt, wo es Wohnungslosigkeit gibt, einige wenige ihren Wohnraum nicht vermieten – nur weil der Gewinn nicht hoch genug wäre. Und das wäre nur eine Maßnahme von vielen möglichen!

Gute Arbeit braucht gute Bedingungen!

Gleichsam als Auftakt zur work@social-Kampagne unter diesem Namen fand am 24.11.2014 im Bildungszentrum der AK Wien ein Workshop statt, an dem etwa 20 KollegInnen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich teilgenommen haben. Ziel des Workshops war eine Vertiefung der vielfältigen Möglichkeiten, KollegInnen im jeweiligen Betrieb mit

Unterstützung der vorbereiteten Materialien anzusprechen, zu involvieren und auch neue Mitglieder zu gewinnen.

Der inhaltliche Austausch im Rahmen des Workshops zeigte auch deutlich die Berechtigung der gewählten Themenschwerpunkte: „Arbeitszeit ist Lebenszeit“ und „Arbeitszeitverkürzung JETZT“ wurden als gewerkschaftliches Thema

wieder geschärft in den Vordergrund gerückt. Die Themen „Arbeitsplatz ist Lebensplatz“, sowie „Es zählt die Erfahrung“ machten erneut deutlich, welche Verbesserungen der Rahmenbedingungen unserer Arbeit noch (immer) ausständig sind. Aufgehoben und zugespitzt waren die genannten Themen insgesamt im Themenschwerpunkt „Es ist genug für alle(s) da“!

Mehr Informationen zur Kampagne gibt es unter:
<http://www.gpa-djp/social/>

Wir lassen uns nicht spalten!

Gewerkschaft. Wie überwinden wir die gesellschaftlichen Spaltungsmechanismen?

Rassismus, Frauenunterdrückung, Homophobie, Nationalismus, die Ungleichbehandlung von Berufsgruppen oder Religionen und zahlreiche andere Mechanismen mehr – unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist reich an Möglichkeiten, uns Menschen, die von unselbständiger Arbeit abhängig sind, auseinanderzudividieren, wenn es darum geht, zu verhindern, dass wir unsere Interessen durchsetzen können.

Wir alle kennen die Argumentation, dass uns die AusländerInnen doch eh nur die Arbeitsplätze wegnehmen. Auch der Schmach, dass Frauenarbeit ja eh nur ein Zuverdienst zum Familieneinkommen ist und daher ruhig schlechter bezahlt werden kann, ist und ist nicht aus den Köpfen vieler Menschen zu bringen. Gerade jetzt hat auch die Hetze gegen muslimische KollegInnen wieder massiv zugenommen.

Wenn einzelne Betriebe oder gewisse politische Kräfte es nicht schaffen, uns auf die eine Weise gegeneinander auszuspielen, dann greifen sie eben zu einer anderen Methode. Damit muss Schluss sein! Das werden wir uns nicht länger gefallen lassen!

Schließlich ist die Benachteiligung auch nur eines Teiles von uns Arbeitenden ein Nachteil für uns alle. Wir müssen daher gemeinsam dagegen eintreten, wenn auch nur eineR von uns benachteiligt wird. Nicht umsonst heißt es in einem alten Lied der ArbeiterInnenbewegung: „Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich“.

Gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich arbeiten viele KollegInnen, aus gesellschaftlich benachteiligten Gruppen. In unserer Branche arbeiten überdurchschnittliche viele Frauen und KollegInnen mit Migrationsgrund. Für uns ist es wichtig, uns nicht spalten zu lassen, so dass wir endlich die Arbeitsbedingungen bekommen, die wir uns verdienen! Denn: Soziale Arbeit ist mehr wert!

Daher planen wir als work@social derzeit eine Veranstaltung für den Herbst, in der wir diskutieren werden, wie es uns gemeinsam gelingen kann, dass wir uns nicht mehr gegeneinander auszuspielen lassen, so dass wir auch wirklich geschlossen für unsere gemeinsamen Interessen eintreten können. Details zur Veranstaltung folgen.



Noch einmal lassen wir uns nicht häkeln!

Die Kollektivvertragsverhandlungen 2015 für den privaten Sozial- und Gesundheitsbereich sind abgeschlossen. Interessant dabei war insbesondere, wie die ArbeitgeberInnen damit umgingen, dass es 2014 beim Gehalt einen sogenannten Doppelabschluss gab, so dass es heuer – ihrer Argumentation nach – möglich sein würde, sich

voll und ganz auf rahmenrechtliche Themen zu konzentrieren.

Bei Dienstplänen, der Behandlung nichtfach einschlägiger Vordienstzeiten, den Verwendungsgruppen und anderen Themen sollte also endlich wieder was weitergehen. Tatsächlich ist dabei genau garnix weiter gegangen, weil die VertreterInnen der Sozialbetriebe schlicht und einfach nicht wollten.

Der Gehaltsabschluss war mit Inflationsrate plus 0,35% ohnedies bereits im Jahr zuvor vereinbart worden. Großzügigerweise waren die ArbeitgeberInnen dann bereit für die Verwendungsgruppe 1/1 ein paar Euro draufzulegen, so dass auch in unserer Branche endlich die langjährige gewerkschaftliche Forderung nach einem Mindestgehalt von 1.500 Euro brutto umgesetzt werden konnte. Das ist ein wichtiger Erfolg! Bei den Gehältern von Transitarbeitskräften hat es eine Verbesserung gegeben.

Das war's dann aber auch schon, weil die ArbeitgeberInnen über alle anderen Punkte nicht verhandeln wollten. Wir haben daraus gelernt! In der auf die Kollektivvertragsverhandlung folgenden Sitzung des zuständigen Gremiums waren sich alle einig, dass es in Zukunft keine Doppelabschlüsse mehr geben darf und den ArbeitgeberInnen selbst die besten Argumente völlig egal sind. Sie verstehen nur eine Sprache – die Sprache gewerkschaftlicher Maßnahmen.

Daher wurden auch bereits jetzt erste Aktionen überlegt, die das ganze Jahr über auf unsere Anliegen als Beschäftigte hinweisen sollen, wie z.B. anlassfallbezogene Flashmobs. Mobilisierung gibt es ab jetzt das ganze Jahr – nicht nur rund um die Kollektivvertragsverhandlungen. In allen Bundesländern werden dazu ab sofort Aktionsteams gebildet. Beteilige auch du dich daran!

Aktuelle Arbeitskämpfe im Sozial- und Gesundheitsbereich Wie können wir uns aktiv solidarisieren?

Podiumsdiskussion mit

- ★ Johannes Reiter (Betriebsratsvorsitzender Pro Mente OÖ) zum Kampf gegen die Einsparungen in Oberösterreich
- ★ VertreterIn von CARE Revolution Wien berichtet über die stattfindenden Aktivitäten des nichtärztlichen Personals

3. Juni 2015, 17 Uhr 30
Club International, Payergasse 14, 1160 Wien
(Yppenmarkt)

anschließend gemeinsamer Sommeranfangsumtrunk

Aktuelle Arbeitskämpfe im Sozial- und Gesundheitsbereich

Podiumsdiskussion. Ein Bericht

Die Rahmenbedingungen und Handlungsoptionen unsichtbarer Arbeit sichtbar zu machen, war Ziel der Podiumsdiskussion „Aktuelle Arbeitskämpfe im Sozial- und Gesundheitsbereich“ der Wiener Interessengemeinschaft work@social am 3. Juni 2015 im „Club International“.

Als DiskutantInnen berichteten der Betriebsratsvorsitzende von Pro Mente Oberösterreich Johannes Reiter, Banu Celik, Betriebsratsvorsitzende von Context (arbeitsmarktpolitische Maßnahmen) und CARE Revolution über den Kampf gegen weitere Einsparungen.

Es war ein spannender Abend, der keinen Zweifel ließ, dass die von manchen bewusst in die falsche Richtung gesteuerte öffentliche Diskussion dazu beiträgt, die Ungleichbehandlung von Berufsgruppen zu fördern, indem die belastendsten Arbeitssituation einiger herausgehoben und anderer verschwiegen wird. Mit der medialen Diskussion um Sparpakete im Sozial- und Gesundheitsbereich geht der erfolgreiche Versuch einher, die Beschäftigten gegeneinander auszuspielen: Berichtet wird in der „Prime Time“ des Fernsehens vorrangig von den Arbeitsbelastungen gut verdienender, top ausgebildeter Mitglieder der Berufsgruppe wie z.B. ÄrztInnen. Das Budget wird mit Hilfe niedriger Gehaltsabschlüsse, befristeter Arbeitsverträge, Verringerung des Personals, Änderungskündigungen, Standortzusammenlegungen und Vernichtung von Arbeitsplätzen „entlastet“ – das trifft vom Primar bis zur Heimhilfe alle!

Die Konsequenzen tragen dabei zum Großteil die schlechter bezahlten

KollegInnen; so gibt es z.B. im AKH Wien zwar 1.900 ÄrztInnen, aber nur 3.000 diplomierte Pflegekräfte ...

Der Sozial- und Gesundheitsbereich steht seit 15 Jahren ständig unter Budgetdruck; bewährte Leistungen sind heute mit weniger Budget und erhöhten Betreuungsschlüsseln zu erbringen. Bereits die Umsetzung von kollektivvertraglichen Gehaltsabschlüssen ist oft ein Problem. Wir alle leiden unter immer kürzeren Zeitvorgaben, da unsere Aufgaben mit immer weniger oder mehr Aufgaben bei gleichbleibendem Personal zu erledigen sind. Auch die öffentliche Diskussion über die moralische Unzulässigkeit von Arbeitskämpfen zielt darauf ab, dass wir uns nicht für unsere Interessen einsetzen, indem wir uns fragen „Dürfen wir denn das, während unsere KlientInnen aufs Klo müssen?“

Sich aktiv zu solidarisieren ist gerade für die inhomogenen Berufsgruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich ein notwendiger Schritt, der Spaltung entgegenzuwirken und mehr Geld für diese Leistungen und ihre NutzerInnen zu erreichen. In diesem Kampf ist Fantasie gefragt und sind neue Methoden des kollektiven Protests einzusetzen wie zum Beispiel der Pflegeflashmob – organisiert von CARE Revolution am 1. Mai 2015 oder beim Internationalen Tag der Pflege. Dieser zeigte deutlich: Uns reicht's!

Es braucht ein geschlossenes Vorgehen aller Berufsgruppen, um klarzustellen, dass gute Arbeit gute Bedingungen braucht: Wer könnte schon gesund werden in einem kranken System?



Streikdrohung bringt's

Der für 16. Juni geplante Streik im Sozialbereich in Oberösterreich wurde kurz davor durch eine BetriebsrätInnen-Konferenz abgesagt. Wurden die Kürzungen zurückgenommen? Wurde die bedarfsgerechte Finanzierung des Sozialbereichs zugesichert? Teilweise: Zugesichert wurde,

dass bei einem Ausbau der Leistungen (!) der Beschäftigtenstand nicht reduziert und das Land OÖ die Gehaltserhöhungen abgelten wird.

Insofern war die Abwehr von noch massiveren Einschnitten erfolgreich – ein gesellschaftspolitischer gewerkschaftlicher Kampf für die ausreichende Fi-

nanzierung des Sozialbereichs und für gesunde Arbeitsplätze ohne permanent steigenden Arbeitsdruck sieht jedoch anders aus.

Doch die Streikplanung liegt fix und fertig in der Schublade ... und die KollegInnen sind jederzeit bereit, sie dort wieder rauszuholen!

Regionalforum der GPA-djp

Am 21. und 22. April fand das nur alle fünf Jahre stattfindende Regionalforum der GPA-djp Wien statt. Dabei handelt es sich um das höchste Gremium unserer Gewerkschaft auf Landesebene. work@social hat insgesamt vier Anträge gestellt, die auch alleamt angenommen und mit Ausnahme eines Antrages, der sich speziell mit der Situation in Wien auseinandersetzt, zur weiteren Behandlung an das Bundesforum im Herbst weitergeleitet. Der Antrag

„Neue gewerkschaftliche Herausforderungen im Bereich Demenz und Migration“ fordert für die Arbeit mit dementen MigrantInnen u.a. die Erhöhung des Betreuungsschlüssels und die Verringerung der Arbeitszeit.

Der Antrag „Pflege zu Hause muss als Schwerarbeit anerkannt werden“ fordert z.B. eine verpflichtende SEG-Zulage, finanziert von der öffentlichen Hand für alle daran beteiligten Berufsgruppen. Der Antrag „Gute Arbeit braucht gute Ausrüstung“

fordert die Zurverfügungstellung von zweckmäßiger Arbeitskleidung durch die Betriebe oder andernfalls deren steuerliche Absetzbarkeit.

Der Antrag „Nein zum sozialen Backlash in Wien“ schließlich erneuert die Forderung nach einer Sozialmilliarde, spricht sich für die Initiierung politischer, gewerkschaftlicher und betrieblicher Kampagnen für mehr Ressourcen und kollektive Protestmaßnahmen zur Abwehr von Einsparungen und Kürzungen aus.

Solidarität zwischen Selbstaussbeutung und Selbstermächtigung

Flüchtlinge. Gelebte Solidarität in Zeiten unmenschlicher Grenzregime.

Seit Wochen beherrscht der sogenannte „Flüchtlingsstrom“ die Medien. Doch auch in den Köpfen und viel mehr noch in den Herzen vieler ÖsterreicherInnen sind die Schutzsuchenden angekommen. Während wir ein Versagen der staatlichen Strukturen auf europäischer Ebene erleben, schaukeln Freiwillige in ungebrochener Hilfsbereitschaft fast die komplette Versorgung.

Gelebte Solidarität und menschliche Schönheit

In Anbetracht der Geschichte könnte Österreich auf ein großes Knowhow in Sachen Erstversorgung zurückgreifen. Doch die Realität zeigt ein anderes Bild. Mit der Demonstration in Wien Anfang Oktober haben über 100.000 Menschen ein starkes Zeichen gegen die herrschende Asylpolitik ge-

setzt. Nach dem Öffnen der Fluchtwege organisierten binnen Stunden Freiwillige gemeinsam mit Sozialorganisationen die gesamte Erstversorgung. Mit berührender Professionalität und Herzlichkeit werden die Flüchtlinge an Bahnhöfen und in Lagern fernab von staatlichen Strukturen und politischer Unterstützung versorgt. „Train of Hope“ (Wiener Hauptbahnhof) und „Wir helfen“ (Westbahnhof Wien) sind nur zwei Beispiele eines unbeschreiblich schönen Ausdrucks der aktuellen Solidarität.

Hilfe den HelferInnen

Nach Wochen der Aktivität stoßen die HelferInnen an ihre Grenzen. Die ArbeiterInnen- und Frauenbewegung haben durch Eigeninitiative und freiwilligen Arbeit vieles dazu beigetragen bzw. erkämpft, was heute als

„Sozialstaat“ bekannt ist. Die HelferInnen haben gezeigt, dass sie die Arbeit besser (und v.a. menschlicher) machen als privatwirtschaftliche Organisationen wie z.B. ORS (eine profitorientierte Firma, die etwa Traiskirchen verwaltet). Einige Initiativen haben sich bereits zusammengeschlossen, um nun politisch Druck zu machen, etwa die „Plattform Solidarität“ in Oberösterreich. Wir fordern daher:

- ★ Dienstfreistellung bei Solidaritätsarbeit
- ★ Arbeitsverhältnisse dürfen nicht durch ehrenamtliche Tätigkeit ersetzt werden. Ausreichende Finanzierung der Hilfsorganisationen, um genügend Personal für die Flüchtlingsbetreuung einstellen zu können. Bezahlung analog der branchenüblichen Kollektivverträge.
- ★ freier Zugang zu und Verwaltung von materiellen Ressourcen (Un-



terkünfte, Essen, medizinische Versorgung, ...), die für die Flüchtlingsarbeit notwendig sind

- ★ volle Information über flüchtlingsrelevante politische Entscheidungen und Verhandlungen
- ★ permanente Begleitung durch TraumatherapeutInnen, SozialarbeiterInnen und DolmetscherInnen

Viele weitere interessanter Artikel zu Kampfmaßnahmen und Aktionen im Gesundheits- und Sozialbereich findest du auf unserer website
www.gpa-djp.at/dieganzepalette

Die Langfassung dieses Artikels findest du etwa unter: <http://bit.ly/1h2YUQ9>.

Solidarität im Sozial- und Gesundheitsbereich

Veranstaltung mit Podiumsdiskussion

Die Arbeitsbedingungen im Sozial- und Gesundheitsbereich haben sich in den letzten Jahren durch Ökonomisierung und Sparpolitik zunehmend verschlechtert. Um gemeinsam für unsere Interessen eintreten zu können, brauchen wir Zusammenhalt im Kampf um einen „Sozialausbau“ und bessere Arbeitsbedingungen, d.h. für mehr Lohn und zusätzliches Personal!

Wir wollen daher Spaltungsmechanismen näher beleuchten, die Solidarität untergraben, und gemeinsam erarbeiten, wie wir diese überwinden können. Inputs dazu liefern am

Donnerstag, den 29. Oktober 2015 um 18 Uhr 30

in der

Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags
Rathausstraße 21, 1010 Wien

- ★ Fanny Müller-Uri (Rassismusforscherin) zu sozialen Zuschreibungen
- ★ Diane Branellec (Betriebsrätin Vertretungsnetz) zu Veränderungen in Arbeitswelt und Gesellschaft
- ★ Lis Mandl (Betriebsrätin VKKJ) zu Konkurrenzverhältnissen und Profitdenken
- ★ Axel Magnus (Betriebsratsvorsitzender SDW) zu arbeitsrechtlichen Spaltungen

AUSGESPIELT! Es reicht!

Die Themenplattform Elementar-, Hort und FreizeitpädagogInnen ruft zu Protestaktion am **Mittwoch 21. Oktober 2015, 17 Uhr 30**

Friedrich-Schmidt-Platz/ Felderstraße, (hinter dem Rathaus), 1010 Wien

Die derzeitigen Rahmenbedingungen sind alles andere als hilfreich, um den steigenden Förderbedarf sowie den gestiegenen pädagogischen Anforderungen nachzukommen. Es ist nötig, in Qualität zu investieren! Daher fordern wir gleich nach den Wahlen von den dann politisch Zuständigen, dass Gesetz und Verordnungen rasch novelliert werden.

Wir fordern 1. einheitliche gesetzliche Bestimmungen für alle Bildungs- und Betreuungseinrichtungen mit Kindern, die öffentliche Förderungen erhalten, 2. einen PädagogInnen-Kind-Schlüssel und eine Kinderanzahl pro geführter Gruppenform entsprechend modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen, 3. 25% Vorbereitungszeit und bewegungsfreundliche räumliche Bedingungen! Fordern wir die neue Landesregierung von Beginn an!

Mobilisiere mit und komm mit KollegInnen und solidarischen Menschen! Gemeinsam sind wir stärker!

Wir wollen mehr!

Tatsache. Wir haben uns noch viel mehr verdient.

Wie jedes Jahr um diese Zeit haben auch heuer die Kollektivvertragsverhandlungen im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich schon wieder begonnen. SWÖ, Caritas und Diakonie verhandeln bereits. Die Ausgangslage ist schwierig. Angesichts der niedrigen Inflationsrate und bereits getätigter Abschlüsse in anderen Branchen, sowie gekürzter oder gleichbleibender Budgets ist kaum damit zu rechnen, dass die KollegInnen endlich so viel verdienen werden wie sie es sich verdient haben.

Einen kleinen Hoffnungsschimmer bietet aber der Abschluss im Handel. Hier ist es erstmals gelungen, einen Abschluss in der Höhe des MetallerrInnen-Kollektivvertrages zu erzielen. Diese 1,5% zeigen, was möglich ist!

Gleichzeitig dürfen wir uns der Tatsache nicht verschließen, dass die Forderung des nichtärztlichen Personals in den Krankenanstalten nach 30% mehr Gehalt längst auch bei den KollegInnen des privaten Sozial- und Gesundheitsbereiches angekommen ist. Kein Wunder! Seit Jahren erzählen uns die politisch Verantwortlichen wie wichtig der ambulante Bereich ist. Nun

stellen die KollegInnen mit Fug und Recht die Frage, warum sie dann weniger verdienen sollen als im Krankenhaus.

Noch aber fehlen die Voraussetzungen, um diese Forderungen durchsetzen zu können. Viele verschiedene Kollektivverträge und mehrere handelnde Gewerkschaften machen es nicht einfacher. Das war auch der Grund, warum wir als GPA-djp beim ÖGB-Kongress 2006 unseren Antrag „Eine Gewerkschaft“ gestellt haben. Durch eine Gewerkschaft, also konkret eine einheitliche Vertretung für alle Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich, können die bestehenden Ungleichheiten langfristig überwunden werden.

Die heuer bei den BAGS-Verhandlungen erhobenen Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und dem früheren Erreichen der sechsten Urlaubswoche sind es aber allemal wert, aktiv zu werden. Der erstmalige Beschluss, Teilstreiks in jenen Betrieben zu ermöglichen, deren Belegschaften dazu bereit sind, gibt uns auch die Möglichkeit, den nächsten Schritt in unserer Mobilisierungsfähigkeit zu machen. Packen wir's gemeinsam an!



Solidarität im Sozial- und Gesundheitsbereich

Unter diesem Titel haben wir am 29.10.2015 eine Diskussionsveranstaltung in der ÖGB-Buchhandlung durchgeführt, an der ca. 40 KollegInnen teilgenommen haben. Um gegen die fortschrei-

tende Ökonomisierung unserer Arbeitsfelder und die anhaltende Sparpolitik wirksam auftreten und uns solidarisch für bessere Arbeitsbedingungen und einen „Sozialausbau“ einsetzen zu können, bedarf es eines starken Zusammenhalts. In der Praxis ist das gar nicht einfach, wirken doch vielfältige Spaltungsmechanismen einer allgemeinen Solidarisierung entgegen.

In mehreren Statements konnten wir zunächst einen Überblick über jene Phänomene herstellen, die uns kulturell, wirtschaftlich, strukturell oder politisch gegeneinander „auspielen“.

Vor dem aktuellen Hintergrund von, Sparpolitik, steigender Arbeitslosigkeit und Flüchtlingsbewegung wurde deutlich, wie

der Wirtschaftslogik, Prekarisierungsängste, Arbeitsüberlastung, die Konkurrenz der Trägerorganisationen am Markt und zersplitterte Kollektivvertrags-Verhandlungen sowie der ungleiche Status von ArbeiterInnen und Angestellten ineinandergreifen und einen solidarischen Zusammenschluss erschweren und nur all zu oft sogar verhindern.

In der Diskussion konnte ansatzweise erlebbar werden, dass gemeinsames Bewusstsein und Reflektieren der spaltenden Phänomene sowie der Austausch über Erfolge gelungener Solidarisierungsprozesse (Sozialer Bereich Oberösterreich, Care Revolution, ...) dazu ermutigen, Trennendes zu überbrücken.

Nur gemeinsam sind wir stark!

work of hope

Sozialpolitische und arbeitsrechtliche Fragen der Flüchtlingshilfe

Podiumsdiskussion mit

- ★ **ProfessionistInnen**
- ★ **Ehrenamtlichen und**
- ★ **AktivistInnen**

aus Flüchtlingsarbeit und Solidaritätsbewegung

10. Februar 2016, 18 Uhr 30

in der

**Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags
 Rathausstraße 21, 1010 Wien**

Wir können mehr!

SWÖ-Kollektivvertrag. Begeisterung sieht anders aus.

Eigentlich hat es gar nicht so schlecht ausgesehen bei den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen. In einigen Bundesländern bzw. Bereichen gab es mehr oder weniger die Garantie der öffentlichen Hand, den Gehaltsabschluss zu finanzieren. Und der Beschluss, Teilstreiks zu ermöglichen, schuf eine echte Kampfperspektive, ohne dass alle dazu bereit sein müssen. Doch es sollte wieder mal anders kommen.

Einerseits wurde auf zahlreiche Betriebe insbesondere in Wien massiver Druck ausgeübt, dass der Kollektivvertragsabschluss nur ja nicht zu hoch ausfallen darf. Dabei handelte es sich um die Betriebe, die mehrheitlich nicht von der öffentlichen Hand selbst finanziert werden, sondern vom FSW.

Einmal mehr zeigte sich, dass wir mit den ArbeitgeberInnen reden können, so viel wir wollen - ändern wird das nichts, solan-

ge der Fördergeber nicht mehr Geld zur Verfügung stellt.

Andererseits wurde der Beschluss von Teilstreiks mehr als zögerlich umgesetzt. In Oberösterreich hat es in mehreren Betrieben solche Beschlüsse gegeben. Das zeigt, dass die KollegInnen leichter bereit sind, Kampfmaßnahmen zu ergreifen, wenn sie schon Erfahrungen damit gemacht haben. Im oberösterreichischen Sozial- und Gesundheitsbereich gab es ja in den letzten Jahren mehrere zum Teil erfolgreiche Streiks.

In Wien hat es in genau zwei Betrieben Streikbeschlüsse gegeben. In beiden sind Mitglieder des Regionalausschusses von work@social BetriebsrätInnen. In allen anderen Bundesländern: Fehlanzeigen.

Egal, an wem es liegen mag, egal, was auch immer die Gründe dafür sind: Solange wir nicht selbst dazu bereit sind, für unse-



re Interessen zu kämpfen, werden wir diese nicht durchsetzen können. Die besten Argumente zählen in Verhandlungen nichts. Letztlich geht es dabei um eine reine Machfrage. Gewerkschaftliche Macht lässt sich letztlich auf zwei

Faktoren reduzieren: Anzahl der Mitglieder und Kampfbereitschaft.

Bis zu den Kollektivvertragsverhandlungen 2017 sollten wir daher mit all unserer Kraft daran arbeiten, dass wir in beiden Bereichen besser werden.

Überzeugen wir unsere KollegInnen, die heute noch nicht dazu bereit sind, dass wir Kampfmaßnahmen brauchen, und dass wir sie brauchen, falls sie noch nicht Mitglied bei unserer GPA-djp sein sollten.

Podiumsdiskussion: Obergrenzen als Methode der Sozialpolitik

Mit den im Zuge der unmenschlichen Asylpolitik in Europa eingeführten Kontingenten ist der Begriff „Obergrenze“ in aller Munde. Tatsächlich bestimmten Obergrenzen unsere Arbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich aber immer schon. Es gibt Obergrenzen für Unterbringungstage, Psychotherapie und vieles mehr. Interessanterweise gibt es aber keine Obergrenzen für die Belastung von uns Beschäftigten. Die KlientInnen- bzw. Fallzahlen steigen infolge unzureichender Budgets für unsere Arbeit rapide an.

Sind Obergrenzen ein wirksames Mittel der Sozial- und Gesundheitspolitik? Sind alle Obergrenzen schlecht? Kann es auch sinnvolle Obergrenzen geben? Wo liegt die Obergrenze unserer Belastbarkeit? Wie wäre es mal mit einer Obergrenze für Reichtum?

Darüber diskutieren mit euch:

- ★ **Erich Fenninger, Geschäftsführer Volkshilfe Österreich**
- ★ **Selma Schacht, Betriebsratsvorsitzende Wiener Kinder- und Jugendbetreuung**

am: **21. April 2016, 18 Uhr 30**

in der **Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags**
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Runter mit der Menstruationssteuer

Besonders für KollegInnen im Gesundheits- und Sozialbereich ist Sicherheit und Hygiene ein sehr wichtiges Thema.

Bis zu 17.000 Binden oder Tampons verbraucht eine Frau im Laufe ihres Lebens. Die Kosten eines Menstruationslebens belaufen sich also auf bis zu 4.500 Euro.

2015 wurde in Frankreich die Mehrwertsteuer auf Hygieneartikel für Frauen von 20% auf 5,5% gesenkt. In England beträgt diese 5%, in Spanien 10%.

In Österreich hingegen zahlen wir Frauen auf Tampons und andere Monatshygieneartikel eine Luxussteuer von 20%, wohingegen für viele andere

Güter des täglichen Bedarfs der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 10% angewendet wird.

Sicherheit und Hygiene im Gesundheits- und Sozialbereich sind für uns Frauen kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Bereits 2009 wurde die Mehrwertsteuer für Medikamente von 20% auf 10% gesenkt.

Die Interessengemeinschaft work@social fordert daher den verringerten Mehrwertsteuersatz von 10% auch für Hygieneartikel für Frauen. Das wäre ein wichtiger und notwendiger Schritt, um Kolleginnen nicht nur, aber insbes. im Gesundheits- und Sozialbereich finanziell zu entlasten.

Sozialausbau ist möglich!

Umverteilung jetzt. Gute Arbeit braucht gute Bedingungen.

Wir alle kennen das permanente Lament unserer Geschäftsführungen, dass es nicht genug Geld gibt für die Bedürfnisse, die wir als Beschäftigte haben und auch nicht für eine qualitativ hochwertige Betreuung der KlientInnen. Das stimmt. Und gleichzeitig stimmt es nicht!

In Anbetracht der aktuellen Budgets für den Sozial- und Gesundheitsbereich bekommen unsere Betriebe tatsächlich zu wenig Geld, als dass damit die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung, die wir uns verdient haben, finanziert werden könnten. Dass damit die qualitativ hochwertigen Leistungen erbracht werden können, die sich unsere KlientInnen und PatientInnen verdient haben. Muss das aber sein?

Nein! Denn wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Nur in zwei anderen Staaten gibt es mehr MilliardärInnen pro

Tausend EinwohnerInnen. Doch was tragen die Superreichen zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben bei? Praktisch nichts! Ihre Milliarden liegen zu einem Großteil steuerschonend in Privatstiftungen. Aber auch andere große Vermögen sind ebenso wie Erbschaften hierzulande so gering besteuert wie in kaum einem anderen Industrieland.

Das muss geändert werden. Dabei handelt es sich um eine Frage der gerechten Verteilung des Reichtums in diesem Land. Wenn die Vermögenssteuern auch nur auf den Durchschnitt der EU angehoben werden würden, könnten nicht nur unsere Gehälter auf das Niveau angehoben werden, das wir uns verdienen, sondern auch die Finanzierung zahlreicher anderer öffentlicher Aufgaben, etwa im Bereich der Bildung oder des öffentlichen Verkehrs problemlos gestemmt werden.

Außerdem ist es auch eine Frage des politischen Willens und der Mehrheitsverhältnisse in Nationalrat und Landtagen, wofür die öffentlichen Einnahmen ausgegeben werden. Wenn wir hören, dass es zwar mehr Geld für neue Waffensysteme und einen Ausbau des Sicherheitsapparates geben soll, nicht aber für uns und jene, die wir betreuen, dann macht uns das wütend.

In diesem Zusammenhang muss auch die Frage gestellt werden, was Sicherheit wirklich bedeutet. Mehr Rüstung oder aber soziale Absicherung? Wir sind der Meinung, dass ein massiver Ausbau des Sozialstaates den Menschen viel mehr Sicherheit verschafft als der Ankauf neuer Waf-

fen. Welchem behinderten Kind geht es dadurch besser, welcher alte Mensch bekommt durch diese eine menschenwürdige Pflege?

Als work@social werden wir uns daher für eine doppelte Umverteilung

einsetzen: Erstens für eine Erhöhung sozial sinnvoller Ausgaben und zweitens für echte Vermögenssteuern zugunsten unserer KollegInnen und der Menschen, die unsere Leistungen brauchen.



Podiumsdiskussion: Sozialausbau statt Einsparungen auf unsere Kosten

In den letzten Wochen haben sich die Angriffe auf den Sozialstaat gehäuft. Während die einen die Kürzung der Mindestsicherung fordern, wollen andere, dass die hier lebenden Menschen in In- und AusländerInnen gespalten werden. Diese Forderungen lassen befürchten, dass die Arbeit für uns Beschäftigte noch schwerer wird. Auch dürfen wir nicht vergessen, dass viele unserer KollegInnen aufgrund der hohen Teilzeitquote in der Branche selbst Mindestsicherung beziehen.

Können wir uns denn die Ausgaben für Sozial- und Gesundheitsleistungen wirklich nicht mehr leisten oder geht es nur um politisches Kalkül? Wie können wir den Sozialstaat auch in Zukunft finanzieren? Und welche Möglichkeiten gibt es, diesen entsprechend den Anforderungen der Zeit sogar auszubauen?

Darüber diskutieren mit euch:

- ★ **Bettina Csoka, AK Oberösterreich**
- ★ **Susanne Haslinger, Sozialpolitik PRO-GE, Bündnis Wege aus der Krise**

am: **16. Juni 2016, 18 Uhr 30**

in der **Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags**
 Rathausstraße 21, 1010 Wien

Aktiv mitbestimmen und verändern!

**Neuwahlen bei
 work@social Wien**

Die Interessengemeinschaft (IG) work@social der GPA-djp versteht sich als Plattform der gewerkschaftlichen Vernetzung, solidarischen Politik und des professionellen Austauschs.

Bei work@social engagieren sich aktive Beschäftigte aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich ehrenamtlich. Wir fordern die Anerkennung des gesellschaftlichen Werts unserer Tätigkeit! Alle zwei Jahre werden die VertreterInnen von work@social in Wien neu gewählt – du kannst selbst mitmachen und mitgestalten.

Alle, die sich gegen soziale und politische Angriffe organisieren und selbst aktiv für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen wollen, sind sehr herzlich willkommen!

Unser Ziel: Die reichsübergreifende gewerkschaftliche Arbeit im sozialen Sektor zu organisieren, netzwerken, informieren – aber vor allem auch gemeinsam agieren.

Wenn du selbst kandidieren willst, melde dich bitte bis 30.05.2016 bei birgit. ivancsics@gpa-djp.at!

Wir unterstützen euch!

Einsparungen. Wie wehren wir uns gemeinsam dagegen?

Bis 2020 soll die „Wiener Struktur- und Ausgabenreform“ zu Einsparungen von 10% führen. Neben den aktuellen Kürzungen des Bundes, etwa in der Flüchtlingshilfe, kommt da noch einiges auf uns zu. Alleine schon die Formulierung „Reformprozess ohne Tabus“ sollte uns mehr als stutzig machen.

Im Intranet der Gemeinde Wien findet sich dazu die folgende Formulierung: „Das ambitionierte Ziel ist es, bis 2020 einen administrativ ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Dies soll vor allem über eine nachhaltige Ausgabenreduktion erfolgen, die nicht nur zu Einmaleffekten führt.“

Nachhaltige Aufgabenreduzierung. Na Bumm. Auf Dauer also. Die 10% können sicher nicht beim Kopierpapier eingespart

werden. Das wird auf Kosten der Beschäftigten und der Förderungen gehen. Also auch auf Kosten der durch Gemeinde oder FSW finanzierten Betriebe. Auf unsere Kosten!

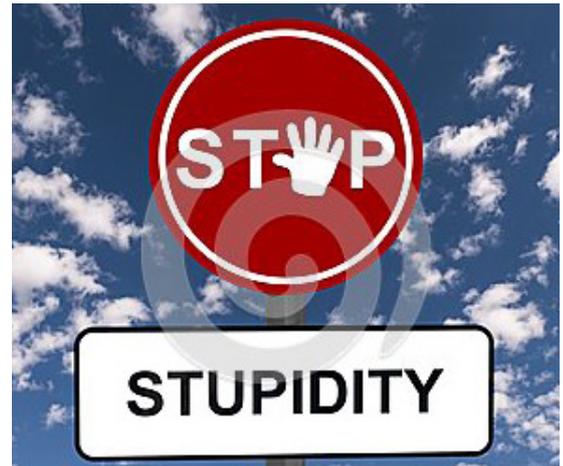
Dazu kommt dann noch das „Spitalskonzept 2030“, das durch die Reduzierung der Krankenanstalten für viele von uns die Arbeit komplizierter machen wird. Insbesondere für die nicht immer in den Massenmedien präsenten Berufsgruppen im Gesundheits- und Sozialbereich.

Begründet wird die Notwendigkeit von Einsparungen u.a. mit dem engen „Rahmen des Stabilitätspaktes, ... Schuldenbremse ...“. Hier wird einmal mehr sog. Sachzwängen nachgegeben, statt nach politischen Wegen zu suchen, diese zu ändern. Einzige Ausnah-

me: Es soll keine Privatisierung der Daseinsvorsorge geben. Danke. Nur: Wir sind Teil der Daseinsvorsorge, unsere Betriebe sind schon privat, manche sogar profitorientiert.

Dass die Personalvertretung der Gemeindebediensteten „konsultiert“ werden soll, ist gut und schön. Offenbar wurde aber darauf vergessen, dass auch in unseren Betrieben 10.000e Beschäftigte von den Ausgabenkürzungen betroffen sein werden.

Nachdem wir Beschäftigten bzw. unsere BetriebsrätInnen und unsere Gewerkschaft GPA-djp offenbar noch nicht einmal „konsultiert“ werden sollen, was uns ohnehin zu wenig wäre, müssen wir selbst dafür sorgen, dass unsere Arbeitsbedingungen nicht noch weiter verschlechtert werden.



Darin sehen wir als Interessengemeinschaft work@social in der GPA-djp Wien in nächster Zeit unsere Hauptaufgabe und wollen euch beim Kampf gegen jeden Angriff unterstützen!

Wer kämpft, kann gewinnen!

Charité-Belegschaft erreicht Mindeststandards in Pflege

Nach vier Jahren Auseinandersetzungen und einem neuerlichen Warnstreik gibt es endlich einen Kollektivvertrag für die ca. 14.000 Beschäftigten des größten Krankenhauses in Berlin. Dieser setzt neue Standards bei Gesundheitsschutz und -prävention; weiters schreibt er personelle Mindeststandards fest, also wie viele Pflegekräfte und andere Beschäftigte in den einzelnen Bereichen mindestens zur Verfügung stehen müssen.

Viele Rückschläge und Hindernisse haben die AktivistInnen der Gewerkschaft ver.di mit Beharrlichkeit und Aktionsbereitschaft überwunden. Sie haben gezeigt: Es ist möglich, die Personalnot mit gewerkschaftlichen Mitteln zu bekämpfen. Zugleich haben sie die unhaltbaren Zustände in Kliniken ins öffentliche Bewusstsein gerückt.

In einer Urabstimmung haben 89,2% der Gewerkschaftsmitglieder an Europas größtem Uniklinikum der Vereinbarung zugestimmt. Meike Jäger, ver.di-Verhandlungsführerin, dazu: „Endlich ist es gelungen, dem Abbau von Stellen, insbesondere in der Pflege, Einhalt zu bieten, indem Personalmindeststandards ... ein Abweichen nach unten begrenzen.“

Dieser Erfolg ist wegweisend: Arbeitskämpfe können nicht „nur“ um Bezahlung und Arbeitszeit geführt werden, sondern auch für Betreuungsschlüssel und Gesundheitsschutz. Auch bei uns sind viele Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich bereit, dafür zu kämpfen. Der Druck der Gewerkschaften muss verstärkt werden, damit diese Auseinandersetzungen auch in Österreich geführt werden!

ABBAU STOPPEN
 Gemeinsam gegen Sparpolitik



Aktuelle Arbeitskämpfe im Gesundheits- und Sozialbereich & unsere Unterstützungsangebote

Wie wir im Leitartikel gesehen haben, stehen die nächsten Einsparungen auf unsere Kosten vor der Türe. Unsere Arbeitsbedingungen sind aber schon jetzt teilweise unerträglich. Daher hat sich der Regionalausschuss von work@social dazu entschieden, in den nächsten beiden Jahren den Schwerpunkt auf die Unterstützung von KollegInnen zu legen, die sich dagegen wehren wollen.

Wir wollen daher folgende Fragen unter anderem an Hand von Beispielen aus dem Flüchtlings-, Pflege- und Bildungsbereich gemeinsam mit euch diskutieren:

- ★ Welche Einsparungen drohen?
- ★ Was könnt ihr dagegen tun?
- ★ Was braucht ihr dazu?
- ★ Welche Unterstützung bieten wir als work@social an?

am: 24. Oktober 2016, 18 Uhr 30
wo: Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags
Rathausstraße 21, 1010 Wien

35 Stunden sind das Höchste!

Arbeitszeitverkürzung. Wir lassen nicht locker.

Die Verhandlungen zu den drei großen Kollektivverträgen in unserer Branche (Caritas, Diakonie, SWÖ) wurden zwischen 19.01. und 02.02. abgeschlossen. Bei vielen KollegInnen ist die Enttäuschung groß. Bei mageren 1,3% Gehaltserhöhung darf uns das auch nicht weiter verwundern.

Tatsächlich wird diese Erhöhung in Anbetracht der aktuellen Entwicklung der Inflationsrate (in den letzten drei Monaten 2016 zwischen 1,3 und 1,4 Prozent) voraussichtlich 2017 zu einem Reallohnverlust führen. Erstmals ist es uns auch nicht gelungen, eine Gehaltserhöhung über dem öffentlichen Dienst zu erzielen.

Dass mehr drinnen gewesen wäre, zeigen die Kollektivvertragsabschlüsse, welche mehr oder weniger gleichzeitig erfolgten: E-Wirtschaft sowie Produkte aus Papier und Karton 1,55%, Mineralölindustrie 1,6%. Der Abstand zu anderen Branchen wird durch diesen Abschluss also nicht – wie seit vielen Jahren gefordert – kleiner, sondern größer!

In allen drei Kollektivverträgen ist es dafür gelungen, einen Rechtsanspruch auf Familienzeit nach der Geburt von Kindern zu verankern. Das ist ebenso ein Fortschritt wie die Regelung, dass Karenzzeiten ab 01.02.2017 beim SWÖ und in in der Caritas künftig im Ausmaß von bis zu 34 Monaten angerechnet werden.

Der wichtigste Erfolg im Rahmenrecht war sicher die Umsetzung der jahrelangen Forderung, dass die Formulierung zur SEG-Zulage im SWÖ nunmehr so aussieht, dass der bisherigen Judikatur entsprechend auch jene KollegInnen einen Anspruch auf diese haben, die in Betrieben ohne diesbezügliche Betriebsvereinbarung arbeiten.

Bei der Hauptforderung der SWÖ-Verhandlungen, der Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich, ist nichts weitergegangen. Die Vereinbarung von Verhandlungen zu Arbeitszeitfragen, welche bereits im April beginnen sollen, ist gut, bringt uns



derzeit aber nichts. Positiv daran ist einzig, dass sich die ArbeitgeberInnen die Formulierung eines Verhandlungsschwerpunktes „Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche“ abringen ließen. Wir ernst sie es damit meinen, werden wir erst sehen.

Wie aber ist es überhaupt zu diesem Ergebnis gekommen? Hier kommen wir nicht darum herum, die Frage zu stellen, wie ernst wir uns selbst nehmen! Obwohl bei der Erstellung des Forderungs-

programms festgelegt wurde, dass es zwischen der zweiten und der dritten Verhandlungsrunde in allen Bundesländern Aktionen zur Arbeitszeitverkürzung geben soll, haben solche tatsächlich nur in Niederösterreich und Wien (siehe Foto) stattgefunden.

Kein Wunder also, dass der Druck auf die VerhandlerInnen der SWÖ, unseren Forderungen nachzukommen, nicht besonders groß war. Wenn wir als Gewerkschaftsbe-

wegung nicht zeigen, dass wir bereits sind, für unsere Anliegen zu kämpfen, werden diese auch nicht erreicht werden können. Sowohl die ArbeitgeberInnen als auch die verantwortlichen PolitikerInnen werden uns auch weiterhin nicht ernst nehmen.

Fangen wir also damit an, uns selbst und unsere Forderungen ernst zu nehmen, indem wir uns bei der nächsten Aktion unserer bald beginnenden Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung sehen!

Zeitgemäßer Rechtsschutz muss etwas wert sein!

VertretungsNetz

Seit über zwei Jahren arbeitet das Justizministerium (BMJ) an einer Reform des Sachwalterrechts. Unter Einbeziehung relevanter Anspruchsgruppen wurde ein Entwurf für ein neues Erwachsenenschutzgesetz erstellt, der Mitte März im Justizausschuss und am 30.3.2017 im Nationalrat behandelt werden soll.

Entsprechend den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention geht es bei dieser Reform

um „mehr Selbstbestimmung statt Entmündigung“. Dazu sind neue Rechtsschutzelemente vorgesehen: differenzierte Formen der Erwachsenenvertretung statt Sachwalterschaft, kein automatischer Entzug der Geschäftsfähigkeit und zeitliche Befristung auf drei Jahre, obligatorische professionelle Abklärung von Alternativen zu einer gerichtlichen Erwachsenenvertretung, Beratung bei Errichtung von Vorsorgevollmachten usw.

Die vier Vereine (VertretungsNetz, NÖ Landesverein, Salzburger Hilfswerk und Institut für Sozialdienste Vorarlberg) sollen bei der Umsetzung der Reform wesentliche neue Aufgaben übernehmen und benötigen dafür zusätzliches Personal, womit auch viele neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Mit dem Begutachtungsentwurf hat das BMJ zunächst auch eine sorgfältige Kostenplanung unter Berücksichtigung jährlicher Kostensteigerungen vorgenommen. Die Finanzierung der Reform aus dem Bundesbudget wurde allerdings vom Finanzminister beharrlich abgelehnt!

Mit dem Ministerratsbeschluss vom 17.1.2017 wurde dann in der Regierungsvorlage bedauerlicherweise ein Reformelement, der Rechtsschutz für behinderte Kinder und Jugendliche in Wohneinrichtungen durch die Bewohnervertretung, komplett gestrichen. Die Finanzen für den Personalausbau bei den vier Vereinen wurden deutlich gekürzt und zeitlich befristet. Auch soll das Justizressort die Kosten im eigenen, ohnehin bereits sehr angespannten Budget unterbringen.

Dieses unzureichende und auch unrealistische Finanzierungskonzept stellt nicht nur das Reformvorhaben massiv in Frage und

schadet damit der Glaubwürdigkeit rechtspolitischer Ziele, sondern bereitet den Vereinen größte Sorge, dass neue Aufgaben im Auftrag des Bundesgesetzgebers wegen der mangelhaften Finanzierung nicht erfüllt werden könnten!

Die BetriebsrätInnen-Arbeitsgemeinschaft der vier Vereine plant nun, mit Unterstützung der GPA-djp, zunächst eine Intervention auf politischer Ebene, um bei den Verantwortlichen die Klärung einer ausreichenden, dauerhaften und verbindlichen Finanzierung des erforderlichen Personalausbaus einzumachen. Wenn das nicht reicht, sind weitere Maßnahmen in Vorbereitung.

Alles eine Frage der Organisation!

Organizing. Deutschlehrende in der Erwachsenenbildung wehren sich.

Nahezu jeder Arbeitsbereich sowie jede Branche sind der allseits um sich greifenden Neoliberalisierung ausgesetzt. Dennoch bzw. oft genau deshalb werden die betroffenen ArbeitnehmerInnen gewerkschaftlich nur schwer erreicht.

Viele Werk-tätige im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich klagen über die mit diesen Entwicklungen verbundenen Begleiterscheinungen wie extrem flexible Arbeitszeiten, niedriger Lohn und unbezahlte Zusatz-tätigkeiten.

Die IG Social hat sich daher zum Ziel gesetzt, jene KollegInnen bei der Durchsetzung ihrer Interessen zu unterstützen, die selbst aktiv werden wollen.

Im Bereich der Erwachsenenbildung sind unter anderem Deutschlehrende oftmals Opfer derartiger Entwicklungen. Auf einer gut besuchten Informationsveranstaltung am 24. Oktober 2016 in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlages zu diesem Thema wurde von

zahlreichen betroffenen KollegInnen der Wunsch nach einem Organizing-Workshop geäußert, der schließlich am 18. Februar stattfand.

Am Tag des Seminars durften wir ca. 30 TeilnehmerInnen aus sechs der größten Erwachsenenbildungseinrichtungen in den Räumlichkeiten des Bildungszentrums der Arbeiterkammer Wien begrüßen.

Selma Schacht (Vorsitzende des Bundesausschusses der IG Social) und Axel Magnus (Vorsitzender des Wiener Regionalausschusses der IG Social) leiteten den Workshop und machten die interessierten TeilnehmerInnen mit nützlichen Tools wie aktivierende Gesprächsführung oder dem Erstellen von Betriebslandkarten vertraut.

Die Inhalte stießen auf großes Interesse und es kam in weiterer Folge zu reger Beteiligung der Anwesenden, wodurch eine produktive Diskussion über potentielle weitere Vorgangsweisen entstand.



Besonders erfreulich war die allseits spürbare Bereitschaft zur Vernetzung der KollegInnen, welche durch das Erstellen einer Email-Liste zur Terminfindung für das Erarbeiten einer Betriebslandkarte sogleich in die Praxis umgesetzt wurde.

Am Ende der Veranstaltung gingen die motivierten KollegInnen mit dem Angebot der weiteren Begleitung ihres Vernetzungs- und Organizingprozesses und einem

vereinbarten Folgetermin in ihr wohlverdientes Wochenende.

Am 22. April trafen sich schließlich über 60 Deutschlehrende aus fast 20 Einrichtungen erneut, um erste Forderungen (höhere Bezahlung, bezahlte Vor- und Nachbereitungszeiten) zu erarbeiten und erste Aktionen zu

planen, um diesen Nachdruck zu verleihen. Die erste Aktion wurde dann mit einem Flashmob am traditionellen Kampftag der ArbeiterInnenklasse, dem 1. Mai, umgesetzt und fand einigen Widerhall in den Medien.

Und schon ist wieder das nächste Treffen für den 10. Juni geplant.

Nein zur Einschränkung des Versammlungsrechts!

Die seitens der Regierung durchgepeitschte Novellierung des Versammlungsrechts ist ein brachialer Angriff auf die demokratischen Grundrechte im Land. Dieses wurde – gerade auch von GewerkschafterInnen – in harten Kämpfen erungen, und ist seit 1867 verfassungsrechtlich verankert. Es stellt ein unverzichtbares Grundrecht dar, welches durch die von SPÖ und ÖVP beschlossene Gesetzesänderung massiv eingeschränkt wurde.

Die Verlängerung der Anmeldefrist macht es unmöglich, kurzfristig öffentlich auf politische Ereignis-

se zu reagieren. Dieser Abbau demokratischer Rechte erstreckt sich bis ins unmittelbare gewerkschaftliche Wirken wie z.B. nötige Spontanaktionen anlässlich blockierter Kollektivvertragsverhandlungen, kurzfristige Solidaritätskundgebungen, ...

Mit der neuen Möglichkeit, „außenpolitische Interessen“ als Untersagungsgrund heranzuziehen wird in Österreich lebenden und arbeitenden Menschen, die in ihren Herkunftsländern Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt sind, das Recht genommen, sich hierzu-lande politisches Gehör zu verschaffen.

Wieviel ist zeitgemäßer Rechtsschutz nun wert?

VertretungsNetz

Im Zuge der parlamentarischen Behandlung des neuen Erwachsenenschutzgesetzes haben zahlreiche Interventionen, von Seiten der Betriebsräte-Arbeitsgemeinschaft der vier Sachwaltervereine mittels Brief an den Justizminister, aber auch durch die Dienstgeberseite, durch GPA-djp-Vorsitzenden Wolfgang Katzian sowie die Justiz- und BehindertensprecherInnen erste Wirkung gezeigt.

Der Rechtsschutz für Kinder und Jugendliche in Wohninstitutionen durch die Bewohnervertretung wurde wieder ins Reformvorhaben aufgenommen. Hinsichtlich einer ausreichenden und langfristigen Finanzierung des erforderlichen Personals für die neuen Aufgaben der künftigen Erwachsenenschutzvereine stellte Justizminister Brandstetter in der Plenardebatte fest, er sehe die Finanzierung als gesi-

chert, allfällige zusätzliche Aufwendungen könnten durch die Rücklagen seines Resorts bedeckt werden, wobei eine entsprechende Bewilligung seitens des Finanzministers bereits vorliege.

Während nun das vom Parlament am 30.3.2017 einstimmig beschlossene Erwachsenenschutzgesetz allseits begrüßt wird, bleiben die vier Sachwaltervereine hinsichtlich der Mittel für zusätzliches Personal weiter im Ungewissen!

Falls die notwendige Finanzierung weiterhin ungeklärt bleibt, planen die BetriebsrätInnen bereits ab Mitte Mai weitere Interventionen.

Arbeitszeit ist Lebenszeit

Leben braucht Freizeit. Daher 35 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Die Arbeit dominiert unseren Alltag. Schon geregelte Arbeitszeiten sind eine enorme Belastung.

Im Gesundheits- und Sozialbereich sind unregelmäßig Arbeitszeiten für die Mehrheit von uns üblich: Radldienste, Betreuung rund um die Uhr, Dienstpläne mit verschiedenen Arbeitszeiten, Nacht- und Wochenendarbeit sowie geteilte Dienste sind in unserer Branche eher die Regel als die Ausnahme. Durch geteilte Dienste etwa dehnt sich die gefühlte Arbeitszeit noch mehr über den Tag aus.

Dies und einiges mehr wirkt sich physisch wie psychisch auf unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden 20aus.

Unser Arbeitsleben wird immer intensiver: Überstunden stehen ebenso an der Tagesordnung wie das kurzfristige Einspringen für ausgefallene KollegInnen.

Gerade bei hohen psychischen und physischen Belastungen sind Freizeit und Erholung unerlässlich. Berufstätige Menschen verbringen jetzt schon wesentlich mehr Zeit am Arbeitsplatz als in der eigenen Wohnung. So darf es nicht weitergehen!

Es ist daher absolut notwendig, die Arbeit so zu gestalten, dass es auch nach 40 Jahren noch möglich ist, gesund in Pension zu gehen. Derzeit sieht die Realität aber anders aus. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass unsere Geschäftsführungen uns Arbeitszeiten

ermöglichen, mit denen wir auch noch unsere Familien versorgen oder unsere Freizeit gut gestalten können.

Unsere gemeinsame Forderung nach Arbeitszeitverkürzung beinhaltet daher auch, dass damit eine bessere Planbarkeit des eigenen Lebens, der Freizeit, fürs Privatleben erreicht werden muss. Hinter diesem Ziel steht ein emanzipatorisches Element und ein humanistisches Menschenbild – der Kampf für mehr Zeitsouveränität.

Es geht um mehr Freizeit, ein menschenwürdiges Leben, mehr Zeit



Wie kriegen wir die 35-Stunden-Woche?

In den letzten Monaten haben KollegInnen aus dem Wirtschaftsbereich 17 der GPA-djp (Gesundheit, Soziales, Kinder- und Jugendwohlfahrt) intensiv an einer Kampagne zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung gearbeitet.

Diese läuft mittlerweile seit April. Auftakt dazu war eine Presseaussendung, über die die VertreterInnen der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ), des ArbeitgeberInnenverbandes, mit dem wir den danach benannten Kollektivvertrag verhandeln, zunächst gar nicht „amused“ waren.

Die ArbeitgeberInnen haben noch am gleichen Tag mit einer ziemlich patzigen Presseaussendung reagiert, in welcher sie in Abrede stellen, dass die Verhandlung einer Arbeitszeitverkürzung bei der letzten Kollektivvertragsrunde vereinbart wurde. Das ist unwahr. Trotzdem haben mittlerweile insgesamt drei Verhandlungstermine stattgefunden, die mehr oder

weniger ergebnislos blieben. Zwar seien sie (die VertreterInnen der Betriebe) auch für eine Verkürzung der Arbeitszeit. Derzeit sei diese aber unfinanzierbar. Selbstverständlich würden sie diese gerne umsetzen, wenn wir (sprich: die Gewerkschaft) das dafür erforderliche Geld aufzutreiben.

Wenn wir jetzt auch noch ihren Job machen sollen (und dazu gehört halt die Beschaffung ausreichender finanzieller Mittel), stellt sich die berechnete Frage: Wofür bekommen diese Damen und Herren ihre nicht geringen Gehälter?

Wieder einmal werden wir also zwischen Politik und ArbeitgeberInnen im Kreis geschickt. Beide Seiten reden sich auf die jeweils andere aus. Gerade wenn mehrere Parteien zweistellige Milliardenbeträge bei den Staatsausgaben einsparen wollen, ist die Finanzierung unserer Arbeitsplätze mehr als gefährdet. Damit ist klar: Wir müssen den Druck erhöhen!

Als ersten Schritt stellen wir zu sieben Themenbereichen jeweils drei Fragen. Diese werden im Monatstakt ausgeschickt und dienen dazu, unser Wissen zu stärken, so dass wir die Arbeitszeitverkürzung besser argumentieren können. Derzeit werden alle Fragen gesammelt in Form eines Quizkartenspiels gedruckt, so dass du sie dann gemeinsam mit deinen KollegInnen spielerisch einsetzen kannst.

Weiters wurden Videos zu insgesamt 19 Themen mit BetriebsrätInnen aus dem Sozialbereich gedreht, welche Stück für Stück auf der Facebookseite der GPA-djp veröffentlicht werden. Und hier kommen wir alle ins Spiel!

JedeR von uns kann diese ganz einfach teilen und somit dafür sorgen, dass die Macht der Social Media auf unserer Seite steht. Einen hunderttausendfachen Aufschrei in diesen können sich weder ArbeitgeberInnen noch Politik leisten.

für Gesundheit, Bildung, Sport, Kultur, Hobbies, Entspannung, politisches und gesellschaftliches Engagement ... Es geht um die grundsätzliche Frage:

Wie viel Zeit muss einE abhängigeR BeschäftigteR am Arbeitsplatz verbringen – und wie viel bleibt für das selbstbestimmte Leben?

Winter is coming ...

... und das nicht nur im Fernsehen und als saisonales Jahresfinale, sondern auch in Form der zunehmenden sozialen Kälte im Gesundheits- und Sozialbereich.

Es benötigt ein hohes Maß an Verdrängung, um angesichts der potentiellen politischen Veränderungen in naher Zukunft entspannt durchs Leben zu gehen. Private Krankenversicherungen und private Rehabilitations-Einrichtungen sind nur die ersten Vorboten eines neoliberalen Sturmangriffes (so fordert eine Partei gar die größtenteils private Finanzierung der Pflege), der in der Privatisierung unseres gesamten Sozial- und Gesundheitswesens, flankiert durch die Wirtschaftsprogramme mindestens zweier großer Parteien, seine Vollendung finden soll.

Angesichts dieser bedrohlichen Lage für die Beschäftigten und KlientInnen des Gesundheits- und Sozialbereichs, hat

sich die IG Social zum Ziel gesetzt eine Veranstaltungsreihe zum Thema profitorientiertes Gesundheitswesen ins Leben zu rufen.

Diese soll in regelmäßigen Abständen in der ÖGB-Buchhandlung stattfinden. Sie wird Vorträge sowie Diskussionen mit ExpertInnen aus den unterschiedlichsten Bereichen bieten.

Sobald die konkreten Termine feststehen, werden wir diese in der vorliegenden Wandzeitung bzw. per Newsletter an alle Mitglieder der IG Social kommunizieren.

Noch nicht in die IG eingetragen? Du willst aber trotzdem unsere Veranstaltungsreihe zu den Gefahren der Privatisierung nicht verpassen?

Dann ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt das nachzuholen und den Newsletter zu bestellen: ⇒ www.gpa-djp.at ⇒ Berufsleben ⇒ Interessengemeinschaften ⇒ IG Social ⇒ Sei dabei.

Wer uns angreift ...

... wird unseren Widerstand zu spüren bekommen. Gegen Sozialabbau und Angriffe auf unsere Rechte.

Nach der Nationalratswahl ist klar, dass die neue Regierung in mehreren zentralen Bereichen Angriffe auf uns Lohnabhängige plant. Ob schneller oder langsamer, ob es uns individuell oder kollektiv betrifft, ist nebensächlich – was erwartet uns?

bei der Vorbereitung der Kollektivvertragsverhandlungen. Selbst wenn die Abschaffung der sog. Pflichtmitgliedschaft nicht kommen wird, sondern 'nur' eine Senkung des (ohnehin geringen) Mitgliedsbeitrages, wäre das eine enorme Schwächung!

BetriebsrätInnen

Eine der radikalsten Gruppen von UnternehmerInnen, die Tiroler Adler-Runde, fordert die Zusammenlegung von ArbeiterInnen- und Angestelltenbetriebsräten. Das würde die Anzahl von Betriebskörperschaften massiv reduzieren. Vorsichtig gerechnet würde uns das tausenden Betriebsratsmitglieder und hunderte Freistellungen kosten. Die betriebliche Vertretung unserer Interessen würde massiv geschwächt!

Sozialversicherung

Mit der geplanten Zusammenlegung von Sozialversicherungsträgern besteht die Gefahr, dass diese künftig weiter von den Bedürfnissen der Versicherten entfernt sind. Zentral ist aber auch die Frage:



Wer bestimmt über unser Geld? In den meisten Sozialversicherungen sind es auch VertreterInnen von uns arbeitenden Menschen, die über den Einsatz der Mittel und die Leistungen entscheiden (Selbstverwaltung).

Wird das auch in Zukunft so sein oder bestimmen dann Regierung und Bosse auch noch über unsere Sozialversicherungsbeiträge und darüber, was mit diesen passiert, wofür diese überhaupt eingesetzt werden?

Widerstand

Als Interessengemeinschaft Social werden wir nicht nur alle Maßnahmen, die unser Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtern, kritisieren. Wir werden auch aktiv im Widerstand gegen deren Durch- und Umsetzung dabei sein.

Und wir werden trotz alledem für all die mehr als dringend erforderlichen Verbesserungen kämpfen. Wir sehen uns im Widerstand!

Arbeiterkammer

Als Interessenvertretung aller arbeitenden Menschen leistet diese sowohl individuell als auch kollektiv große Dienste. In den Bereichen Rechtsberatung und KonsumentInnen-schutz ist sie für viele von uns nicht wegzudenken. Davon profitieren auch über 800.000 Personen, die keinen Mitgliedsbeitrag leisten. Ebenso wichtig ist die Rolle der AK bei der Begutachtung von Gesetzen, bei sozial- und wirtschaftspolitischer Grundlagenarbeit oder durch ihre Analysen der wirtschaftlichen Lage der Branchen

Kollektivverträge

Einer der Wunschträume in den Chefetagen ist es seit langem, Regelungen, die bisher nur im Kollektivvertrag getroffen werden können, auf die betriebliche Ebene zu verlagern, insbes. im Bereich der Arbeitszeit. BetriebsrätInnen sind dem Druck der Chefetagen viel stärker ausgesetzt als unsere Gewerkschaften.

Mit einer solchen Verlagerung wären Verschlechterungen also nahezu vorprogrammiert. Nur Kollektivverträge können einheitliche Arbeitsbedingungen für uns alle sichern!

Ökonomisierung im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich

In Anbetracht der Entwicklungen der letzten Jahre zweifeln wir daran, ob wir auch in Zukunft noch im sogenannten Non-Profit-Bereich arbeiten werden. Beispiele für das Gegenteil gibt es heute schon genug!

Die ORS zum Beispiel, die für die Betreuung im Flüchtlingslager Traiskirchen zuständig ist, verlaublich jedes Jahr Rekordgewinne. Gleichzeitig ist bekannt, dass die Lebensbedingungen der dort untergebrachten Flüchtlinge alles andere als gut sind.

Auch der größte Betreiber von Flüchtlingsunterkünften in Niederösterreich ist mittlerweile profitorientiert. Vor eini-

gen Jahren noch haben die EigentümerInnen ihr Geld mit Wohnungen verdient. Doch Flüchtlinge sind scheinbar profitabel!

Auch in anderen Bereichen können wir ähnliche Entwicklungen feststellen. Der größte Betreiber von Pflegeeinrichtungen in Europa ist mittlerweile auch in Österreich auf dem Vormarsch. Die Senecura, die über 50.000 Pflegebetten ihr Eigentum nennt, schaut sicher mehr auf jährliche Steigerungen des Profits als auf die Arbeitsbedingungen unserer KollegInnen.

Die Privatisierung des der größten Suchtklinik Europas, des Anton Proksch-Instituts hat zum

Wechsel in einen schlechteren Kollektivvertrag geführt. Der neue Besitzer heißt VAMED. Hinter dieser steht wiederum der deutsche Fresenius-Konzern, der mit Dialyse Milliarden verdient.

Wir werden uns daher in 4 Veranstaltungen mit dem Thema auseinandersetzen:

- ★ Wie ist die derzeitige Situation und was kommt auf uns zu?
- ★ Beispiele aus dem Gesundheits- & Sozialbereich
- ★ Beispiele aus dem Bildungsbereich
- ★ Wie kann erfolgreich gegen die Unterwerfung des Sozialbereiches unter die Kriterien der Betriebswirtschaft gekämpft werden?

Veranstaltung: Wie weit ist die Ökonomisierung im Sozial- und Gesundheitsbereich schon fortgeschritten? Was kommt noch auf uns zu?

Auch in unserem Arbeitsbereich werden immer mehr und mehr Betriebe privatisiert. Wie lange wird der sog. Non-Profit-Bereich tatsächlich noch nicht dem Profitkriterium unterworfen sein? Zählen Menschen wirklich noch mehr als der Gewinn?

Im Lichte der aktuellen politischen Entwicklungen wollen wir die Perspektiven ausloten. Die neue Regierung hat sich schon bei ihrer ersten Auflage beim Privatisieren besonders hervorgetan. Wir diskutieren die damit zusammenhängenden Fragen

am **26.02.2018, ab 18 Uhr 30**

in der **Fachbuchhandlung des ÖGB**
 Rathausstraße 21, Eingang Universitätsstrasse
 1010 Wien (Nähe U2 Schottentor)

mit

Christoph Stoik vom FH Campus Wien, wo er sich unter anderem mit Theorien der sozialen Arbeit beschäftigt, und
Anna Leder, Physiotherapeutin im St. Anna-Kinderspital

Geht ned – gibt's ned!

Streiken. Können wir! Kämpfen. Können wir! Gefallen lassen? Tun wir uns nix!



für beendet erklärt, wurde die Umsetzung des bereits vorgeschlagenen dreistündigen Warnstreiks am 15. und 16. Februar im großen Verhandlungsteam einstimmig beschlossen. Innerhalb weniger Stunden liefen die Vorbereitungen an. Streik-

schulungen durch unsere GPA-djp erfolgten. Für viele waren organisatorische Herkulesaufgaben zu bewältigen.

Selbst jene, die immer schon der Meinung waren, dass auch wir streiken können, wurden von der Beteiligung an den Warnstreiks mehr als nur überrascht. Selbst in unseren kühnsten Träumen hatten wir uns nicht ausmalen können, dass sich dermaßen viele Beschäftigte, die vom SWÖ-Kollektivvertrag erfasst sind, an den Kampfmaßnahmen beteiligen würden. Diese zeigten rasch Wirkung.

Bereits am Tag danach bemühte sich die SWÖ um einen neuen Verhandlungstermin. Die Betriebe wurden durch den Warnstreik gezwungen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Die wichtigste Lehre aus diesen Kollektivvertragsverhandlungen ist, dass auch wir gemeinsam für unsere Interessen eintreten können. Das wird nachhaltige Spuren im Bewusstsein der beteiligten KollegInnen hinterlassen. Und auch jene, die nicht teilgenommen haben, wissen jetzt, dass auch wir kämpfen können.

Der Sozial- und Gesundheitsbereich ist nicht mehr so wie er noch vor Kurzem war. Und wird es auch nie wieder sein!

Viele Jahre lang herrschte die Meinung vor, dass im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich nicht gestreikt werden kann. Zu sehr wären die KollegInnen in der Verantwortung für die Menschen, die sie betreuen.

Die SWÖ-Kollektivvertragsverhandlungen 2018 haben das Gegenteil bewiesen. Als die VerhandlerInnen der Betriebe die Verhandlungen in der Nacht vom 12. auf den 13. Februar



Zeitgemäßer Rechtsschutz ist offenbar doch etwas wert!

VertretungsNetz

Nach einstimmiger Beschlussfassung des Erwachsenenschutzgesetzes durch den Nationalrat am 30.3.2017 war die Frage nach einer Finanzierung des erforderlichen Personals für die vier künftigen Erwachsenenschutzvereine offen geblieben. Daraufhin hatte Anfang Juni 2017 GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian mit zwei parlamentarischen

Anfragen an Justiz- und Finanzminister interveniert. Wenige Tage danach, am 12.6.2017, schreibt Finanzminister Schelling in einem Brief an Vizekanzler Brandstetter, dass „im Hinblick auf die Wichtigkeit dieses Gesetzes die Finanzierung von dessen Auswirkungen in den Jahren 2017 und 2018 im Wege von Rücklagenentnahmen sichergestellt werde.“

Auf dieser Basis haben die vier Vereine begonnen, sich auf das Inkrafttreten mit 1.7.2018 vorzubereiten und seither sehr viel Zeit, Energie und Ressourcen investiert. Mitte Februar 2018 wurde dann von Regierungsseite der Plan einer Verschiebung des Inkrafttretens des Erwachsenenschutzgesetzes um zwei Jahre bekannt und mit der Budgetlage begründet. Die bereits früh erkennbare Ambivalenz gegenüber einer Reform des Sachwalterrechts im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention schien damit offensichtlich.

Wie wäre es sonst möglich gewesen, eine große Reform vorzubereiten, ohne zuvor den politischen Willen und damit eine zweifelsfreie Finanzierung außer Streit gestellt zu haben? Die auch medial vorgetragene Entrüstung von vielen Seiten war enorm.

Mittlerweile soll das Erwachsenenschutzgesetz nun doch mit 1.7.2018 in Kraft treten, auch die Finanzierung für 2018/2019 aus dem Bundesbudget ist seit 1.3.2018 gesichert!

Justizminister Josef Moser hat dann innerhalb der Bundesregierung, begleitet von öffentlichem Druck,

auf eine ausreichende und langfristige Finanzierung auf Basis der Berechnungen im seinerzeitigen Begutachtungsentwurf in Höhe von 17 Millionen Euro jährlich gedrängt. Jetzt freuen wir uns über den Erfolg der gemeinsamen konsequenten Haltung.

Keinesfalls aber hätte die BetriebsrätlInnen-Arbeitsgemeinschaft der vier Vereine zugelassen, dass die negativen Auswirkungen einer strukturell verankerten Unterfinanzierung auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen werden!

Frontalangriff auf unsere Interessen

Regierung. Alles andere als dem Sozialstaat freundlich gesonnen.

Die neoliberale Prägung des Regierungsprogramms ist eindeutig. Deutlich sichtbar ist, dass sich die VertreterInnen der Industrie durchsetzen konnten.

Teilweise wurden ihre Forderungen wortwörtlich übernommen. So gibt es Steuergeschenke für die Unternehmen, Erben und GutverdienerInnen, aber massive Kürzungen im Sozialbereich, Verschlechterungen für Arbeitende und für Arbeitslose!

Das sind die schlimmsten schwarz-blauen Pläne:

Leistungskürzungen vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich, um 12 bis 14 Milliarden Euro durch Senkung der Abgabenquote (von derzeit 43%) „in Richtung“ 40%. Die Finanzierung soll durch ausgabenseitige Einsparungen und Strukturereformen erfolgen. Die Arbeitsmarktprojekte „Aktion 20.000“ und „Be-

schäftigungsbonus“ wurden ersatzlos gestrichen und die Förderungen für Sprachkurse drastisch gekürzt.

Unsere (Sozial-)Lohnbestandteile sollen um mindestens 500 Millionen Euro „deutlich gesenkt“ werden. Die ArbeitgeberInnenbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds sollen fallen, jene zur Unfallversicherung von 1,3% auf 0,8% drastisch reduziert werden. Dies kommt einer Zerschlagung der AUVA gleich.

Dabei ist die AUVA nur der Testballon für den Angriff auf unser gesamtes Sozialversicherungssystem, der mit Sicherheit nicht lange auf sich warten lassen wird.

Meldepflichten an die Arbeitsinspektorate und die Übermittlungspflichten für Betriebsvereinbarungen sollen abgeschafft werden. Das heißt vor allem: Abbau von Schutzvorschriften für

ArbeitnehmerInnen. Eine Ausweitung der täglich zulässigen Arbeitszeit von 10 auf 12 Stunden und gleichzeitig eine der wöchentlich zulässigen Arbeitszeit auf 60 Stunden ist geplant.

Die Angleichung des ArbeiterInnen- und Angestelltenbegriffs, wobei jedoch atypische Formen der Arbeit, etwa freie DienstnehmerInnen oder „neue Selbstständige“ fehlen.

Ziel von Schwarz-Blau ist damit aber auch, Betriebsratskörperschaften, BetriebsrätInnen und Freistellungen durch Zusammenlegung „einzusparen“. Außerdem will die Bundesregierung die JugendvertrauensrätInnen völlig abschaffen.

Die Zumutbarkeitsbestimmungen für **Arbeitslose** sollen verschärft werden: Längere Wegzeiten,



Kürzung des Arbeitslosengeldes, Abschaffung der Notstandshilfe. Das bedeutet ein Modell wie Hartz IV in Deutschland.

Erste Berechnungen zeigen, dass dadurch in einem der reichsten Länder der Welt mindestens 160.000 Menschen zusätzlich in die akute Armutgefährdung getrieben werden. Schon jetzt ist über eine Million arbeitsgefährdet oder arm!

Wollen wir uns das wirklich gefallen lassen? Wir denken, dass es erforderlich ist, gegen jeden einzelnen Angriff dieser Regierung auf unsere Rechte **Widerstand** zu leisten, und werden uns daran beteiligen.

Dabei hoffen wir auf deine aktive Unterstützung. Möglichkeiten dazu wird es in nächster Zeit genug geben. Die nächste Demo kommt bestimmt!

Neuwahl bei IG Social: Werde aktiv

Unsere Interessengemeinschaft für Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialbereich wählt im Juni den Wiener Regionalausschuss wie alle zwei Jahre neu.

Wir sind eine eine Plattform der Vernetzung und der gemeinsamen Aktivität. Dazu spannen wir einen Bogen zwischen den Beschäftigten unseres Arbeitsbereiches und der Gewerkschaft.

Wir wollen nicht länger die Suppe abköhnen müssen, die uns die neue Regierung einbrockt. Die Basis dafür sind gemeinsame Aktionen, welche wir zusammen mit interessierten KollegInnen planen und durchführen. Voraussetzung für solche Aktivitäten ist die gemein-

same Diskussion darüber, was wir überhaupt wollen. Selbstverständlich stehen dabei unsere Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt. Soziale Arbeit ist mehr wert!

Wenn auch Du **★ nicht willst**, dass unsere Arbeitssituation so bleibt, wie sie ist

★ gemeinsam mit anderen an Verbesserungen arbeiten willst und

★ deinen Beitrag dazu leisten willst, dass endlich der gesellschaftliche Wert des Sozialbereiches anerkannt wird

★ der Bundesregierung nicht jede Einsparung auf unsere Kosten durchgehen lassen willst

dann bis Du bei uns genau richtig! Als eingetragenes Mitglied der IG So-

cial und Mitglied unserer GPA-djp kannst du nicht nur wählen, sondern auch selbst kandidieren.

Um die KandidatInnen und ihre Positionen kennenlernen zu können, laden wir alle Interessierten zu einem

Come together am: Dienstag, den **12. Juni 2018** um 17 Uhr in: der **GPA-djp**, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, 4. Stock, Raum 4K7

ein, bei welchem auch die Möglichkeit zum Austausch gegeben sein wird.

Wenn Du Fragen zur Wahl hast, kannst Du gerne unter birgit.ivancsics@gpa-djp.at Kontakt mit der zuständigen Kollegin Birgit Ivancsics in der GPA-djp aufnehmen.

Veranstaltung: **Auswirkungen der Ökonomisierung im Sozial- und Gesundheitsbereich**

Nachdem wir uns bei der ersten Veranstaltung unserer Reihe zu Privatisierung und Ökonomisierung allgemein mit der Thematik beschäftigt haben, werden wir nun anhand konkreter Beispiele aus dem Gesundheits- bzw. Pflegebereich weiter diskutieren.

Am Podium sind daher KollegInnen aus drei Betrieben mit unterschiedlichen Situationen: Ein profitorientierter Betrieb, ein Non-Profit-Betrieb im Mehrheitseigentum eines profitorientierten Konzerns und ein Non-Profit-Unternehmen, bei dem die Kooperation mit InvestorInnen fast zu massiven Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen geführt hätte.

Wir diskutieren am **27.06.2018, ab 18 Uhr 30**

in der **Fachbuchhandlung des ÖGB**

Rathausstraße 21, Eingang Universitätsstrasse
 1010 Wien (Nähe U2 Schottentor)

mit

Nikolas Anastasiadis, Mitglied der Konzernvertretung der pro mente Reha

Ulrike Kobra, stv. Betriebsratsvorsitzende API Betriebs gemeinnützige GmbH (Anton Proksch Institut)

Bogdan Lazar, Betriebsratsvorsitzender SENEURA Sozialzentrum Krems

Bedrohte Jugend

Wiener Mindestsicherung. Soziale Inklusion geht anders.

Nicht genug damit, dass die seit Frühjahr 2018 geltende Wiener Mindestsicherung jungen Erwachsenen die Zwangskonsumtion diverser Unterstützungsangebote unter dem Deckmantel der (Wieder-)Eingliederung in das Erwerbsleben und sozialer Inklusion beschert, wird der Mindeststandard dieser Zielgruppe bei Nichteinhaltung seiner Vorgaben um mindestens ein Viertel gekürzt.

Laut den Zielen und Grundsätzen der Wiener Mindestsicherung soll im Besonderen die dauerhafte Eingliederung oder Wiedereingliederung von volljährigen Personen bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres in das Erwerbsleben sowie die soziale Inklusion gefördert werden. Erstmals wurde aber mit der Novelle eine Untergruppe der Erwachsenen geschaffen; 18 bis 25-Jährige werden anders behandelt.

Bei der Umsetzung dieses Vorhabens ging also wohl so einiges schief, denn die genannte Zielgruppe erhält nur

noch 75% des Mindeststandards, d.h. 647,28 Euro anstatt 837,76 Euro, wenn die betroffene Person im Bezugsmonat keine laufende Schul- bzw. Berufsausbildung absolviert bzw. sich nicht in einem Beschäftigungsverhältnis oder einer der diversen Kursmaßnahmen befindet.

Es besteht zwar die Möglichkeit, diese innerhalb von vier Monaten nachzuweisen, aber was ist mit jenen, die aus körperlichen, psychischen oder familiären Gründen bereits in der Vergangenheit nicht in der Lage waren und aktuell sind, die neuen, sehr strengen Vorgaben einzuhalten?

Es geht aber noch schlimmer. Nur 50% des Mindeststandards, das sind nur noch EUR 431,52 pro Monat, erhalten jene 18 bis 25-Jährigen, die noch im elterlichen Haushalt bzw. bei den Großeltern leben und keine der oben angeführten Beschäftigungsformen nachweisen können.

Eigenständiges Wohnen kostet und durch diese massive Kürzung wird der Schritt junger Erwachsener

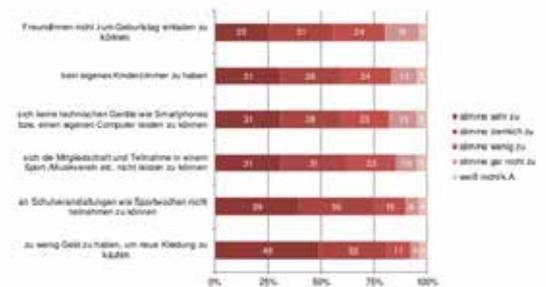
hin zum selbständigen Wohnen immer mehr erschwert. Das Ansparen für Kautions-, Vertragserrichtungsgebühren, Mobiliar usw. ist trotz möglicher Unterstützung der MA40 nämlich unerlässlich.

Bei Quadratmeterpreisen von durchschnittlich 12 Euro ist Wohnen in Wien sogar für viele Erwerbstätige schwer finanzierbar. Die ohnehin schon großen Schwierigkeiten am Wohnungsmarkt für arbeitslose Menschen werden sich weiter verschärfen. Trotz der Möglichkeit, Mietbeihilfe über die MA40 sowie Wohnbeihilfe (MA50) zu beziehen, werden die erneuten Kürzungen viele Mindestsicherungsbeziehenden vor kaum bewältigbare Probleme stellen.

Leider werden die ersten Folgen schon im wahrsten Sinne des Wortes sichtbar. Wir wissen aus unserer Arbeit, dass einige von diesen Kürzungen betroffene junge Erwachsene bereits auf der Straße leben müssen.



Armut bedeutet für Kinder und Jugendliche...



Das Geld, das mit der Staffelung des Mindeststandards vermeintlich eingespart wird, wird die Politik postwendend in Delogierungsprävention und die Erweiterung der Angebote der Wiener Wohnungslosenhilfe investieren müssen, wenn es nicht zu einer Verfestigung der Wohnungslosigkeit kommen soll. Die im Gesetz genannte Ziele der Eingliederung oder Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sowie der sozialen Inklusion erscheinen unglaubwürdig, wenn gleichzeitig eine große Gruppe von Menschen aufgrund der

gekürzten Mindeststandards immer weiter an den Rand der Gesellschaft und in die Verarmung getrieben wird.

Wo sind die Unterstützungsangebote für jene 18- bis 25-Jährigen, die nicht in das von der Politik eng gesteckte Schema passen? Ohne gesicherte Existenz, besonders aber ohne gesicherten Wohnraum wird es für junge Menschen immer schwerer, sich auf die Ausbildung zu konzentrieren oder einen Arbeitsplatz zu finden, womit die eigene Wohnung erst recht zu einem unfinanzierbaren Traum wird.

Höchste Zeit für Widerstand!

Schlag auf Schlag prasseln die reaktionären Entscheidungen der schwarz-blauen Regierung auf uns nieder. Nur konsequenter Widerstand bis hin zu einer breiten Streikbewegung wird ihre Pläne zugunsten der Wirtschaft auf Kosten der arbeitenden Menschen noch aufhalten können.

Der 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche sind bereits beschlossen. Bald werden sich die verheerenden Auswirkungen zeigen.

Ins Visier genommen wird ebenfalls unsere Sozialversicherung mit ihrer seit der Ersten Republik (mit Ausnahme des Faschismus) bestehenden Selbstverwaltung. In Zukunft wird hier die Wirt-

schaft über unser Geld und unsere Sozialleistungen bestimmen. Wir werden nicht nur enteignet und dürfen nicht mehr demokratisch selbst über unsere Sozialversicherungsbeiträge entscheiden, sondern wissen auch schon jetzt, dass ein riesiges Sparpaket auf uns zukommt.

Gelder für viele Frauenorganisationen wurden ersatzlos gestrichen, was dazu führen muss, dass für zahlreiche Frauen ein selbstbestimmtes Leben noch unmöglicher wird.

Die Mindestsicherung soll bundesweit gekürzt werden, was uns als Verheerlichkeit verkauft wird. Gegen diese wäre ja prinzipiell nichts einzuwenden, wenn es sich da-

bei um eine Verbesserung für jene handeln würde, die heute schon zu wenig zum Leben haben. Auch in Österreich droht Hartz IV, welches in Deutschland dazu führt, das Millionen dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt und von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind.

Der Jugendvertrauensrat wird ersatzlos abgeschafft. AsylwerberInnen werden immer mehr drangsaliert und ihrer Rechte beraubt.

Grund genug, die Angriffe der Regierung mit einem heißen Herbst zu beantworten. Daher rufen wir jetzt schon zur Teilnahme an der bundesweiten Großdemonstration am 15.12. auf. Details unter: www.heisserherbst.at

Gemeinsame Veranstaltung von IG Social und IG Education: Auswirkungen der Ökonomisierung in der Erwachsenenbildung

In kaum einem Bereich unserer Branche ist die Privatisierung weiter fortgeschritten als in der Erwachsenenbildung. Öffentliche Angebote sind Mangelware. Das hat zur Folge, dass zahlreiche Betriebe mittlerweile profitorientiert arbeiten und geht auf Kosten der Qualität für die Lernenden. Die Arbeitsbedingungen der KollegInnen bleiben auf der Strecke. Zuletzt angekündigte Einsparungen beim AMS werden diese Situation noch weiter verschlechtern.

Wir diskutieren am **26.11.2018, ab 18 Uhr 30** in der **Fachbuchhandlung des ÖGB** Rathausstraße 21, Eingang Universitätsstrasse 1010 Wien (Nähe U2 Schottentor)

mit

- ★ **Markus Haunschmid**, Mitglied im Bundesausschuss der IG Education
- ★ **Gernot Mitter**, Fachmensch der AK für Arbeitsmarktpolitik
- ★ **Stefanie Steininger**, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende BBRZ Reha

Sozialabbau brutal

Sozialversicherungen. 130 Jahre Aufbauarbeit mit einem Federstrich zerschlagen.

Deklariert als „notwendige Reform“ der Sozialversicherung wurde vor Weihnachten im Nationalrat die Sozialversicherungs-Organisationsreform durchgepeitscht. Mit dieser massiven Einschränkung der Mitbestimmung sowie der Entzerrung des „Vermögens“ der Versicherten wurde ein weiterer Schritt in Richtung „Freiheitsberaubung“ der Arbeitenden gesetzt.

Diese Reform ist eine klare Machtverschiebung zu den DienstgeberInnen. Abgesehen von den zu erwartenden Millionenkosten der Fusionierungen wird durch eine massive Personalreduktion die Qualität der Leistungen und in manchen Bereichen die Versorgung selbst gefährdet. Fast die Hälfte der Beschäftigten der Sozialversicherung sind in deren Gesundheitseinrichtungen direkt bei den PatientInnen tätig. Die von der Regierung erzwungenen Einsparungen haben einen Abbau der regionalen Betreuung, längere Wartezeiten und Einschränkungen im Leistungsspektrum zur Folge.

Einen Vorgeschmack auf die Zukunft bietet die der solidarischen Sozialversicherung aufoktrozierte Erhöhung der Millionen-Zahlungen an private Krankenanstalten. Mit der Verschiebung der Betriebsprüfung von der Krankenkasse zum Finanzamt wird den Versicherten die Kontrolle über ihre Beiträge und in Folge über das Ausmaß der Leistung entzogen.

Am dramatischsten ist die Fesselung der Versicherten im Bereich der Selbstverwaltung. Diese ist eine Garantie für die Mit- und in manchen Teilen Selbstbestimmung der ArbeitnehmerInnen! Mit dieser sog. Reform werden die Mehrheitsverhältnisse zu den Unternehmensverbänden verschoben.

Ausgestattet mit „diktatorischen“ Rechten werden Wirtschaft, Industrie und ihre Regierung die soziale Absicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfall und im Alter ein- und beschränken. Das beispielhafte und international anerkannte Modell der solidarischen Sozialversicherung in Österreich steht vor dem Ende.



Im Wesentlichen geht es bei der Politik der Regierung um den Gesamtumbau der Gesellschaft: Weg von stärkevollen solidarischen Strukturen eines gut ausgebauten Sozialstaates hin zur Almosen-, Abhängigkeits- und Auspressungspolitik durch die Kapital-, Grund und ProduktionsmittelbesitzerInnen.

Dieser Verschiebung gegen die Menschen stehen gut ausgebauten Einrichtungen der sozialen Sicherheit und hier allen voran die der solidarischen Sozialversicherung diametral entgegen. Daher ist es kein Wunder, dass zu-

erst einmal gleich die Beiträge zur Unfallversicherung und damit unsere Bruttobrottolöhne gekürzt wurden. Davon haben nur die Unternehmen etwas. Wir hingegen werden die Kosten in Form schlechterer Versorgung oder teurer Privatversicherungen begleichen.

Wirkliche Freiheit, wirtschaftliche und damit auch die persönliche, setzt eine gerechte und solidarische Gesellschaft voraus, in der die Arbeitenden selbst über ihr Leben bestimmen. Mit dieser Freiheit ausgestattet kann die Mehrheit in der Gesellschaft

die Verteilungsverhältnisse verändern. Genau das ist für die Besitzenden nicht akzeptabel.

Mit Hilfe der radikalen Rechten treten sie an, um die soziale Sicherheit, die „Freiheit der ArbeitnehmerInnen“ zu vernichten.

Das können und werden wir im Sinne einer solidarischen Gesellschaft und der Selbstbestimmung der ArbeitnehmerInnen nicht hinnehmen. Diese Regierung steht für die Interessen von Wenigen – für uns Lohnarbeitende hat sie nichts zu bieten! Wehren wir uns! Es ist Zeit!

SWÖ-Kollektivvertragsverhandlungen gestartet

Die Sozialwirtschaft Österreichs versorgt mit über 110.000 Beschäftigten notleidende und kranke Menschen. Sie umfasst viele, in unserer Gesellschaft essentielle Berufe wie etwa Heimhilfen, SozialarbeiterInnen und Pflegekräfte.

Eigen ist allen in dieser Branche angesiedelten Berufen, dass sie meist direkt mit Menschen arbeiten und somit allen Widrigkeiten wie dem psychischen und physischen Leid ihrer KlientInnen, oft in einer intimen, vertrauensbedürftigen Sphäre, ausgesetzt sind.

In krassem Widerspruch zur Bedeutung dieser Branche für das Funkti-

onieren unserer Gesellschaft stehen jedoch die Gehälter, welche trotz stetig steigendem Arbeitsdruck im Vergleich zu anderen Branchen hinterherhinken. Hinzu kommt, dass Personalmangel, Dienstplanunsicherheiten und geteilte Dienste, welche unvermeidbar die Vermischung von Berufs- und Privatleben zur Folge haben, allgegenwärtig sind. Diesen Missständen muss entschieden entgegen gewirkt werden, um eine hohe Qualität der Betreuung unserer KlientInnen weiterhin möglich zu machen.

Unsere KollegInnen vermögen nur bei entsprechender Entlohnung und

Ruhezeit die Herausforderungen dieser Branche zu meistern ohne soziale und gesundheitliche Verschlechterungen befürchten zu müssen.

Daher ist es nicht mehr als gerecht, bei den diesjährigen Kollektivvertragsverhandlungen zusätzlich zur Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche bei vollem Lohn und- Personalausgleich und einer sechsten Urlaubswoche für alle eine angemessene Erhöhung der Kollektivvertrags- und Ist-Gehälter um 6 Prozent unter besonderer Berücksichtigung niedriger Einkommen durch einen Mindestbetrag von 150 Euro zu fordern.

Aktionstag zu den SWÖ-Kollektivvertragsverhandlungen

**Stermarsch zum Rathaus
 29.01.2019, 14 Uhr 30**

Treffpunkte:

★ **Ostarrichipark / Otto Wagnerplatz: Schwerpunkt Behindertenarbeit**

★ **Hauptuniversität: Schwerpunkt Kinder- und Jugendarbeit**

★ **Platz der Menschenrechte (Museumsquartier): Schwerpunkt Pflege**

**Abschlusskundgebung
 beim Rathaus / Friedrich-Schmidt-Platz**

Nein zur Kürzung der Mindestsicherung!

Armut bewusst vermehren? Nicht mit uns!

Im Mai will die Regierung im Nationalrat die neue Sozialhilfe beschließen. Das Leben mit der Mindestsicherung ist schon hart genug. Mit den neuen Regelungen wird es noch schlimmer. Monatlang hat die Regierung gegen Menschen gehetzt, die ihr Geld vom Sozialzentrum bekommen. Fakt ist: Der durchschnittliche Bezug eines Haushaltes beträgt 8,5 Monate mit 606 Euro. Weniger als 1% vom Sozialbudget werden für die Mindestsicherung ausgegeben. Und gekürzt wird nun bei allen: bei Geschwisterkindern, Kranken, Alten, Alleinerziehenden, Arbeitenden, ÖsterreicherInnen und MigrantInnen ...

Wir müssen gegen diese sog. Mindestsicherungsreform kämpfen, weil sie schlecht ist:

⇒ für die Arbeitenden: Viele, die Mindestsicherung bekommen, sind berufstätig. Sie verdienen zu wenig, um davon leben zu können. Deshalb müssen sie ihren Lohn/ihr Gehalt durch das Geld vom Sozialzentrum aufstocken. Wenn sie in Zukunft keinen Anspruch auf Mindestsicherung haben, weil z.B. ihr Deutsch zu schlecht ist oder sie noch nicht lange genug in Österreich leben, rutschen sie weiter in die Armut ab.

⇒ für Frauen und Alleinerziehende: Noch immer kümmern sich meist Frauen um die Betreuung der Kinder oder die Pflege von Familienmitgliedern. Deshalb können viele Frauen nur in Teilzeit arbeiten. Frauen verdienen in Österreich noch immer um fast 20% weniger als Männer. Viele müssen ih-

ren schlechten Lohn mit dem Geld vom Sozialzentrum aufstocken. Die Mehrzahl der Mindestsicherungs-BezieherInnen sind Frauen, auch deshalb treffen sie die Kürzungen am meisten. Auch die anderen Kürzungen (z.B. ab dem 2. Kind) wirken sich auf sie besonders aus.

⇒ für MigrantInnen: Menschen, die in Österreich subsidiären Schutz erhalten haben, sollen künftig nur noch Geld in Höhe der Grundversorgung erhalten. Sie müssen dann mit maximal 365 Euro im Monat auskommen. Davon kann niemand leben! Wer keinen Pflichtschulabschluss in Österreich gemacht hat und keine B1-Deutschkenntnisse (oder C1-Englischkenntnisse) hat, soll in Zukunft 300 Euro weniger im Monat bekommen!



⇒ für die älteren und gesundheitlich belasteten Arbeitslosen: Schon jetzt sind viele Arbeitslose auf Mindestsicherung angewiesen, weil ihr Arbeitslosengeld bzw. die Notstandshilfe einfach nicht ausreicht. Fast 160.000 Menschen bekommen in Österreich Notstandshilfe, davon sind 80% ÖsterreicherInnen. Die Hälfte ist älter als 45 Jahre, mehr als ein Drittel hat gesundheitliche Probleme. Die

Regierung will in Zukunft die Notstandshilfe streichen – dann werden aber noch mehr Arbeitslose Mindestsicherung/Sozialhilfe brauchen. Genau diese Menschen fallen dann unter die Armuts-grenze.

Wir Arbeitenden im Sozial- und Gesundheitsbereich sagen laut und deutlich NEIN zu dieser sozialreaktionären Kürzungswelle und werden diese bekämpfen!

Zeitgemäßer Rechtsschutz benötigt mehr Personal

VertretungsNetz

Vor über einem Jahr konnte die Finanzierung des erforderlichen Personals bei den vier Erwachsenenschutzvereinen für die neuen Aufgaben im Zuge der Reform des Sachwalterrechts und der Novelle des Heimaufenthalts-gesetzes mit vereinten Kräften gesichert werden. Damit standen auf Basis der Berechnungen im Begutachtungsentwurf für 2018/2019 jährlich Subventionen in Höhe von ca. 17 Millionen Euro aus dem Bundesbudget zur Verfügung. Etwa 180 neue KollegInnen haben in der Folge nach ihrer Einschulung mit der Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzgesetzes begonnen.

Die Weiterfinanzierung im Rahmen eines Doppelbudgets 2020/2021

ist ungeklärt! Wir befürchten, dass die Subvention nicht erhöht wird, womit die jährliche Kostensteigerung von ca. 3% nicht gedeckt wäre, was Auswirkungen auf den Personalstand hätte! Politische Äußerungen zur künftigen Finanzierung sind erst im Sommer zu erwarten.

Gleichzeitig haben unsere bisherigen Erfahrungen eine starke Nachfrage nach den neuen Dienstleistungen (z.B. Erri-chtung und Registrierung von gewählten und gesetzlichen Erwachsenenvertretungen, obligatorisches Clearing, ...) gezeigt. Unser breiterer Einblick in die derzeit etwa 52.000 Erwachsenenvertretungen (bisher Sachwalterschaften) zeigte überdies gravierende Mängel in der Ausübung des Rechtsschutzes für KlientInnen,

die durch das Fehlen einer ausreichenden Zahl geeigneter SachwalterInnen (nun ErwachsenenvertreterInnen) zu erklären sind!

Die vier Vereine, die gemeinsam nur etwa 9.000 gerichtliche Erwachsenen-

vertretungen übernehmen konnten, sollten im Sinne der Reformziele in die Lage versetzt werden, den zuständigen Gerichten deutlich mehr ausgebildete ErwachsenenvertreterInnen anzubieten! Wenn

mittelfristig 50 Prozent der anfallenden gerichtlichen Erwachsenenvertretungen von den vier Vereinen übernommen werden sollen, braucht es deutlich mehr Personal, nicht weniger!

Wie erfolgreich gegen Ökonomisierung kämpfen?

Podiumsdiskussion mit Beispielen aus Deutschland

Viele Betriebsratskörperschaften und KollegInnen kämpfen in ihrem beruflichen Alltag permanent gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen durch die fortschreitende Ökonomisierung unserer Branche. An diesem Abend werden wir uns mit Beispielen erfolgreicher Kämpfe dagegen beschäftigen.

Referent: Uwe Ostendorff, Gewerkschaft Verdi (zuständig für die Konzernbetreuung von Krankenhauskonzernen)

Wann: 11. Juni, 18 Uhr

Wo: BFI Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, 1030 Wien (U3 Schlachthausgasse), Raum rechts vom Stiegenhaus im Erdgeschoss

Was wir von der Politik erwarten

Noch mehr Einsparungen auf Kosten von uns Beschäftigten? Wir sagen Nein!

Vor dem Hintergrund unserer Einblicke bei der vielfältigen Tätigkeit im Sozial- und Gesundheitsbereich und aus einer gewerkschaftlichen Grundhaltung formulieren wir folgende Erwartungen an die Politik der nächsten Jahre. Wir wollen damit einen Beitrag leisten, dass sozialpolitische Errungenschaften bewahrt bleiben bzw. so weiterentwickelt werden, dass alle Menschen in Österreich in sozialer Sicherheit und Würde friedlich leben und zusammenleben können. Was verlangen wir?

Soziale Sicherheit im Verlauf und bei allen Wechselfällen des Lebens:

Als Kinder durch Schutz vor Armutsgefährdung und Respekt vor Kinderrechten, in Ausbildung durch gleiche Chancen

in einem guten Bildungssystem, im Arbeitsleben durch gute Arbeitsbedingungen und ein starkes Arbeitsrecht, bei Familiengründung durch leichten Zugang zu leistbarem Wohnen, bei Arbeitslosigkeit durch eine ausreichende Versicherungsleistung und Unterstützung bei beruflicher Umorientierung, nach einem Unfall durch rasche Hilfe und finanzielle Absicherung, bei Erkrankung durch gleiche qualitativ hochwertige medizinische Versorgung, im Alter durch eine gesicherte und ausreichende Pension im Rahmen unseres bewährten solidarischen Pensionssystems zur Vermeidung von Altersarmut, bei Pflegebedürftigkeit durch würdige Rahmenbedingungen zur Sicherung einer Betreuung.

Aktive Bekämpfung von sozialer Ungleichheit und Benachteiligung:

Zum Ausgleich sozialer Ungerechtigkeit sollte die Politik verstärkt auf jene Gruppen achten, die sozial, ökonomisch oder gesundheitlich benachteiligt sind, ohne dass die Schwächsten gegeneinander ausgespielt werden. Dazu sind Umverteilungskonzepte erforderlich, die als Grundkonsens gelten und mittels veränderter Steuerpolitik (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Wertschöpfungsabgabe, Spekulationssteuer, usw.) finanzierbar werden. Besondere Unterstützung und verbesserte Rahmenbedingungen verdienen etwa alleinerziehende Frauen und ihre Kinder, junge aber auch ältere Menschen mit geringerer



Bildung und schlechten Chancen am Arbeitsmarkt im Falle ihrer Arbeitslosigkeit, Menschen, die flüchten mussten und um Asyl angesucht haben, Men-

schen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen.

Mit einem Wort: Wir wollen ein gutes Leben für alle!

Was tun, wenn die Politik unsere Interessen nicht vertritt?

Unauffällig wird an unseren Arbeitsbedingungen gezerrt und gezerrt. Zunehmend werden Gesetze beschossen, die eine Balance zwischen Arbeit und Freizeit immer schwieriger machen.

Sind Resignation oder politisches Desinteresse der einzige Weg, mit dem eigenen Unverständnis oder sogar der Frustration umzugehen? Oder gibt es Möglichkeiten, wie jeder Einzelne oder noch besser wir gemeinsam (interessiert und engagiert bleiben und sogar) etwas verändern können?

Wir von der IG Social wollen jedenfalls aktiv für gute Arbeitsbedingungen für uns alle statt Selbstausbeutung eintreten!

Daher haben wir uns dazu entschieden uns bis zum nächsten Sommer im Rahmen von Workshops gemeinsam mit dir folgenden Fragen zu wid-

men: Was brauchen wir (damit es uns gut geht)? Wofür wollen wir einstehen? Was erwarten wir uns von der Politik?

Allerdings wollen wir nicht beim Sudern stehen bleiben, sondern uns gemeinsam Schritt für Schritt einer Aktion annähern, bei welcher wir unsere Forderungen sichtbar machen. Dabei werden wir anhand eines theoretischen Inputs mit der Methode des Organizing arbeiten.

Aufbauend auf diesem Konzept werden wir versuchen, unsere politische Handlungsfähigkeit weiterzuentwickeln bzw. auszubauen. Was können wir gemeinsam tun, um die Politik zu beeinflussen? Was ist realistisch, was machbar?

Der vierte Teil soll eine konkrete Aktion sein, die wir gemeinsam umsetzen, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Von der Idee zur Aktion Workshopreihe der IG Social



→ **Wo drückt der Schuh?**

Workshop 1, 20.01.2020, 18 Uhr: Gemeinsame Formulierung von Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die die IG Social in die Gremien der GPA-djp weitertragen wird.



→ **Was tun? Organize!**

Workshop 2, 23.03.2020, 18 Uhr: Methoden für die Umsetzung der im ersten Workshop erarbeiteten Forderungen im eigenen Arbeitsumfeld kennenlernen.



→ **Nägel mit Köpfen**

Workshop 3, Termin folgt!
 Gemeinsame Entwicklung und Planung einer konkreten Aktion zur Umsetzung unserer Forderungen.



→ **Action! Go!**

Aktion, Zeit und Ort werden gemeinsam festgelegt: Gemeinsame Durchführung der geplanten Aktion.

Die Workshops finden statt in der
GPA-djp, Alfred-Dallinger-Platz 1, 1030 Wien
(U3 Schlachthaus.) Raum rechts vom Stiegenhaus im Erdgeschoss

Wir würden uns freuen, möglichst viele von euch regelmäßig bei dieser Workshopreihe begrüßen zu können, da diese von eurer Beteiligung lebt!

35 Stunden jetzt sofort!

Arbeitszeitverkürzung ist das Gebot der Stunde. Und das mit vollem Lohn- und Personalausgleich!

Seit vielen Jahren fordern wir als IG Social die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Bei den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen wird diese Forderung zum wiederholten Mal für die Sozialwirtschaft erhoben, heuer haben sich aber auch die KollegInnen bei der Caritas und der Diakonie dieser Forderung angeschlossen.

Obwohl wir mit zahlreichen Fakten die Notwendigkeit und Machbarkeit der von uns geforderten Arbeitszeitverkürzung untermauern können, ist das den VerhandlerInnen auf ArbeitgeberInnenseite vollkommen egal. Für sie geht es einzig um eine Prinzipienfrage. Sie wollen nicht nachgeben. Und viele von ihnen können wohl auch nicht, da sie von Seiten der größeren Regierungspartei massiv unter Druck gesetzt werden, was uns nicht weiter verwundert.

So wie bei der Vorgängerregierung finden wir auch im aktuellen Koalitionspaket praktisch nichts, was den arbeitenden Menschen zugute kommen würde, dafür aber umso mehr, was die Profite der großen Konzerne ins Unermessliche steigen lassen wird. Die von der letzten Regierung beschlossene Einführung des 12-Stunden-Tages und der 60-Stunden-Woche wird auch von der aktuellen Regierung nicht angetastet. Da darf es uns nicht weiter verwundern, wenn diese unserer berechtigten Forderung nach mehr Freizeit nicht gerade freundlich gesonnen ist.

Klarerweise sind die ideologischen VordenkerInnen der Regierung in Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer gegen eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, haben sie doch

mit dem Arbeitszeitverlängerungsgesetz gerade erst die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Lohnarbeitenden zugunsten des Profits noch mehr ausbeuten zu können.

Dass der Großteil der Menschen in Österreich in dieser Beziehung ganz andere Interessen hat, zählt da nicht. Selbstverständlich haben die Bosse in den anderen Branchen Angst davor, dass die dort beschäftigten KollegInnen auf „blöde Ideen“ kommen könnten, wenn wir es schaffen, die 35-Stunden-Woche durchzusetzen. Wir als GewerkschafterInnen sehen das klarerweise ganz anders. Ehrlich gesagt würden wir Luftsprünge vor Freude ausführen, wenn wir im Sozial- und Gesundheitsbereich der Eisbrecher dafür wären, dass nächstes Jahr die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung bei möglichst vielen Kollektivvertragsverhandlungen erhoben wird.

Kommen wir aber noch einmal zu den Argumenten der sog. ArbeitgeberInnen in der Sozialwirtschaft zurück, warum eine Arbeitszeitverkürzung nicht möglich sei. Ihr Hauptargument ist, dass es in einigen Berufsgruppen den von zahlreichen Branchen ins Treffen geführten Fachkräftemangel gibt. Dabei handelt es sich um nichts anderes als eine billige Ausrede!

Wenn die Herren und Damen in den Geschäftsführungen einmal ihre warmen Vorstandsetagen verlassen würden, würden sie direkt im eigenen Betrieb zahlreiche KollegInnen finden, die ihre mageren Teilzeitarbeitsverhältnisse gerne um ein paar Stunden aufstocken würden. Wie wir aus einer Befragung unserer GPA-djp gemeinsam mit der Gewerkschaft wissen, würden sehr viele

Teilzeitbeschäftigte gerne in Richtung 30 Stunden aufstocken. Das Personal, das es laut unseren ChefInnen angeblich nicht gibt, ist also in ihren eigenen Betrieben schon vorhanden. Tatsächlich geht es ihnen einzig darum, dass Teilzeitbeschäftigte weniger kosten und flexibler einsetzbar sind. Ob die KollegInnen mit den daraus resultierenden kargen Gehältern über die Runden kommen, ist den hochbezahlten ChefInnen schlicht und einfach egal.

Außerdem wissen wir dank der Einführung des Gesundheitsberuferegisters auch in der Pflege ganz genau, was Sache ist. In Österreich gibt es je nach Zählung zwischen 30.000 und 40.000 ausgebildete Pflegepersonen, die derzeit nicht in ihrem Beruf tätig sind. Der viel beschworene Personalmangel löst sich schneller in Luft auf als ein verdampfender Regentropfen.



In Wirklichkeit hat sich der Kampf um die 35-Stunden-Woche auf eine reine Machtfrage reduziert. Können sich die Bosse durchsetzen oder wir? Als Gewerkschaft haben wir im Wesentlichen drei Werkzeuge zur Durchsetzung der Inter-

essen der KollegInnen: Mitgliederzahl, Aktionen und Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik.

Folglich kann jedeR von uns seinen Beitrag zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche leisten! Sei dabei, denn nur gemeinsam sind wir stark!

Von der Idee zur Aktion

Workshopreihe der IG Social

Workshop 2: Was tun? Organize!

23.03.2020, 18 Uhr

Methoden für die Umsetzung der im ersten Workshop erarbeiteten Forderungen im eigenen Arbeitsumfeld kennenlernen.

Schlechte Bezahlung, Personalmangel und prekäre Arbeitsverhältnisse – es gibt vieles wofür es sich lohnt, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Ob in der Erwachsenenbildung, im Gesundheits- oder Sozialbereich, wir müssen mehr werden und Gegenmacht aufbauen, um unsere Anliegen erfolgreich durchsetzen zu können.

Doch was tun, wenn unsere Kolleg*innen sich nicht (mehr) vorstellen können, dass sie selbst etwas an ihrer Arbeitssituation verbessern können? Wie kann es gelingen, dass möglichst viele Kolleg*innen am Ball bleiben? Wie gehen wir mit absehbaren Konflikten mit dem/der Arbeitgeber/in um? Und wie achten wir darauf, dass möglichst viele Kolleg*innen aktiv bleiben, damit nicht Einzelne daran kaputt gehen?

In diesem Workshop mit **Sandra Stern** werden praktische Organizing-Werkzeuge vorgestellt, die uns dabei unterstützen können, unsere Anliegen im Betrieb bzw. in unserem Arbeitsumfeld erfolgreich durchzusetzen.

Die Workshops finden statt in der
GPA-djp, Alfred-Dallinger-Platz 1, 1030 Wien

(U3 Schlachthausgasse) Raum rechts vom Stiegenhaus im Erdgeschoss

Wir würden uns freuen, möglichst viele von euch regelmäßig bei dieser Workshopreihe begrüßen zu können, da diese von eurer Beteiligung lebt!

Unsere Arbeit in Zeiten von COVID

Die Pandemie wirkt sich massiv auf uns aus. Einige Betriebsbeispiele

Wie kaum eine andere Branche ist der Sozial- und Gesundheitsbereich von seit fast einem Jahr von der COVID-19-Pandemie geprägt. Dauerdruck, Finanzierungsnot und sogar Kurzarbeit prägen den Alltag vieler KollegInnen.

VertretungsNetz

Unmittelbar vor dem ersten Lockdown fand ein Gesundheitsausschuss statt, bei dem die Weichenstellungen für den Umgang mit den COVID-19-Maßnahmen der Bundesregierung erfolgten. Kernstück war die rasche technische Ermöglichung des Home Office für alle KollegInnen. Die Grundlage dafür bildete eine zügig verhandelte „Not-Betriebsvereinbarung work@home“.

Weiters wurden Fragen der KollegInnen zur Gestaltung ihrer Arbeit, zum Umgang mit Betreuungspflichten und zum Schutz der eigenen Gesundheit gesammelt und die Antworten darauf von der Personalabteilung nach Abstimmung mit dem Betriebsrat in Form von „COVID-19-Informationen“ allen MitarbeiterInnen zur Verfügung gestellt.

Als Betriebsrat haben wir besonders darauf geachtet, dass die KollegInnen keinerlei Gehaltseinbußen befürchten müssen. Hilfreich dabei war die Aussage der Ministerin für Justiz, dass die Erwachsenenschutzvereine als Einrichtungen der Rechtspflege nicht geschlossen werden dürfen.

Beim zweiten Lockdown haben wir uns im Sinne des ArbeitnehmerInnen-schutzes besonders um eine Klarstellung bemüht, dass der persönliche Kontakt zu Covid-19-Erkrankten im Rahmen der Aufgabenerfüllung ausnahmslos untersagt wird.

Freizeitpädagogik unter Coronabedingungen

In meiner Klasse gibt es Kinder, die weinen, da sie die Sprache nicht verstehen. Wie soll ich sie trösten? Mit Abstand? Was soll ich tun? Wie tröste ich in der Corona-Zeit? Wir dürfen nicht gemeinsam auf den Spielplatz. Essen dürfen die Kinder nur mit Mund-Nasen-Schutz holen. Händewaschen dauert mit einer Klasse mindestens zehn Minuten. Kinder gehen gerne Hand in Hand, kuscheln, stecken die Köpfe zusammen zum Plaudern oder Rangeln. Und das soll man jetzt alles nicht erlauben? Unter diesen Bedingungen zu arbeiten, ist sehr schwierig.

Das Wort „Abstand“ kann ich schon nicht mehr hören. Jeden Tag kommen neue Erschwernisse dazu. So flexibel wir sind, ewig halten wir das nicht aus!

Daher haben wir einen Corona-Forderungskatalog für FreizeitpädagogInnen erstellt:

- ★ mehr Personal und kleinere Gruppen
- ★ Inklusion gewährleisten
- ★ Wertschätzung und Ehrlichkeit
- ★ mehr Räume für Freizeitpädagogik
- ★ Teststrategie und Rücksichtnahme auf Risikogruppen
- ★ Cluster-Risiko reduzieren
- ★ Essensausgabe mit Hygiene
- ★ MitarbeiterInnen und Kinder schützen
- ★ Maskenpause
- ★ Zugang zu digitaler Infrastruktur
- ★ mehr Vorbereitungsstunden
- ★ Auszeiten und Arbeitszeitverkürzung

Genauere Informationen und Begründungen zu jeder Forderung finden sich auf unserer Website www.betriebsrat-bim.at/.

Öffentliches Krankenhaus

Seit Februar war der Virus schon leicht spürbar. Als die ersten Fälle in Europa auftauchten und wir um Schutzmasken für den Notfallambulanzbereich bitten wurden wir Pflegekräfte als hysterisch dargestellt.

Im März kam es Schlag auf Schlag. Innerhalb von drei Tagen mussten neue Strukturen entstehen. Teams wurden auseinandergerissen. Während manche zu Hause waren, machten wir bis zu 60 Stunden Dienst. Die Krankenhausleitung ändert wöchentlich die Vorgaben an die wir uns anpassen müssen.

In der zweiten Welle sind wir schon ausgelagt. Krankenstände und Burnouts häufen sich. Eine dritte Welle ist schlicht und einfach nicht mehr vorstellbar.



Das im Zuge der Umbenennung unserer Gewerkschaft auf GPA neu gestaltete Logo der Interessengemeinschaft (IG) Social

SDW

Schutzausrüstung wie Masken, Desinfektionsmittel, eine schnelle Testung von möglicherweise infizierten KollegInnen oder auch klare Regelungen zum Schutz unserer KlientInnen, Angehörigen und auch uns selbst waren von Anfang an selbstverständlich.

Was allerdings viele KollegInnen belastet, ist die soziale Isolation im Home Office. Der kollegiale Austausch, aber auch das Gespräch auf dem Gang sind eine wichtige psychosoziale Ressource, die nun schmerzlich abgeht, ebenso wie sie als Basis für die Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit fehlen.

Neuwahl und Konstituierung der IG Social

Die Neuwahl des Regionalausschusses der IG Social Wien fand von 01.-15.10.2020 statt. Sechs KollegInnen haben dabei ihr Interesse für die Vertretung der Bedürfnisse aller Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich bekundet und wurden auch alle gewählt, da bis zu zehn Mandate zu vergeben waren. Möglicherweise war dies die letzte Wahl der IG Social in Wien, da es einen Antrag an das Bundesforum der GPA im Juli 2021 gibt, die regionalen IGs abzuschaffen. Wir bedanken uns daher bei allen KollegInnen, die mit ihrer Beteiligung an der Wahl ihre Unterstützung für die Institution der regionalen Interessengemeinschaften zum Ausdruck gebracht haben.

Entsprechend unserer Tradition haben wir bei der konstituierenden Sitzung am 5. November das Votum der Basis respektiert und Koll. **Axel Magnus** von der Sucht- und Drogenkoordination Wien GmbH, der die meisten Stimmen bekommen hat, zum **Vorsitzenden** gewählt. Er wird die IG Social und die Interessen ihrer Mitglieder auch weiterhin im Regionalvorstand der GPA Wien vertreten. Koll. **Selma Schacht** von der Bildung im Mittelpunkt GmbH, welche die zweitmeisten Stimmen bekommen hat, wurde zur **stellvertretenden Vorsitzenden** und Frauenbeauftragten gewählt. Weitere Mitglieder im Regionalausschuss sind **Günther Haberl** vom Verein VertretungsNetz, **Thomas Kopalek** von der Sucht- und Drogenkoordination Wien GmbH, **Susanne Leitner** von der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau sowie **Martin Schwantler** vom Hanuschkrankenhaus. Die Zusammensetzung unseres Gremiums spiegelt die Breite unserer Branche wider.

Wir werden die Interessen der Beschäftigten in unserer Branche mit all unseren Kräften vertreten, solange es die regionalen Interessengemeinschaften gibt und haben bereits einige Ideen entwickelt, was wir in nächster Zeit mit euch gemeinsam machen wollen. Als Erstes werden wir jedenfalls die von der COVID-19-Pandemie unterbrochene Veranstaltungsreihe „Von der Idee zur Aktion“ neu starten.

Solidarisch gegen Krisen!

Aktiv werden. Kämpfen wir für ein gesundes und gutes Leben!

Viele KollegInnen stehen im wahrsten Sinne des Wortes am Rande des Abgrunds. Die einen, weil sie vor lauter Angst vor ei-

Wirtschaftskrise noch weiter verschärfte, hat die Regierung groß getönt: „Koste es, was es wolle“. Was sie damit wirklich

„Her mit da Marie“ und „Hauts ma eine des Jaukerl es Beidl“!

(Thomas Kopalek, Ersatzbetriebsrat SDW)

ner Ansteckung psychisch nicht mehr können. Die anderen, weil ihre Gesundheit von der Pandemie geschädigt wurde oder täglich am Arbeitsplatz gefährdet wird. Wieder andere, weil sie nicht mehr genug Geld zum Leben haben. Das gilt vor allem für KollegInnen, deren Betriebe geschlossen wurden oder werden, für

meint ist: Koste es uns Arbeitende, was die Konzerne und Superreichen wollen. Für uns hingegen

„Es wird Zeit, dass wir uns endlich wieder kollektiv als soziale Wesen begegnen können.“

(Axel Magnus, Betriebsratsvorsitzender SDW)

„Für die konsequente Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen in der mobilen und stationären Pflege!“

(Günther Haberl, Betriebsratsvorsitzender Verrechnungs-)

jene in Kurzarbeit, für die horrende Zahl an Arbeitslosen.

Gerade im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich powern wir uns seit Monaten aus, um trotz der schwierigen Situation das Beste für unsere

Schon am Beginn der Pandemie, welche die bereits zuvor begonnene

„Ich möchte wieder mal ohne Maske arbeiten und ein Bier an einer Bar genießen.“

Martin Schwantler, DGKP und Betriebsrat in einem Krankenhaus)

KlientInnen, PatientInnen, Menschen mit Behinderung, MieterInnen, KundInnen, Kinder & Jugendlichen, ... zu geben. Viele von uns sind am Limit. Aber wo sind die Millionen und Milliarden an

Verzweiflung ist kein guter Ratgeber. Kämpfen wir gegen die Ursachen ihrer Verzweiflung und nicht gegen ihre Symptome, kämpfen wir für ein gesundes und gutes Leben!

Hilfsgeldern, damit unsere Arbeitsbedingungen endlich besser werden?

Einige KollegInnen vertreten vor lauter Existenzangst Positionen zur COVID-19-Pandemie, die den Fakten widersprechen oder aus dem Zusammenhang gerissen sind. Sie sehen es nicht oder sehen nichts dabei, dass sie mit Rechtsradikalen marschieren und ihnen damit eine Bühne geben.

Erfüllen wir, was bei der Gründung des ÖGB als eine seiner wichtigsten Aufgaben definiert wurde, indem wir uns jeden Tag gegen antisemitische und faschistische Tendenzen stellen!

Überlassen wir die Verzweifelten nicht den Ewiggestrigen mit ihren scheinbaren Lösungen. Bieten wir ihnen einen echten gewerkschaftlichen Aus-

weg, für den wir gemeinsam mit ihnen kämpfen werden:

★ Gemeinsam gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Massenverarmung – gemeinsam für Arbeitszeitverkürzung, ein unbefristetes Arbeitslosengeld mit 80% Nettoersatzrate und Löhne, die ein gutes Leben ermöglichen!

★ Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Fake-news und Verschwörungsmethoden!

★ Gemeinsam für den massiven Ausbau des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereiches!

★ Her mit der Millionärsteuer und einer Wertgeschöpfungsabgabe – gemeinsam für eine Welt ohne Wirtschafts-, Klima- und Gesundheitskrisen!

„Wir haben die Verpflichtung alle biopsychosozialen Bedürfnisse unserer KollegInnen aufzuzeigen und diese fortschrittlich zu vertreten. Ohne uns spalten zu lassen!“

(Selma Schacht, Betriebsratsvorsitzende BiM GmbH)

Von der Idee zur Aktion

Unaufhörlich wird an unseren Arbeitsbedingungen gezerrt und gezerrt. Zunehmend werden Gesetze beschlossen, die eine Balance zwischen Arbeit und Freizeit immer schwieriger machen.

Sind Resignation oder politisches Desinteresse der einzige Weg, mit dem eigenen Unverständnis oder sogar der Frustration umzugehen? Oder gibt es Möglichkeiten, wie jede Einzelne oder noch besser wir gemeinsam (interessiert und engagiert bleiben und sogar) etwas verändern können?

Wir von der IG Social wollen jedenfalls aktiv für gute Arbeitsbedingungen für uns alle statt Selbstausbeutung eintreten!

Daher haben wir uns dazu entschieden uns heuer im Rahmen von Workshops gemeinsam mit dir folgenden Fragen zu widmen: Was brau-

chen wir (damit es uns gut geht)? Wofür wollen wir einstehen? Was erwarten wir uns von der Politik?

Allerdings wollen wir nicht beim Sudern stehen bleiben, sondern uns gemeinsam Schritt für Schritt einer Aktion annähern, bei welcher wir unsere Forderungen sichtbar machen. Dabei werden wir anhand eines theoretischen Inputs mit der Methode des Organizing arbeiten.

Aufbauend auf diesem Konzept werden wir versuchen, unsere politische Handlungsfähigkeit weiterzuentwickeln bzw. auszubauen. Was können wir gemeinsam tun, um die Politik zu beeinflussen? Was ist realistisch, was machbar?

Der vierte Teil soll eine konkrete Aktion sein, die wir gemeinsam umsetzen, um unseren Forderungen in der Praxis Nachdruck zu verleihen.

Workshopreihe der IG Social Themen & Termine



→ Wo drückt der Schuh?

Workshop 1, 22.03.2021, 18:30: Gemeinsame Formulierung von Forderungen zur Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen, die wir gemeinsam kampagnisieren wollen.



→ Was tun? Organize!

Workshop 2, 10.02.2021, 18:30: Methoden für die Umsetzung dieser Forderungen im eigenen Arbeitsumfeld kennenlernen inklusive Input zu Organizing von Sandra Stern.



→ Nägel mit Köpfen

Workshop 3, 07.06.2021, 18:30
Gemeinsame Entwicklung und Planung einer konkreten Aktion zur Umsetzung unserer Forderungen.



→ Action! Go!

Aktion, Zeit und Ort werden gemeinsam festgelegt: Gemeinsame Durchführung der geplanten Aktion.

Die Workshops finden mit Ausnahme von Teil 4 online statt. Der Link für die Teilnahme geht dir nach **Anmeldung per Mail** an christoph.zeiselberger@gpa.at zu.

Wir würden uns freuen, möglichst viele von euch regelmäßig bei dieser Workshopreihe begrüßen zu können, da diese von eurer Beteiligung lebt!

Wir fordern: Zeit, Geld, Personal

Applaus und Dankesworte. Könnt ihr euch behalten!

Es reicht uns! Wir wollen mehr als Lob und Klatschen. Wir wollen, dass endlich was passiert! Die Politik muss handeln.

Seit über einem Jahr hält die Pandemie die Welt im Griff. Seit über einem Jahr hören wir in den Medien und von der Politik, wie toll wir nicht sind. Schließlich sind wir „HeldInnen der Krise“, „SystemhalterInnen“, „würde das Land ohne uns stillstehen“. Dafür bekommen wir sogar ... Applaus.

Echt jetzt? Du kannst mit dem Applaus nicht einkaufen? Du hast Angst, dass du dich in der Arbeit ansteckst? Du musst permanent kranke KollegInnen vertreten? Und auch deine ohnehin karg bemessene Freizeit ist durch all die zusätzlichen Belastungen noch weniger erholsam geworden?

Ja. So geht es uns allen. Während in letzter Zeit skandalöse ManagerIn-

nengagen für politisches Arschkriechen bekannt geworden sind, haben wir bis jetzt außer schönen Worten nichts bekommen.

Ach ja - in ein paar Betrieben und Kollektivverträgen hat es ein paar Brösel vom reich gedeckten Tisch der Konzerne, denen die Regierung die Milliarden nur so nachwirft, in Form von „Corona-Prämien“ gegeben. Das ist gut, aber nicht genug. Unsere Arbeitsbedingungen müssen sich dauerhaft verbessern!

Daher haben wir als Gewerkschaft GPA gemeinsam mit der Gewerkschaft vida die Kampagne **Worte reichen nicht** entwickelt.

Im deren Rahmen könnt ihr euch auf der website worte-reichen-nicht.at per Mail direkt an den Finanzminister wenden und so unseren Forderungen Nachdruck verleihen. Ihr findet dort auch zahlreiche Plakate für eine Vielzahl

von Berufsgruppen. Einige Beispiele dafür sehr ihr rechts.

Unsere zentralen Forderungen sind ganz einfach:
★ mehr Geld!

★ mehr Freizeit! Idealerweise in Form der 35-Stunden-Woche und eines zusätzlichen freien Tages pro Monat für die Dauer der Pandemie, welcher gemeinsam mit der wöchentlichen Ruhezeit bzw. dem Wochenende konsumiert werden kann.

★ mehr KollegInnen. Kommt uns nicht mit der Ausrede, dass es kein Personal gibt. Gibt es! Ohne Verbesserungen macht nur kaum wer unsere Jobs.

★ monatliche Corona-Prämie!

Um diese Forderungen zu verbreiten und in der Gesellschaft bekannt zu machen, brauchen wir dich!

Und dann müssen wir gemeinsam überlegen, wie wir diese durchsetzen

BESCHÄFTIGTE IN DER SUCHTARBEIT SIND HELDINNEN.

für alle da!

WIR BRAUCHEN KEINE SCHÖNEN WORTE.

WIR BRAUCHEN DIE 35-STUNDEN-WOCHEN BEI VOLLEM LOHN- UND PERSONALAUSGLEICH.

PFLGERINNEN SIND HELDINNEN.

am Ende!

WIR BRAUCHEN KEINE SCHÖNEN WORTE.

WIR BRAUCHEN MEHR KOLLEGINNEN.

DIE ARBEIT ALS LERN- UND FREIZEIT-BETREUERIN IST SO ERFÜLLEND.

anstrengend

WIR BRAUCHEN KEINE SCHÖNEN WORTE.

WIR BRAUCHEN MEHR GELD.

DIE ARBEIT ALS SOZIALARBEITERIN IST SO ERFÜLLEND.

anstrengend

WIR BRAUCHEN KEINE SCHÖNEN WORTE.

WIR BRAUCHEN MEHR FREIZEIT.

können. Auch mit Kampfmaßnahmen. Dass wir streiken können, haben wir in den letzten Jahren ausreichend bewiesen.

Her mit der Marie, Herr Blümel. Wenn sie uns nicht hören wollen, werden wir so laut, dass sie uns hören müssen!

Von der Idee zur Aktion

Workshopreihe der IG Social Themen & Termine



→ Was tun? Organize!

Workshop 1, 10.05.2021, 18:30: Methoden für die Umsetzung dieser Forderungen im eigenen Arbeitsumfeld kennenlernen inklusive Input zu Organizing von Sandra Stern.



→ Wo drückt der Schuh?

Workshop 2, 18.05.2021, 18:30: Gemeinsame Formulierung von Forderungen zur Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen, die wir gemeinsam kampagnisieren wollen.



→ Nägel mit Köpfen

Workshop 3, 07.06.2021, 18:30
Gemeinsame Entwicklung und Planung einer konkreten Aktion zur Umsetzung unserer Forderungen.



→ Action! Go!

Aktion, Zeit und Ort werden gemeinsam festgelegt: Gemeinsame Durchführung der geplanten Aktion.

Workshop 1 findet online statt. Der Link für die Teilnahme geht dir nach Anmeldung per Mail an christoph.zeiselberger@gpa.at zu. Die Workshops 2 und 3 finden im Garten der GPA (Alfred-Dallinger-Platz 1, 1030 Wien / Hintereingang) statt.

Wir würden uns freuen, möglichst viele von euch regelmäßig bei dieser Workshopreihe begrüßen zu können, da diese von eurer Beteiligung lebt!

Unaufhörlich werden unsere Arbeitsbedingungen verschlechtert. 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche sind nur der Gipfel, welcher die Balance zwischen Arbeit und Freizeit fast unmöglich macht.

Es ist Zeit, dass wir unsere Wut in Widerstand verwandeln. Ohne uns alle, ohne unsere Aktivität kann selbst die beste Gewerkschaft der Welt nichts erreichen. Nur gemeinsam sind wir stark und können etwas zum Besseren verändern.

Als IG Social werden wir auch weiterhin für gute Arbeitsbedingen für uns alle statt Selbstausbeutung eintreten! Mit dir gemeinsam!

Im Rahmen der Workshopreihe „Von der Idee zur Aktion“ wollen wir uns gemeinsam mit euch auf die kommenden Kämpfe vorbereiten.

Im ersten Workshop werden wir uns mit der Methode des Organizing auseinandersetzen, um basierend auf dieser in der Folge eine gemeinsame Aktion zu entwickeln, welche wir dann auch durchführen.

Dazu sammeln wir jene Themen, die euch unter den Nägeln brennen, suchen eines davon aus und entwickeln eine konkrete Aktion dazu.

Wir wollen mit dieser Workshopreihe also unsere Handlungsfähigkeit erweitern, egal ob wir BetriebsrätInnen sind oder nicht! Wie die Streiks rund um die SWÖ-Kollektivvertragsverhandlungen gezeigt haben, sind wir eine Macht, wenn wir gemeinsam handeln.

Es wird Zeit, dass wir diese Macht in der jeweils passenden Form bei all unseren Forderungen einsetzen.

Mehr für CARE!

Carearbeit hält die Gesellschaft zusammen. Und ist immer noch un- oder unterbezahlt

Die Kosten und Belastungen durch die Corona-Krise sind sehr ungleich verteilt. Frauen und Männer in systemrelevanten Berufen haben unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen die wichtigsten Bereiche unseres Alltags aufrecht-erhalten. Die Regierung nimmt viel Geld in die Hand, aber Pflegefachkräfte, Pädagog*innen, „Systemhalter*innen“ und Alleinerzieher*innen erhalten davon kaum etwas. Deswegen gibt es die Initiative „Mehr für CARE – für ein feministisches Konjunkturpaket!“.

Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Pflege und Gesundheit setzen dort an, wo die größten Belastungen durch die Coronakrise entstanden sind und die meisten Arbeitsplätze entstehen. Damit kann die Situation von Frauen und das Leben von allen verbessert werden!

Ein feministisches Konjunkturpaket

★ Ein Zukunfts- und Bildungspaket im Ausmaß von fünf Milliarden Euro: Investitionen in Kindergärten und Schulen verbessern nicht nur die Zukunftschancen unserer Kinder und die Arbeitsbedingungen vieler Frauen. Sie verbessern auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wovon Frauen und insbesondere Alleinerzieher*innen am stärksten profitieren. Und sie haben ein besonders hohes Potential als Wirtschaftsmotor.

★ Ein Pflegepaket im Ausmaß von vier Milliarden Euro: Eine Verdoppelung der öffentlichen Ausgaben schafft menschenwürdige Arbeitsbedingungen.

★ Ein Solidaritäts- und Lebensrettungspaket im Ausmaß von drei Milliarden



Euro: Das Solidaritäts- und Lebensrettungspaket schützt die Gesundheit und bringt gleichzeitig wichtige wirtschaftliche Vorteile mit sich. Gewalt gegen Frauen und psychosoziale Belastungen haben nicht nur individuelle, sondern auch hohe volkswirtschaftliche Kosten. Die Erhöhung von Arbeitslosengeld und

Mindestsicherung sichert Lebensgrundlagen und schafft jetzt besonders wichtige Nachfrage.

Und wer bezahlt das?

Dieses Paket finanziert sich durch Rückflüsse ins Budget und ein großes, derzeit unausgeschöpftes Einnahmepotential: durch Erhöhung des An-

teils von vermögensbezogenen Steuern, durch eine progressive Besteuerung von Unternehmensgewinnen und den Stopp umweltschädlicher Förderungen.

Mehr Informationen zur Initiative „Mehr für Care“ findet ihr unter: mehr-fuer-care.at/. Als IG Social werden wir uns an deren Aktivitäten beteiligen.

Regierung will Sozial- und Gesundheitsbereich spalten

Es ist ein Anfang, dass die Regierung einen ersten Schritt setzt und für ÄrztInnen und Pflegekräfte in Krankenhäusern, Pflegeheimen und im extramuralen Bereich eine COVID-Prämie beschloss. Weniger erfreulich ist es, dass diese Prämie mit lächerlichen 500 Euro die Leistung, Verantwortung, Belastung und Gefahr für die KollegInnen in Anbetracht der Pandemie so ganz und gar nicht widerspiegelt.

Vollends skandalös aber wird es, wenn die Regierung schlicht und einfach auf den Großteil der Beschäftigten in unserer Branche vergisst. Leisten andere Berufsgruppen weniger? Ist die Gefahr in anderen Arbeitsbereichen geringer? Nein! Die Regierung

glaubt einmal mehr, den drohenden Pflegenotstand mit Peanuts lösen zu können.

Und mehr sind 500 Euro steuer- und sozialversicherungsfrei in Anbetracht der Dauerbelastung aller KollegInnen in unserer Branche nicht, auch wenn der Betrag auf den ersten Blick für viele attraktiv sein mag. Bedenken wir, dass wir seit mittlerweile fast 16 Monaten unter enorm erschwerten Bedingungen – und dazu gehört auch Home Office – arbeiten.

Aus dieser Perspektive betrachtet bleiben für die meisten KollegInnen gerade einmal 31,25 Euro pro Monat. Das hört sich dann schon gar nicht mehr so toll an. Auch nicht für die Minderheit der KollegInnen, die auf-

grund kollektivvertraglicher Regelungen wie z.B. im SWO, bei der Caritas oder Diakonie für 2,5 Monate im Jahr 2020 eine COVID-Prämie bekommen haben.

Wir bleiben daher, bei der von unserer GPA erhobenen Forderung von 150 Euro Prämie pro Monat der Pandemie. Da wir wissen, dass schöne Worte nicht reichen, um die Regierung zum Handeln zu zwingen, haben wir als IG Social Wien gemeinsam mit vielen BetriebsrätInnen am 8.6. ein Zeichen gesetzt und die Mitglieder des Gesundheitsausschusses im Nationalrat unseren Unmut spüren lassen.

Von dieser Kundgebung stammt auch das Titelfoto dieser Ausgabe unserer Wandzeitung.

Wir verdienen mehr!

Seit 16 Monaten hören wir fast täglich von den politisch Verantwortlichen wie wichtig, toll, systemerhaltend, gesellschaftlich wertvoll, heldenhaft und und und wir sind ...

Schöne Worte – wahrlich. Und die tun auch gut, sagen viele KollegInnen. Aber können wir mit diesen schönen Worten und all dem Applaus Einkauf gehen? Miete und Betriebskosten bezahlen? Unseren Kindern eine gute Ausbildung und eine schöne Freizeit, die sie gerade jetzt dringender brauchen als je zuvor, ermöglichen?

Die im Vergleich zu vielen anderen Branchen geringe Bezahlung ist eine der Ursachen, warum in Teilen unserer Branche ein Personalnotstand existiert, der sich ohne massive Veränderung der Arbeitsbedingungen weiter und weiter verschärfen wird.

Diese ist aber nicht der einzige Grund. Oft überlange Arbeitszeiten – die Regierung hat vor Kurzem die Verkürzung der Arbeitszeit von ÄrztInnen ausgesetzt – führen zu einer enormen Belastung in einer Branche, die ohnehin von psychischer und körperlicher Schwerarbeit geprägt ist.

Was wird der Regierung als nächstes einfallen, um nur ja keine strukturellen Änderungen vornehmen zu müssen?

Wir als IG Social wissen jedenfalls, was es zusätzlich zur COVID-Prämie auf Dauer braucht: Mehr Gehalt, viel mehr Freizeit und mehr Personal, welches bei einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch gefunden werden wird.

Unterstützt bitte unsere Forderungen und dich selbst auf <https://worte-reichen-nicht.at/>.

COVID und unsere Gesellschaft

Ohne unsere Arbeit steht die Welt still. Gerade jetzt ist daher Zeit für Umverteilung!

Seit eineinhalb Jahren hält uns die COVID-19-Pandemie bereits in unterschiedlicher Intensität in Atem. Jeder Bereich gesellschaftlichen Lebens wird mehr oder weniger von dieser globalen Katastrophe durchdrungen – von unserer wirtschaftlichen Existenz, bis zu unserem sozialen Leben. Nichts blieb und bleibt davon verschont.

Dabei durchliefen wir als Gesellschaft unterschiedliche Stadien: Lockdown, Kündigungen und Kurzarbeit, Schockstarre, der Versuch der Regierung, sich als kompetente Krisenmanagerin zu inszenieren, staatliche Hilfen, die nicht bei den Menschen ankommen, sondern nur bei den Konzernen, ein Sommer des Vergessens, Öffnungen, vorübergehend sinkende und wieder steigende Infektionszahlen, endlich Impfstoff.

Dieser Teufelskreislauf wiederholt sich auch heute nahezu unverändert. Manche Minister*innen zweifeln überhaupt an einer zweiten Welle.

Daraus resultierend verschliefen die politischen Verantwortlichen die Vorbereitung auf jeden erneuten Anstieg der Infektionszahlen. Als sich im Herbst 2020 die Intensivstationen erneut füllten, machte sich die Regierung der Konzerne mehr Sorgen um das Weihnachtsgeschäft als um Todesfälle und setzte die ersten Maßnahmen erst 10 nach 12.

Die vom Bund zu verantwortende Infrastruktur war dermaßen schlecht, dass man eher eine Audienz beim Bundespräsidenten bekam als einen PCR- oder Antigen-Test. Das „Contact Tracing“ war in den meisten Fällen eher historische Aufarbeitung als ernsthafte Infektionseindämmung.

2021 endlich ein verfügbarer Impfstoff, langsamer Aufbau einer Testinfrastruktur, die – zumindest in Wien – diesen Namen auch verdient.

Die dadurch im Sommer 2021 eintretende Entspannung wurde sofort genutzt, um die Kosten für die Pandemiebekämpfung auf die Rücken von uns Lohnabhängigen zu schnallen. Arbeitslose sollen Leistungen verlieren, um sie in Jobs zu drängen wo Hungerlöhne bezahlt werden.

Flankiert werden diese Angriffe der Regierung durch Boulevard-Medien, welche nahezu täglich eine neue, schlecht recherchierte und oft erfundene Schauergeschichte vom armen Betrieb, der trotz hoher Löhne und bester Arbeitsbedingungen keine Arbeitskräfte findet und Märchen über faule Langzeitarbeitslose, um unsere Gesellschaft auf



ZEIT FÜR MEHR GERECHTIGKEIT!

GPA-Bundesforum



den anstehenden Lohnraub und Sozialabbau vorzubereiten. Gleichzeitig können sich die GroßspenderInnen von KurzsparerInnen von Kurzpraktisch alles erlauben.

Im Gegensatz zur Politik der Regierung wird es Zeit, dass wir arbeitenden Menschen, insbes. im Gesundheits- und Sozialbereich, in der Elementarpädagogik, im Handel, in der Logistik, ... die wir die Gesellschaft tatsächlich am Leben gehalten

haben, unseren gerechten Anteil am gesamtgesellschaftlichen Vermögen bekommen.

Daher braucht es höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, die Demokratisierung der Wirtschaft insgesamt sowie Vermögens- und wertschöpfungsbezogene Steuern. Die gegenwärtige Vielfach-Krise hat einmal mehr gezeigt von wem die Welt wirklich abhängt: Von uns Lohnabhängigen!

Worte reichen nicht

Am 9. September wurde das bereits im letzten Jahr mit den Wahlen und der Umbenennung unserer Gewerkschaft in „Gewerkschaft GPA“ online begonnenes Bundesforum, quasi das Parlament unserer Gewerkschaft, mit der Diskussion der Anträge fortgesetzt und beendet. Damit sind die zentralen strategischen Linien für die Arbeit unserer GPA bis 2025 beschlossen.

Neben der Klarstellung, dass wir uns weiterhin für eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden einsetzen, wurden auf dem Bundesforum jene Herausforderungen diskutiert, die sich momentan allen Gewerkschaften stellen. Stichworte: Arbeitsplatzvernichtung, Digitalisierung, Home Office, Absicherung des

Sozialstaates, Mitgliedererwerb. Denn es ist offensichtlich, dass wir diese Herausforderungen nur bewältigen werden können, wenn wir mehr und stärker werden.

Gerade das Home Office droht, viele Belegschaften auseinanderzudividieren, individualisiert und schwächt uns damit auch. Dass zahlreiche Firmen diese Schwächung von Betriebsratskörpern und Gewerkschaften als Nebenbenefit der Einsparung von Büroflächen mehr als glücklich als zusätzlichen Bonus sehen, wird niemanden verwundern.

Ebenso wurde auf dem Bundesforum eine Reform der Statuten, der sog. Geschäfts- und Wahlordnung, beschlossen, die unsere GPA zukunftsfit machen soll. Im Rahmen der vorgenommenen Änderungen wurde festgelegt, dass es künftig in den Bundesländern keine Interessengemeinschaften geben wird. Als IG Social haben wir diese Änderung abgelehnt, aber keine Mehrheit für unsere Argumente gefunden.

Das bedeutet, dass es uns als IG Social Wien nach Ablauf der aktuellen Funktionsperiode nicht mehr geben wird. Bis dahin werden wir neben unseren üblichen Angeboten überlegen, ob und wie wir eine Alternative schaffen können.

Wir hoffen, dass wir euch bei der einen oder anderen unserer noch kommenden Veranstaltungen treffen werden und ihr uns dort eure Ideen für eine künftige kämpferische Vernetzung aktiver Gewerkschaftsmitglieder mitteilt.

Worte reichen nicht

... deswegen setzen wir Taten!

Vor kurzem fand das Bundesgremium der Gewerkschaft GPA im privaten Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich statt – der Bundesausschuss des Wirtschaftsbereichs 17. Dabei war auch die belastende Coronasituation Thema.

Reihum wurde berichtet, wie immer mehr KollegInnen nicht mehr können. Der Personalmangel in den unterschiedlichsten Sparten von Pflege über psychosoziale Arbeit bis zur Kinderbetreuung steigt stetig an. In manchen Betrieben verlassen KollegInnen den Beruf quasi massenhaft und wechseln auch nicht in andere Betriebe. Aus einzelnen Bundesländern wurde berichtet, dass einzelne Betriebe in manchen Berufsgruppen mehrere hundert (!) Beschäftigte suchen.

Gleichzeitig ist das Versprechen der Politik nach Abgeltung der Erschwerenisse wie ein Corona-Bonus für die Mehrheit von uns bis heute nur Schall und Rauch.

Deswegen geht die Kampagne „Worte reichen nicht“ in die nächste Runde: konkrete Aktionen werden geplant, um den Druck weiter aufzubauen.

Anfang November findet in Wien auch eine BetriebsrätInnen-Konferenz statt, um die Forderungen diese Kampagne in Aktionen umzusetzen.

Schon am 12.10. trafen die Beschäftigten in den privaten Wiener elementaren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen unter dem Motto „Es reicht!“ zu einer öffentlichen Betriebsversammlung zusammen.

Es wird ein heißer Herbst – und ein heißer Winter!

Was kommt nach dem Klatschen?

Pflege. Der Kollaps ist schon lange her.

Vor Corona waren die Kolleg*innen in der Pflege bereits massiv belastet. Zu wenig Personal traf auf immer dichteres Arbeiten. Schwangere Kolleginnen werden erst nach Monaten nachbesetzt.

Die Pflegebedarfsrechnungen stammen von Teil aus den 1990ern und spiegeln den tatsächlichen Aufwand schon lange nicht mehr wider. Das Pflegepersonal wird einzig betriebswirtschaftlich als Kostenfaktor mit Einsparungspotential gesehen.

Kollektivverträge wie in Deutschland, die einen Mindestpersonalstand sichern, wären ein Anfang. Allerdings müssen diese wie bei der Charité in Berlin auch erst mal erkämpft werden. Freiwillig geben Bosse und Politik nichts her. Die durch Schwarz-Blau etablierte Fremdverwaltung unserer Sozialversicherungsbeiträge macht

die ausreichende Finanzierung unseres Gesundheitssystems auch nicht gerade leichter.

Die letzte Ausbildungsreform führte zu weniger Absolvent*innen und das in einer Zeit zunehmender Abgänge durch Pensionierungen sowie Austritte aus dem Pflegeberuf von Kolleg*innen, denen es (endgültig) reicht.

Die aktuellen Schätzungen gehen davon aus, dass es bis 2030 über 75.000 neue Pflegekräfte braucht. Und das reicht auch nur, um den dramatischen Unterbesetzungsstandard von heute aufrechtzuerhalten.

In der ersten Welle der COVID-19-Pandemie war die Solidarität der Bevölkerung durch Klatschen nicht zu überhören und die Politik schmierte uns mit Formulierungen wie Held*innen der Krise Honig ums Maul. Den Worten folgten allerdings

SCHLUSS MIT ANKÜNDIGUNGEN. HER MIT DEM GELD.

keine Taten, während es für Konzerne Milliarden regnete. Danach kam die zweite, dritte und nun die vierte Welle. Jede davon war für das Gesundheitspersonal, sowie deren Familien intensiver und belastender. Immer mehr Überstunden stehen an der Tagesordnung, sodass den Kolleg*innen immer weniger Zeit bleibt, ihre Batterien wieder aufzuladen.

Wir sind mitten in einer Pflege- und damit Gesundheitskrise. Die politisch Verantwortlichen

sehen tatenlos dabei zu statt dieser dramatischen Entwicklung, die für jeden denkenden Menschen absehbar war, gegenzusteuern.

Es braucht dringend eine Pflegemilliarde für die bezahlte Ausbildung der Pflegekräfte der Zukunft, mehr Personal und kürzere Arbeitszeiten. Es braucht Gehälter, die der Verantwortung und Leistung der Kolleg*innen entsprechen. Nicht die Damen und Herren in den überheizten Vorstandsetagen sind die

Leistungsträger*innen dieser Gesellschaft. Es sind jene, die Leben lebenswerter machen oder gar retten.

Es braucht eine Reform der Pflege. Nicht im Sinne von Politik, Gesundheitsbetrieben und Ärztekammern, sondern auf Augenhöhe mit den Pflegekräften und jenen, die sich dazu ausbilden lassen.

Für die Kolleg*innen selbst und alle, die Pflege brauchen. Letztlich also für uns alle. Jede*r von uns braucht irgendwann Pflege.

Das Virus und der Profit

Niemand ist sicher vor COVID-19, bevor nicht alle davor sicher sind.“, eröffnete der deutsche Bundespräsident den WHO-Gipfel 2020.

Die Wissenschaft ist sich einig: Die Corona-Pandemie lässt sich nur global überwinden! Die gerade durch die Medien geisternde Omikron-Mutation beweist das einmal mehr.

Dass die Pandemie noch immer nicht besiegt ist, ist auch die Folge der schockierenden globalen Ungleichverteilung von Impfstoffen. Die großspurige Ankündigung der reichen Länder, einen weltweiten „fairen“ Zugang zu Impfstoffen zu gewährleisten, bleibt für die große Mehrheit der Weltbevölkerung nach wie vor ein Traum, obwohl diese Pandemie nur international koordiniert erfolgreich bekämpft werden kann.

Während zahlungskräftige Länder sogar Impfstoffe wegwerfen, sind diese in ärmeren Ländern Mangelware, was letztlich nur Ausdruck einer einzig am Profit ausgerichteten Pharmaindustrie ist, für die das Menschenleben nicht zählen. An die Länder des globalen Südens gingen bisher gerade mal 1% (BioNTech/Pfizer) bzw. 0,2% (Moderna) der produzierten Impfstoffe.

Um die unbedingt erforderliche Versorgung der ganzen Welt mit Impfstoffen zu erreichen, braucht es die sofortige Aufhebung der Patente auf diese!

Die Grundlagenforschung im Bereich von Impfstoffen erfolgt in der Regel an öffentlichen Einrichtungen – finanziert aus unseren Steuergeldern, doch private Konzerne machen dann Profite mit deren Ergebnissen. So hat

etwa BioNTech 375 Millionen Euro vom deutschen Staat an Subventionen für die Anwendungsforschung bekommen. Sein Besitzer ist dank der Pandemie innerhalb eines Jahres unter die 500 reichsten Menschen aufgestiegen. 4 andere Pharmabosse wurden zu Milliardären mit einem Gesamtvermögen von über 35 Milliarden.

Weltweit beliefen sich die staatlichen Ausgaben für Impfstoffe und Medikamente bis heute auf 93 Milliarden Euro. Pfizer, BioNTech und Moderna machen mit ihren Impfstoffen pro Sekunde einen Gewinn von mehr als 1.000 Dollar.

Über 100 Staaten fordern mittlerweile von der WTO die Freigabe der Patente auf Impfstoffe, doch Österreich will dagegen stimmen. Auch hierzulande zählen Profite mehr als Menschenleben.

Klima sozial retten

Corona darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Klimakrise lebensbedrohlich ist!

Notwendig und dringend wäre deshalb die sozial-ökologische Umstellung der Produktion, ja, letztlich ein Umbau unseres gesamten Gesellschaftssystems.

Solch ein gesellschaftlicher Strukturwandel hin zu nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen schafft durch Konversion, also die Ökologisierung bestehender Betriebe und Anlagen, sowie die damit verbundene Umqualifizierung zahlreicher Kolleg*innen viele Arbeitsplätze.

Vor allem auch in den eigentlichen „green jobs“: im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Pflegebereich! Denn abgesehen von Verbrauchsmaterial im medizinischen Bereich, das im Vergleich zu and-

ren Industriezweigen absolut vernachlässigbar ist (und regional hergestellt werden kann), verbrauchen wir nur eine Energie: Nämlich die menschliche Arbeitskraft und unsere Nerven.

Beides ist ökologisch durch genügend Freizeit, Geld und Personal wiederwertbar. Wir sind die Branche der Klimazukunft!

Wie die vor wenigen Wochen zu Ende gegangenen Weltklimakonferenz einmal mehr tragisch bewiesen hat, sind die politischen Verantwortlichen nach wie vor nicht bereit, die notwendigen Schlussfolgerungen für Mensch und Klima zu ziehen. Deswegen müssen wir gemeinsam massiv Druck von unten aufbauen und dafür sorgen, dass Menschen und ihre Lebenswelt endlich mehr zählen als jedes Stück Kohle!

500 Euro mehr für alle!

Das fordert jetzt die SWÖ. Werden den Worten Taten folgen?

Ende Jänner 2022 ließen sowohl der Vorsitzende der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ) und Direktor der Volkshilfe Österreich Fenninger als auch der Geschäftsführer der SWÖ Marschitz mit der Forderungen nach 500 Euro mehr pro Monat für alle Beschäftigten im Sozialbereich und der Pflege aufhorchen. Handelt es sich dabei wieder mal um heiße Luft oder meinen sie es ernst?

Klar ist mal, dass die zusätzlichen Mittel für die Umsetzung dieser Forderung über den Finanzausgleich vom Bund kommen müssen. Da die aktuelle Bundesregierung schon bisher Forderungen in diese Richtung ignoriert hat und meinte, uns mit mickrigen Corona-Prämien abspesen zu können, ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass diese umdenken wird. Außer wir zwingen sie dazu!

Hat aber die SWÖ mittlerweile umgedacht und erkannt, dass wir tatsächlich bessere Arbeitsbedingungen brauchen? Die Wahrscheinlichkeit ist gering. Vielmehr scheint diese Forderung eine Folge der Tatsache zu sein, dass viele Betriebe immer schwerer und schwerer qualifiziertes Personal finden. Gleichzeitig geht diese absolut in die richtige Richtung, auch weil dadurch im Gegensatz zu prozentuellen Lohnerhöhungen die Gehaltsschere zwischen halbwegs gut Verdienenden und dem großen Rest, und damit auch zwischen Frauen und Männern, nicht noch weiter aufgehen würde.

Wird die SWÖ etwas tun, um diese Forderung umzusetzen? Uns fehlt der Glaube! Schon bisher wäre es durchaus möglich gewesen, den verantwortlichen Politiker*innen klar und deutlich zu sa-



gen, dass mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln die von diesen geforderten Leistungen nicht erbracht werden können. Haben die Betriebe das getan. Im Gegenteil! Sie haben sich oft einen Wettlauf darum geliefert, wer es noch billiger machen kann.

Jene Betriebe, die es nicht ganz so billig geben, haben auch heute kein Problem damit, Personal zu finden. Allerdings müssen wir diese wie die Nadel im Heuhaufen suchen. Einmal mehr wird es also an uns selbst liegen, Verbesserungen unserer Arbeitsbedingungen zu

erkämpfen. Im Herbst. Bei den Kollektivvertragsverhandlungen. So lange wollen und werden wir in Wien allerdings nicht warten. Derzeit sind bereits drei Aktionen für mehr Freizeit, mehr Kolleg*innen und mehr Gehalt in Planung. Sei dabei!

Bündnis für Pflege

Die Notwendigkeit einer umfassenden Reform des Pflegebereichs mit Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen ist seit Mitte der 1990er-Jahre bekannt, jedoch bislang am fehlenden politischen Willen gescheitert. Durch Einsparungen im Gesundheitsbereich hat sich die Situation seither sogar noch weiter verschärft und

durch die Covid-19-Pandemie zu einer Pflegekrise geführt.

2021 hat die IG Social Wien ein Projekt mit dem Ziel gestartet, den Prozess dringend erforderlicher Verbesserungen der Arbeits- und Rahmenbedingungen in der Pflege, zunächst gewerkschaftsintern und schließlich gegenüber der Politik, zu unterstützen. Die Pro-

jektzuständigen, Martin Schwantler und Günther Haberl, führen Gespräche mit den Teilgewerkschaften und dem ÖGB, um eine einheitliche Linie mit gemeinsamen Zielen zu fördern und als Gewerkschaft kraftvoll an die Politik herantreten zu können.

Seit Jänner 2021 liegt beim Gesundheitsminister der Bericht „Taskforce Pflege“ mit 63 vorgeschlagenen Maßnahmen für eine Pflegereform. Vorrangig dabei sind ein rascher Personalausbau zur Entlastung der KollegInnen, eine zeitgemäße Pflegeausbildung samt Arbeitsstiftung, Gehaltsverbesserungen sowie eine Arbeitszeitverkürzung.

Die Reform muss zügig starten und die guten Absichten müssten bald unter Beweis stellen, dass sie ernst gemeint sind!

Spitalsüberlastung

Seit Beginn der Pandemie gehört die Information über die aktuelle Auslastung unserer Spitäler zur täglichen Routine wie der Morgenkaffee. Völlig in den Hintergrund tritt die Frage, wie viele Krankenhausbetten es überhaupt braucht.

Die Anzahl der Betten in den Spitälern scheint eine Art Naturkonstante wie Zeit oder Magnetismus zu sein und nicht Ergebnis politischer Entscheidungen. Der Schein trügt! 1985 gab es in Österreich 75.168. 2020 gab es nur mehr 62.873. Dabei handelt es sich um die behördlich zugelassenen Betten. In Wirklichkeit wird diese Anzahl nie erreicht.

Am Stärksten eingesparrt wurde bei Akut- und Kurzzeitversorgung. Paradoxerweise geschah dies trotz einer konstanten bzw. in jüngster Zeit sogar steigender Belegung bei

sinkenden Aufenthaltstagen. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Beschäftigten von 45.043 im Jahr 1985 auf 96.796 im Jahr 2020 – besonders in der Pflege und bei den medizinisch-technischen Fachdiensten.

Grund dafür ist die Entwicklung der Medizin und der Medizintechnik, welche mehr und spezifischer qualifizierte Arbeitskräfte erfordern und das Steigen der Lebenserwartung, was zu einem höheren Pflegebedarf führt.

Spätestens seit Pandemiebeginn zeigt sich, dass eine „Gesundheitsüberversorgung“ nur im Märchenbuch des Neoliberalismus zu finden ist, und jede Reduktion von Krankenhausbetten die Möglichkeit verringert, angemessen auf Krisen zu reagieren, unsere Gesundheit zu schützen und uns alle bestmöglich zu behandeln.



Wie gehen wir es an?

Organizing. Wie es praktisch funktioniert

Wie geht es dir? Ja, ich hab schon gehört, dass es auch bei dir im Team in den letzten Monaten immer stressiger geworden ist. Und die Corona-Pandemie hat uns doch schon so viel Energie gekostet! Immer mehr wird von oben verlangt ... Und je mehr der Druck in der Arbeit steigt, desto öfter wird man krank, und dann fehlt man im Team, und dann steigt der Druck und der Stress für die KollegInnen. Das geht so nicht weiter, meinst du? Ja, das sehe ich auch so.

Aber was soll man da machen ... wir sind doch auch nur kleine Rädchen. Ja, da hast du recht, als einzelne kann man da echt wenig ausrichten. Nur den Hut draufhauen, aber das bringt auch nur kurzfristig was, irgendwas muss man ja doch arbeiten. Ich denke, wenn sich mehr Leute zusammenfinden, dann kann man doch Druck von unten aufbauen. Wenn wir gemeinsam besprechen, was wir be-

wegen wollen, und welche Möglichkeiten es dazu gibt, dann ist das schon möglich.

Du bist da eher pessimistisch? Weil nun über zwei Jahre so wenig möglich war und sich nix bewegt hat? Also, ich denke, der Versuch ist es wert.

Wenn das für dich Sinn macht, dann treffen wir uns doch – es gibt einige in unserem Betrieb, die etwas bewegen wollen, die was verändern wollen. Frag doch einfach mal deine TeamkollegInnen, wer von ihnen noch mitmachen will. Genau, in einer Woche telefonieren wir wieder und schauen uns dann an, wie viele wir schon sind!

Wie kann ich meine KollegInnen mobilisieren?

Wenn wir etwas durchsetzen wollen, dann reicht es oft nicht, dass der Betriebsrat das sagt. Es müssen viele KollegInnen mitmachen und sich selbst für ihre Anliegen einsetzen.



Aber wie schaffe ich das?

Es gibt einfache, aber gute Instrumente – z.B. das persönliche Gespräch und MultiplikatorInnen, wie jedeR von uns so einen Prozess im eigenen Betrieb in Gang setzen kann. Uns ist klar: Richtige Organisation von Unten ist der langwierigere, aber dafür langfristig wirksame Weg.

Wie erreiche ich die KollegInnen?

Durch Reden. Gespräche führen, in denen vor allem mal zugehört wird: Nämlich wo der Schuh drückt. Und wo klargemacht wird: Sudern tut gut, reicht aber nicht um etwas zu verändern.

Wie finden sich AktivistInnen?

In vielen Gesprächen kristallisieren sich KollegInnen heraus, die wirklich anpacken wollen und können.

Wie gehen wir es an?

Um dann loszulegen ist es wichtig, einen Eskalationsplan gemeinsam Schritt für Schritt auszuarbeiten – und dann konsequent durchzuführen.

Workshopreihe der IG Social Von der Idee zur Aktion



→ Was tun? Organize!

Methoden für die Umsetzung unserer Forderungen im eigenen Arbeitsumfeld kennenlernen inklusive Input zu Organizing.



→ Nägel mit Köpfen

Gemeinsame Entwicklung und Planung einer konkreten Aktion zur Umsetzung unserer Forderungen.



→ Action! Go!

Gemeinsame Durchführung der im vorherigen Workshop geplanten Aktion zu einem konkreten Thema.

Termine und Orte bitte bei christoph.zeiselberger@gpa.at erfragen. Diese wurden im ersten Workshop der Reihe, der parallel zur Produktion dieser Ausgabe unserer Wandzeitung stattfand, vereinbart.

Wir würden uns freuen, möglichst viele von euch regelmäßig bei dieser Workshopreihe begrüßen zu können, da diese von eurer Beteiligung lebt!

SWÖ: Wir kommen!

Infolge des Drei-Jahres-Abschlusses 2020 beginnen die SWÖ Kollektivvertragsverhandlungen heuer bereits früher. Der SWÖ wird nämlich bereits wieder ab Jänner statt ab Februar gelten.

Daher ist es Zeit, dass wir uns bereits jetzt auf die Verhandlungen vorbereiten. In Wien wurden daher bereits drei Aktionen für mehr Freizeit, Kolleg*innen und Geld geplant: Als Höhepunkt die Demo für mehr Geld am 23.06. um 15 Uhr 30 vom Heldenplatz zum Finanzministerium.

Ebenfalls in Wien hat Ende Mai bereits eine Betriebsrät*innenkonferenz

stattgefunden, bei welcher über mögliche Forderungen diskutiert wurde. Neben solchen zum Rahmenrecht z.B. von der Vernetzung der Betriebsrät*innen in der Behindertenhilfe, einigten sich die Teilnehmer*innen darauf, die Forderung nach 750,- Euro mehr für alle und nach einer 35-Stunden-Woche ab 01.01.2023 in den Bundesausschuss am 14./15. Juni zu tragen. Noch nicht oft war die Bereitschaft der Kolleg*innen, für ihre Bedürfnisse zu kämpfen so stark spürbar.

Beschlossen wird das Forderungsprogramm am 13./14. September.

Pflege im Abgrund

Pflege. Eine Reform, die keine ist.

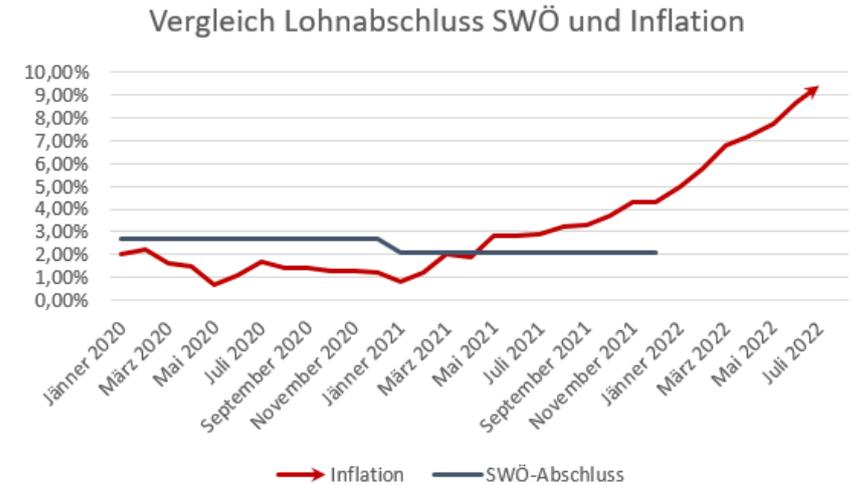
Pünktlich am 12. Mai dieses Jahres, als die Beschäftigten am Tag der Pflege lautstark für bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen auf der Straße waren, verkündete die Regierung gaaaanz zufällig eine aus ihrer Sicht „Reform“ für die Pflegeberufe.

Diese Reform wird die Beschäftigten weder entlasten, noch den Beruf attraktiver machen. Sie versucht mit versprochenen Geldzahlungen an die bereits Beschäftigten sowie Auszubildenden Zeit zu kaufen, in der Hoffnung, dass die wenigen verbliebenen, also die Pflegepersonen mit Herz, welche sich selbstlos aufopfern und ihr Leben dem Betrieb widmen, nicht noch früher den Hut draufhauen. Zumindest ist es auf Druck unserer Gewerkschaft GPA gelungen, die vorhandenen Geldmittel betragsmäßig in derselben Höhe auf die betroffenen Beschäftigten aufzuteilen, was besonders niedrigen Einkommen zugutekommt.

Das Bewusstsein, dass die Berufsgruppen der Pflege und viele andere die

unentbehrlichen professionelle Leistungsträger:innen des Gesundheitssystems sind und Freizeit brauchen, um sich zu erholen und im nächsten Dienst wieder Höchstleistungen unter enorm belastenden Arbeitsbedingungen erbringen zu können, ist in den Köpfen der (politischen) Entscheidungsträger:innen noch nicht angekommen. Ihre konsequent anhaltende Tatenlosigkeit beweist das mehr als eindeutig.

Die Freizeit wird weiterhin durch Zusatzdienste im Betrieb ersetzt. Der Personalmangel wird meistens von den Arbeitgeber:innen vorgeschoben: Mit dem Argument dass die arme Pflegekraft leider Zusatzdienste machen muss, weil die Patient:innen versorgt werden müssen. Denn jede:r Patient:in bedeutet schlussendlich Geld. Bettenreduktionen oder gar Stationsschließungen werden, wenn überhaupt, erst umgesetzt wenn die Belegschaft vor Ort schon am Boden liegt. In der mobilen Pflege scheint es unmöglich zu sein, Kolleg:innen,



die Teilzeit arbeiten, mehr Stunden zu geben, obwohl viele von ihnen gerne die eine oder andere Stunde aufstocken würden. Gerade in Zeiten der explodierenden Inflation.

Eine ehrliche Reform ohne Arbeitszeitverkürzung gibt es nicht. Tatsächlich gibt es nicht zu wenige Kolleg:innen, die in der Pflege arbeiten wollen. Es gibt aber bei vielen von ihnen das Bewusstsein, dass sie sich bei diesen Arbeits-

bedingungen nicht noch länger kaputt rackern wollen.

Ja, das bedeutet für die nächsten Jahre eine Leistungsreduktion in den Gesundheitseinrichtungen. Gleichzeitig könnte sich aber der Berufsstand der Pflege von den enormen Belastungen der letzten Jahrzehnte erholen.

Die Verantwortlichen können noch so viele Betten aufstellen, Geräte aufbauen und Krankenhäuser

einrichten: Wenn niemand da ist, der diese professionell bedient, kann auch keine Patient:in oder Klient:in damit behandelt und versorgt werden.

Dass an allen Ecken und Enden Kolleg:innen fehlen, ist für jeden offensichtlich, der nicht aus politischen Gründen bewusst wegschaut. Wenn die Verantwortlichen ihrer Verantwortung nicht nachkommen, müssen wir selbst ihnen eben die Augen öffnen.

Workshopreihe der IG Social Von der Idee zur Aktion



→ **Was tun? Organize!** (5.10., 17 Uhr, Raum 1K1 in der GPA Wien)
Methoden für die Umsetzung unserer Forderungen im eigenen Arbeitsumfeld kennenlernen inklusive Input zu Organizing.



→ **Nägel mit Köpfen**
Gemeinsame Entwicklung und Planung einer konkreten Aktion zur Umsetzung unserer Forderungen.



→ **Action! Go!**
Gemeinsame Durchführung der im vorherigen Workshop geplanten Aktion zu einem konkreten Thema.

Termine und Orte für die beiden abschließenden Teile werden gemeinsam vereinbart.

Wir würden uns freuen, möglichst viele von euch regelmäßig bei dieser Workshopreihe begrüßen zu können, da diese von eurer Beteiligung lebt!

Ohne Kampf kein Fortschritt – ohne dich kein Kampf

Bei den Kollektivvertragsverhandlungen 2020 haben gerade wir in Wien gezeigt, wie sehr wir uns für uns selbst und damit auch jene, mit denen wir arbeiten, einsetzen. Mehrere Demonstrationen und Streiks haben deutlich gemacht, dass wir nicht länger so mit uns und unseren Klient:innen, Patient:innen, ... umgehen lassen.

Am 19.09. wurden die Forderungen für den SWÖ-Kollektivvertrag übergeben. Schritt für Schritt werden jetzt dann die Verhandlungen über die anderen Kollektivverträge in unserer Branche

beginnen. Eines ist in Anbetracht der Tatenlosigkeit der für die Budgets politisch Verantwortlichen jetzt schon klar: Ohne deine Beteiligung wird es auch dieses Mal keine Abschlüsse geben, die uns vor Armut und Burn Out schützen.

Als IG Social werden wir auch heuer alle Aktionen unserer Gewerkschaft GPA unterstützen, die eine massive Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen zum Ziel haben. „Von der Idee zur Aktion“ haben wir das in einer Broschüre genannt. Nur so können wir verhindern, dass wir sozialpolitisch erfrieren.

Wir sind kein Schnäppchen!

Herbstlohnrunde. Eine Zwischenbilanz der Kollektivvertragsverhandlungen.

Am Tag der Fertigstellung dieser Wandzeitung streiken die Eisenbahner*innen und die Beschäftigten in den Brauereien. Vor einigen Tagen haben die Kolleg*innen in den Ordensspitälern gestreikt. Am Ende der Woche stehen Streiks im Handel im Raum. Wir erleben gerade mit Sicherheit den heißesten Kollektivvertragsherbst seit langem.

Und das ist gut so. Viel zu viele Menschen können sich ihr Leben nicht mehr leisten. Was vor einigen Jahren noch die Ausnahme war, wird schön langsam für viele zur Realität: Ein Dasein als working poor.

Und das spüren die Kolleg*innen in vielen Branchen. Das wollen sie sich nicht mehr gefallen lassen. Das können sie sich im wahrsten Sinne des Wortes auch nicht mehr leisten.

Sie greifen daher zu den traditionellen Mitteln der Arbeiter*innenbewegung, um ihren Lebensstandard auf einem halbwegs erträglichen Niveau zu

halten: Protestversammlungen, Demonstrationen, Streiks – mit einem Wort: Arbeitskampf. Einer der Daseinsbereiche von uns Gewerkschaften.

Auch im Sozial- und Gesundheitsbereich laufen momentan zahlreiche Kollektivvertragsverhandlungen: Ordensspitäler, Privatkrankenanstalten, Sozialversicherungen, Caritas, Diakonie, Landeskollektivvertrag Vorarlberg, um nur die größeren zu nennen.

Viele dieser Kollektivverträge schließen mehr oder weniger mit den selben Ergebnissen wie der SWÖ ab. Dieser hat als Leitkollektivvertrag der Branche die gleiche Funktion wie der FMTI-Abschluss für die anderen Teile der Metallbranche.

Der SWÖ wurde bereits abgeschlossen: 8%, aber mindestens 175 Euro mehr Gehalt und einige Verbesserungen im sog. Rahmenrecht sind das Ergebnis. Dazu gehören z.B. nach vielen Jahren endlich die Einstufung der Kolleg*innen in der vollen Erziehung in die die Ver-



wendungsgruppe 8 oder die volle Anrechnung von Vordienstzeiten im Betrieb bei der Umreihung in eine höhere Verwendungsgruppe.

Andererseits konnten für Kolleg*innen in der Verwaltung keine Verbesserungen erzielt und auch die dringende notwendige Erhöhung des Kilometergeldes oder die Ausweitung des Bezieher*innenkreises der SEG-Zulage nicht erreicht werden.

Ein Abschluss, der uns in Wien gemischte Gefühle bereitet. Wir haben am 8.11. eine kraftvolle Demonstration durchgeführt und viele Betriebe waren streikbereit. Die Mehrheit des Verhandlungsteams hat aber entschieden, dass die Streikbereitschaft in vielen Bundesländern nicht ausreicht, um noch weiter zu verhandeln.

Das Ziel jedes Arbeitskampfes liegt in dessen unmittelbaren Ergebnis-

sen. Ein Arbeitskampf hat allerdings noch eine zweite Funktion: Während diesem entwickelt sich das gewerkschaftliche Bewusstsein der Kolleg*innen schneller und weiter als sonst.

Offenbar ist uns allen gemeinsam das heuer nicht ausreichend gelungen. Nützen wir das nächste Jahr, um an unserer Kampfbereitschaft zu arbeiten. Sonst ist das Ende des Sozial- und Gesundheitsbereich für alle nah.

Workshopreihe der IG Social Von der Idee zur Aktion



➔ **Nägel mit Köpfen: 17.01., 17 Uhr, Gewerkschaft GPA, 2. Stock, Raum 2K2 (Alfred-Dallinger-Platz 1, 1030, U3 Schlachthausgasse)**
Gemeinsame Entwicklung und Planung einer konkreten Aktion zur Umsetzung unserer Forderungen.



➔ **Action! Go!**
Gemeinsame Durchführung der im vorherigen Workshop geplanten Aktion zu einem konkreten Thema.

Termin und Ort für den letzten Teil (eine Aktion) werden gemeinsam vereinbart.

Wir würden uns freuen, möglichst viele von euch regelmäßig bei dieser Workshopreihe begrüßen zu können, da diese von eurer Beteiligung lebt!

Pflegebonus zum Billigtarif

Viele Bezeichnungen geistern herum, wenn es um die, aus Sicht des Sozialministers, „wert-schätzende“ Zusatzentlohnung für die Pflege und Sozialberufe geht. „15. Gehalt für Pflege und Sozialberufe“, „Entgelt-erhö- hungs- Zweckzuschussge- setz“, „EEZG“, ...

Die treffendste Be- zeichnung ist jedoch „Mogelpackung“ oder „Feigenblatt“. Vollmun- dig wurde versprochen, dass die Auszahlung im Dezember erfolgen und dass diese ein Betrag von 2.000 Euro sein würde. Fakt ist, dass nicht alle, sondern nur vereinzelte

eine Bezahlung bereits im Dezember bekommen werden. Aus den 2.000 Euro werden rund 1.550 Euro brutto. Wenn wir die derzeitige Inflation auch noch miteinbeziehen, hat der Betrag aktuell einen realen Wert von rund 1.350 Euro. Teilzeitkräfte bekommen außerdem nur einen aliquoten Anteil dieses mickrigen Betrages.

Das zeigt wieder einmal, welchen Wert unsere Berufsgruppen für die Politik hat: Gerade mal ein Betrag, der unter der Ar- mutsgefährdungsschwelle einer alleinerziehenden Mutter mit einem Kind liegt.

Warnstreik in Privatkrankenanstalten

Österreich. Wir nähern uns Normalzustand.

Was in anderen Ländern nichts Außergewöhnliches ist, wie Griechenland und Frankreich aktuell zeigen, wird nun auch in Österreich Realität. Ein Streik in Krankenhäusern. Genau genommen in den Privatkrankenanstalten und das trotz enormen Drucks von den Betrieben und auch von politisch Verantwortlichen wie aus Verhandler*innenkreise zu erfahren war.

Die Kolleg*innen, welche von unserer Partnergewerkschaft vida organisiert werden, haben mit ihrem Warnstreik deutlich gemacht, dass es ihnen reicht, dass es so nicht weitergehen kann, dass das Gesundheitssystem gerade dabei ist zusammenzubrechen, weil auch wir in Anbetracht unserer Arbeitsbedingungen immer öfter und öfter zusammenbrechen.

Die Beschäftigten in diesen Krankenanstalten und Rehabilitationskliniken wollen in Anbetracht der ständigen Personalknappheit, der galoppierenden Inflation und der besonde-

ren Belastungen durch die COVID-19-Maßnahmen, dass der große Abstand zu den anderen Kollektivverträgen in unserer Branche endlich deutlich verringert wird. Sie haben genug von leeren Worten und Geklatz und fordern das, was ihnen für ihre harte Arbeit zusteht:

★ 500 Euro brutto mehr bei Vollzeit

★ einen Mindestlohn von 2.000 Euro

★ eine stärkere Anhebung der unteren Gehälter, damit das Einkommen zum Auskommen reicht.

Bei den ersten beiden Verhandlungsrunden gab es seitens der Betriebe überhaupt kein Angebot. Bei der dritten versuchten sie wie viele andere die berechtigten Forderungen der Kolleg*innen mit den öffentlichen Maßnahmen herunterzudrücken.

Erst in der vierten Verhandlungsrunde kam es wenigstens zu einer Einigung auf die den Verhandlungen zugrundeliegende Inflationsrate (7,53%). Das Angebot belief sich letztlich auf eine Lohnerhöhung von 5,43% (unter

Einrechnung der angebotenen Mindesthöhung von 125 Euro 5,74%) und das erst ab 1. Juli statt ab 1. Jänner.

Nach ersten Betriebsversammlungen haben die Betriebe ihr Angebot minimal aufgebessert und z.B. eine Mindesthöhung von 175 Euro (statt 125) sowie eine Erhöhung der Zulagen um 6% angeboten. Auch bei den letztlich ohnehin wertlosen Einmalzahlungen wurde ein wenig nachgelegt. Kurz vor Weihnachten ist das gewerkschaftliche Verhandlungsteam diesem „Angebot“ weit entgegengekommen und hat z.B. die geforderte Erhöhung aller Löhne von 500 auf 200 Euro gesenkt, doch selbst das reichte nicht.

Dementsprechend kam es in der Folge zu Betriebsversammlungen in über 25 Betrieben, bei denen sich 96,3% für gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik ausgesprochen haben (Details siehe Bild).

Bis zum Tag des Warnstreiks kam kein verbessertes Angebot der Be-

NRZ Rosenhügel	100,0
PK Döbling	98,2
PK Wehrle Diakonissen	96,8
KH Oberndorf	97,2
Reha Münster	97,7
Ambulatorium Döbling	98,5
PK Goldenes Kreuz	97,7
API	97,7
PK Graz Ragnitz	97,1
PSZW	91,5
PK Confraternität	100,0
Bad Gastein	98,4
Bad Schallerbach	85,4
Klinikum Baden	90,9
Klinikum Bad Hall	91,9
Rudolfinerhaus	93,8
Hollenburg	96,9
GESAMT	96,3

triebe, sodass erstmals auch in Österreich in privaten Krankenanstalten gestreikt wurde.

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe lag noch immer kein neues Angebot der Betriebe vor, sodass die Kolleg*innen seit mittlerweile fast drei Monaten auf die ihnen eigentlich mit Jahresbeginn zuste-

hende Lohnerhöhung und weitere Verbesserungen warten müssen.

In Anbetracht der Kampfbereitschaft und des Durchhaltevermögens der Kolleg*innen gebührt ihnen unsere volle Solidarität, die wir bei jeder sich bietenden Gelegenheit auch Praxis werden lassen werden.

IG Social bundesweit neu gewählt

Der neue (Bundes)Ausschuss der IG Social hat 17 engagierte Mitglieder, viele davon erstmals in dieser Funktion. Der Ausschuss ist so groß, damit die Abschaffung der Regionalwahlen der IGs etwas abgefedert wird.

Die erste wichtige Aufgabe des Gremiums war, Funktionen zu wählen.

Und here we are: Selma Schacht, die seit zwei Jahrzehnten in der IG Social aktiv ist, wurde zur Vorsitzenden gewählt. Ihre Stellvertreter:innen sind Axel Magnus (der die IG auch im GPA-Bundesvorstand vertreten wird), Felix Weber und Manue-

la Kempkes, neue Frauenbeauftragte Henrike Kovačič.

In der ersten Aussendung nach der Wahl wurden gleich die Mitglieder befragt: Welche Themen sollen wir behandeln?

Die Vorschläge wurden auf unser Klausur Mitte März diskutiert, erste Schwerpunkte und Projekte festgelegt: Organizing, Aktivitäten für Gleichbehandlung und gegen Sexismus & Mehrfachbelastung, eine Kampagne „Arbeitszeit runter – Löhne rauf!“, psychische Schwerarbeit sowie Maßnahmen für gesunde Arbeitsbedingungen.

Workshopreihe der IG Social Von der Idee zur Aktion



Action! Go!
**Öffentliche Aktion der Kolleg*innen
von Jugend am Werk Bildungs:Raum GmbH**

05. Juni 2023

10 bis 11 Uhr 30: Technologiezentrum Jugend am Werk Brunner Straße/Ecke Bahnsteggasse, 1210 Wien

12 Uhr 30 bis 14 Uhr: Moderne Berufsausbildung (MBA)
Louis Häflinger Gasse 6, 1210 Wien

Wir freuen uns darauf, möglichst viele von euch bei diesen Aktionen begrüßen zu dürfen, damit ihr in der Praxis erleben könnt, was Organizing bringt!

Bündnis für Pflege

Monitoring. Pflegereform.

Das Projekt der IG Social „Bündnis für die Pflege“ zur Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen in den Pflegeberufen läuft nun seit über zwei Jahren. Einen ausführlichen Text dazu findet ihr über den beigefügten QR-Code.

Auf gewerkschaftlichen Druck hat die Regierung kurz vor den Demonstrationen zum Tag der Pflege am 12.05.2022 erste Reformschritte angekündigt. Infolge des Krieges in der Ukraine, der enorm gestiegenen Energiepreise und der höchsten Inflation seit 70 Jahren war durch veränderte Prioritätensetzung der Regierung ein Erlahmen der ohnehin bislang halbherzigen Reform zu befürchten.

Gemeinsam mit den Fachgewerkschaften und dem ÖGB haben wir deshalb ein Monitoring gestartet und den begonnenen Reformprozess evaluiert. Was ist bisher gelungen, womit sind wir unzufrieden? Und was sind die offenen Punkte?

Hier nun zusammengefasst die ersten Ergebnisse unserer Zwischenbilanz:

1. Die Sicherstellung von Dienstplanstabilität im Pflegebereich ist insgesamt noch nicht gelungen. Will man ohne Leistungseinschränkungen eine Überlastung der Kolleg:innen vermeiden, wird es dazu deutlich mehr Personal geben müssen!

2. Zur Gewinnung junger Menschen / Quereinsteiger:innen für die Pflegeberufe wurde eine finanzielle Unterstützung während der Ausbildung beschlossen. Das ist zwar ein guter Ansatz, die Zuschüsse sind allerdings nicht einheitlich hoch und auch nicht existenzsichernd, besonders vor dem Hintergrund der enormen Inflation.

3. Die Entwicklung zeitgemäßer, wissenschaftlich fundierter und einheitlicher Personalschlüssel, die den tatsächlichen Arbeitsaufwand abbilden und so vor permanentem Personalmangel und einer Überforderung der Kolleg:innen schützen, ist noch nicht gelungen und damit ein wesentlicher offener Punkt!

4. Bei einer Arbeitszeitverkürzung geht es um Work-Life-Balance, Ver-



einbarkeit von Beruf und Familie und auch Formen alternsgerechten Arbeitens. Die sogenannte „Entlastungswoche“ ab dem 43. Lebensjahr bringt allerdings keine wirkliche Entlastung, da sie bereits zusätzlich erworbene Urlaubsansprüche über Gegenrechnung „auffrisst“! Nur eine tatsächlich zusätzliche Urlaubswoche, für alle unabhängig vom Lebensalter, könnte die notwendige Entlastung bringen!

5. Im Sinne einer Gehaltsverbesserung wurde, auf zwei Jahre befristet, der „Pflegebonus“ eingeführt. Das ist gut gemeint. Allerdings hat 2022 ge-

genüber der Ankündigung eines 15. Monatsgehalts die tatsächliche Höhe der Einmalzahlung mehr als enttäuscht!

Für 2023 ist der Betrag von 2.460 Euro in manchen Kollektivverträgen in die Gehaltstabellen eingerechnet und kommt 12 bzw. 14 Mal zur Auszahlung. Offen bleibt weiterhin eine deutliche und dauerhafte Gehaltserhöhung für die Kolleg:innen, da der sog. Pflegebonus Ende 2023 ausläuft.

6. Die Aufnahme der Pflege in die Liste der Schwerarbeitsberufe ist trotz laufender Petitionen ein noch komplett offener Punkt!

Die konsequente Einforderung substanzieller Reformschritte wird auch durch das neue ÖGB-Programm untermauert.

Den vollständigen Text des von der Interessengemeinschaft Social Wien erstellten Monitorings, auf dem dieser Text basiert, findet ihr nach Aufruf dieses QR-Codes:



Organizing: Von der Idee zur Aktion

Am 5. Juni haben wir gemeinsam mit dem Betriebsrat der Jugend am Werk Bildungsraum GmbH vor zwei ihrer Standorte in Wien Floridsdorf die im Rahmen unserer Workshopreihe zu Organizing erarbeitete Aktion durchgeführt.

Die Kolleg:innen aus dem Betrieb selbst haben auf Endospazier und der Straße zum Ausdruck gebracht, was

wichtig ist, damit sie ihre Arbeit weiterhin mit guter Qualität machen können und was notwendig ist, damit sie ihre Arbeit überhaupt weiter machen wollen.

Parallel dazu wurden die Passant:innen mit Flugblättern über die Bedürfnisse der Kolleg:innen informiert.

Drei Themen standen dabei im Vordergrund: Deutliche höhere Löhne (15% mehr oder 750 Euro mehr für alle wurden am häufigsten genannt), eine Arbeitszeitverkürzung auf höchstens 35 Wochen-

stunden verbunden mit einer 4-Tage Woche und die Tatsache, dass auch die Ausbildung von Lehrlingen in einer überbetrieblichen Lehrwerkstatt entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung finanziert werden muss.

Gerade wenn die Wirtschaft wieder einmal über den sog. Fachkräftemangel jammert, kann es doch wirklich nicht zu viel verlangt sein, den Kolleg:innen, die diese ausbilden, ein finanziell abgesichertes Leben ohne Armutsgefährdung zu ermöglichen.

So nicht! Freizeitpädagogik bleibt!

Regierung will ganze Berufsgruppe degradieren. Die Kolleg:innen kämpfen dagegen.

Im Mai leakte der Betriebsrat der „Bildung im Mittelpunkt GmbH“ einen Gesetzesentwurf der Bundesregierung. Er sieht vor, die Freizeitpädagogik aus allen Schulgesetzen zu streichen.

Ersetzt werden soll diese Berufsgruppe durch sogenannte „Assistenzpädagogen“. Als deren Hauptaufgabe ist die „Unterstützung anderer Lehrpersonen“ definiert. Die professionelle schulischen Freizeitpädagogik wird zur Nebenaufgabe. Und das bei einer 40-Stunden Woche im öffentlichen Dienst – statt einer 37-Stunden Woche. Somit würde auch das Stunden-Gehalt um bis zu 10% unter dem aktuellen im SWÖ-Kollektivvertrag liegen!

Nach der Veröffentlichung wurde in Wien sofort eine Betriebsver-

sammlung einberufen. Der Schock und die Unsicherheit verwandelten sich dort auch in Kampfbereitschaft: Maßnahmen bis hin zu Streiks wurden mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Der BiM-Betriebsrat informierte auch die anderen Betriebsrät:innen der Branche sowie GPA und AK. Die entstandene Vernetzung ermöglichte eine überregionale Koordination der Kampfmaßnahmen.

Erste Streikziele waren: Kein Beschluss vor oder im Sommer sowie Verhandlungen mit den Betroffenen. Den ganzen Juni



hindurch rollte eine Welle von Streiks und Betriebsversammlungen sowie unzähligen öffentlichen Aktionen von Wien über Graz und Salzburg bis nach Kärnten, die eine enorme

Öffentlichkeit erzeugten. Die Regierung hatte den Widerstand nicht kommen sehen und war sichtlich überrumpelt.

Das aus vergangenen Auseinandersetzungen bereits bestehende offene betriebliche Aktionskomitee wurde zum Streikkomitee erweitert, dem sich über 50 Aktive anschlossen. Nach einer Demo im Rahmen einer Betriebsversammlung zum Bildungsministerium wurde eine Streik- und Aktionswoche Mitte Juni organisiert.

Mit einem Rollstreik wurden an jedem Tag andere Standorte bestreikt, die von unzähligen kleinen Aktionen und Informationsständen vor den Schulen begleitet wurden. Dadurch konnten Eltern und Kinder, Lehrer:innen und Schulleitungen informiert und einbezogen werden – und große Teile der Belegschaft übernahmen organisatorische Verantwortung im eigenen Kampf.

Derzeit laufen die Verhandlungen mit dem Bildungsministerium, welche durch die Streiks vor

dem Sommer erzwungen wurden. Dort wurde ein umfangreiches Forderungsprogramm vorgelegt, das unter anderem den Erhalt, den Ausbau und die Aufwertung der Freizeitpädagogik, keine Dequalifizierung zu „Assistenzpädagogik“, den Erhalt aller Arbeitsplätze, keinen Einkommensverlust für bestehende und zukünftige Dienstverhältnisse vorsieht!

Innerbetrieblich wurde die Protest- und Aktionsstruktur auf fixere Beine gestellt: Das Streikkomitee organisierte, dass alle Teams eine:n Delegierte:n wählen, die/der für die Organisation von Aktionen vor Ort und für den Informationsfluss verantwortlich ist. Eine erste Delegiertenversammlung mit über 100 Teilnehmenden und eine Betriebsversammlung mit einem erneuerten Beschluss von Aktionen bis hin zu mehr-tägigen Streiks durch über 1.000 Kolleg:innen zeigt: Wir sind streikbereit!

Infos & Petition unterschreiben: [Openpetition.eu/sonicht](https://www.gpa.at/openpetition)

Diskussionsveranstaltung: Die Kollektivvertragsverhandlungen im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich am Beispiel des SWÖ Langjährige Entwicklungen – Arbeitskämpfe – Aktuelle Möglichkeiten zur Beteiligung

Bei den SWÖ-Kollektivvertragsverhandlungen geht es heuer um nicht mehr und weniger als den Erhalt einer qualitativ hochwertigen Versorgung mit Gesundheits- und Sozialleistungen, die für alle erschwinglich sind. Infolge des Sparwahns wollen nicht mehr genug Menschen in diesen Bereichen arbeiten. Diese Situation hat schon 2018 bis 2020 zu den größten Streiks in Österreich seit 2004 geführt.

Bei dieser Veranstaltung werden wir uns gemeinsam mit Axel Magnus (Vorsitzender der IG Social Wien, Betriebsratsvorsitzender SDW) und Selma Schacht (Vorsitzende IG Social, Betriebsratsvorsitzende BiM) aus der Perspektive von Betrieben mit einer kämpferischen Traditionen mit den Forderungen bei den SWÖ-Verhandlungen beschäftigen und auf dieser Basis die geplanten Aktionen so beleuchten, dass die Teilnehmer:innen eine (solidarische) Perspektive zur Beteiligung daran entwickeln können.

Wann: 24.10.2023, 18 Uhr

Wo: FAKTory, Universitätsstraße 9, 1010 Wien

Lohnabschlüsse im Sozialbereich

Alle reden von Prozenten. Macht das Sinn?

Wie jedes Jahr um diese Zeit sahen die Kolleg*innen im Jänner erstmals auf ihren Konten, was die von unserer Gewerkschaft GPA (oft mit anderen gemeinsam) ausverhandelten Lohn-erhöhungen in Euro ausmachen. Was macht den Unterschied wirklich aus?

Klar ist, dass dafür nicht nur die Prozente bei der Gehaltserhöhung eine Rolle spielen, sondern auch Gültigkeitsdauer des jeweiligen Kollektivvertrages, Mindest-erhöhungen (wie für 2023 in der Sozialwirtschaft), So-ckelbeträge, Maximal-erhöhungen usw. Trotzdem wird sehr oft nur mit Pro-zenten argumentiert.

Sehen wir uns also an, ob mehr Prozente auch immer mehr Euro sind. Ausgangsbasis für diesen Vergleich ist der sog. all-gemeine Einkommensber-icht auf Basis der nicht

vollzeitbereinigten Real-einkommen, welcher für 2021 letztmals erstellt wurde, was die untenste-henden Zahlen tendenziell nicht ändert. Das Medi-angehalt betrug laut die-sem 2021 brutto 31.407 Euro. Jenes in der Sozi-alwirtschaft 26.682. Der Ausgangspunkt für die Einschätzung von Kollektivvertragsabschlüssen ist also ein anderer.

Der SWÖ hat für 2023 mit 8% (und einer Mindest-erhöhung von 175 Euro, die den Schlechtverdiener:innen bis knapp unter 2.200 Euro brutto mehr als die 8% brachten) abgeschlos-sen, während der Durch-schnitt der Kollektivver-tragsabschlüsse (der sog. Tariflohnindex) 7,3% be-tragen hat, also darunter lag.

Was bedeutet das jetzt am Konto? Während das Medianeinkommen in

Österreich (auf Basis der Zahlen von 2021) 2023 um 2.361,49 Euro zu-nahm, stieg dieses in der Sozialwirtschaft um 2.134,56 Euro pro Jahr.

Die Einkommensdif-ferenz zwischen uns und dem Durchschnitt der Arbeiter:innenklasse hat also in nur einem Jahr um über 225 Euro zugenom-men.

Die Kolleg:innen in an-deren Branchen haben sich unbestreitbar jeden Cent hart erarbeitet, den sie bekommen. Haben wir Systemerhalter*innen uns alledings weniger ver-dient?

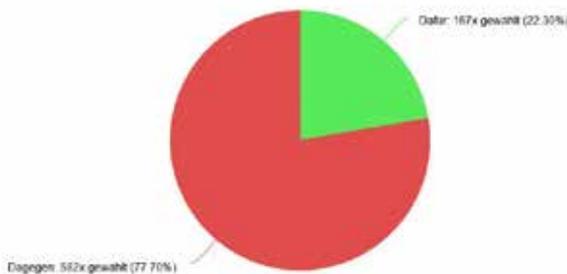
Letztlich ist dieser Un-terschied Ausdruck einer Machtfrage. Wir haben weniger Gewerkschafts-mitglieder als andere Branchen, scheuen seit 2020 eher davor zurück, zu demonstrieren und zu streiken. Die Gehalts-differenz und damit der



Ausgangspunkt für Lohn-verhandlungen sind Aus-druck davon und werden erst geringer werden, wenn wir diese unsere Macht auch einsetzen.



Kolleg:innen um ihre Meinung fragen



Das Jahresarbeitspro-gramm unserer Gewerkschaft GPA sieht die Entwicklung partizipativer Elemente bei einigen Kollektivvertragsverhand-lungen vor.

Das ist eine wesent-liche Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Akti-vitäten im Rahmen des Kampfes für bessere Ar-

beitsbedingungen, kürze-re Arbeitszeiten und hö-here Löhne.

Im Wiener Sozial- und Gesundheitsbereich so-wie der Jugendarbeit bindet der zuständige Wirtschaftsber-eichsausschuss seit Jahren jene Betriebsrät:innen, die sich daran beteiligen wollen, in die Diskussion darü-

ber ein, was bei den Kollektivvertragsver-handlungen geford-ert werden soll.

Der nächste lo-gische Schritt wäre es, die Gewerkschafts-mitglieder selbst in die Erstellung der Forderungen einzu-binden.

Bereits 2022 hat es eine Mitgliederbe-fragung dazu gege-ben, was ein wesent-licher Fortschritt war, der unserer Meinung nach jedes Jahr umgesetzt wer-den sollte.

Allerdings gibt es noch einen zweiten wesent-lichen Aspekt, nämlich die Meinung der Mitglieder zu Kollektivvertragsabschlüs-sen. Um diese zumindest nach erfolgtem Abschluss einzuholen, haben sich

heuer zum zweiten Mal – insgesamt 20 – Be-triebsratskörperschaften in Wien zusammengetan, um ein Stimmungsbild zum SWÖ-Abschluss in ihren Belegschaften einzuholen. Damit zeigen sie, wie das funktionieren kann, was die Mehrheit der Wiener Betriebsrät:innen in der Branche schon vor Jahren auf einer Wirtschaftsber-eichskonferenz beschlos-sen hat.

An der Umfrage haben sich nicht ganz, 1.900 Kolleg:innen beteiligt. 850 davon sind Mitglied in unserer Gewerkschaft GPA oder der Gewerk-schaft vida, mit der der SWÖ gemeinsam verhand-elt wird.

Die Meinung der 749 Gewerkschaftsmitglieder, welche diese Frage beant-

wortet haben, zum Kollektivvertragsabschluss ist mit 78% Ablehnung ziemlich deutlich und in der nebenstehenden Grafik dar-gestellt.

Klar ist, dass diese Zahlen nicht repräsenta-tiv für die gesamte Bran-che sind, sondern nur die Meinung der Kolleg*innen in den teilnehmenden Be-trieben zum letztjährigen Abschluss des SWÖ-Kollektivvertrages widerspie-geln. Gerade deswegen würde es uns brennend in-teressieren, wie das in der gesamten Branche gese-hen wird, weswegen wir uns dafür einsetzen wer-den, dass die von unserer Gewerkschaft geplante Einführung partizipativer Elemente bei Kollektivver-tragsverhandlungen auf uns ausgeweitet wird.

Wir – sind – Streikbereit!

Arbeitskampf. Verschlechterungen in der Freizeitpädagogik verhindern.

Vor einem Jahr deckte der Betriebsrat der Bildung im Mittelpunkt GmbH (BiM) eine drohenden Gesetzesänderung durch das Bildungsministerium auf, die massive Verschlechterungen für die schulische Freizeitpädagogik mit sich bringen würde. Sehr rasch stand fest: So nicht! Und dies wurde mit der Ergänzung „Freizeitpädagogik bleibt!“ zum Schlachtruf gegen die Gesetzesnovelle.

Auf einer rasch einberufenen Betriebsversammlung wurden Proteste & Streikmaßnahmen beschlossen und ein aktives Streikkomitee eingesetzt. Konkret wurde eine Arbeitsniederlegung mit öffentlicher Protest-Betriebsversammlung inklusive Demo durch die Innenstadt hin zum Ministerium und eine Aktionswoche mit einem wienweiten

ganztägigen Streiktag sowie dezentralen, in ganz Wien an dutzenden Orten stattfindenden Kundgebungen, Bezirksdemos, Infotischen, Transparenktionen etc. beschlossen.

Die Streik-Affinität der Belegschaft kommt nicht von ungefähr. Seit über zwei Jahrzehnten legt das Betriebsratsteam den Fokus auf die Einbindung der Kolleg:innen durch offene und umfassende Information, von Beginn an auch bei Verhandlungsprozessen und Vorhaben, auf die höchstmögliche Mitbestimmung durch betriebsweite Abstimmungen sowie die Mitgestaltung durch regelmäßige Treffen mit dem Betriebsratsteam wie auch weitere Basisgremien wie das Aktions- und Streikkomitee.

Nach wenigen Wochen konnte bald ein erster Durchbruch ver-



kündet werden: Das Bildungsministerium erklärte sich bereit, mit unserer Gewerkschaft GPA und Betriebsrät:innen aus der Freizeitpädagogik offizielle Verhandlungen aufzunehmen. Im Herbst wurde begleitend dazu in der BiM die Wahl von „Team-Delegierten“ eingeführt und nochmals in einer Versammlung im öffentli-

chen Raum der aufrechte Streikbeschluss erneut bestätigt.

Die Verhandlungen mit dem Ministerium sind seit Februar abgeschlossen. Auch wenn bei diesen einige wichtige Erfolge erungen werden konnten: Das Gesamtpaket ist trotzdem noch viel zu schlecht, um annehmbar zu sein. Das sahen auch 94% der

BiM-Kolleg:innen in einer Urabstimmung so. Nun liegt es am Ministerium, ob die Meinung von Gewerkschaft GPA und Beschäftigten gehört oder ob einfach drübergefahren wird. Ist das der Fall, lebt der gültige Streikbeschluss wieder auf!

Alle Unterlagen, Infos, Bilder, etc. zu finden auf: betriebsrat-bim.at.

Kollektive Katastrophe – keine persönliche Schwäche

Die Burn-Out Studie der IG Social in der Gewerkschaft GPA

(Präsentation der Ergebnisse & Diskussion)

15 Jahre nach der ersten Burn-Out-Studie hat sich die Interessengemeinschaft Social in der Gewerkschaft GPA das Ziel gesetzt, Veränderungen dieser Problematik im Gesundheits-, Sozial und nicht-schulischen Bildungsbereich zu erheben.

Bei der Veranstaltung werden die Ergebnisse der aktuellen Studie dargestellt und mit jenen der Studie im Jahr 2009 verglichen.

Auf dieser Basis werden mit den Teilnehmer:innen Maßnahmen, insbesondere auf struktureller Ebene und in Bezug auf Arbeitsbedingungen, erarbeitet, welche die Gefahr eines Burn-Out in der Branche reduzieren können.

Wann: 10.06.2024, 18 Uhr

Wo: FAKTory, Universitätsstraße 9, 1010 Wien

für einen kleinen Imbiss und Getränke
nach der Veranstaltung ist gesorgt

Burn-Out im privaten Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich

Schon die ersten Ergebnisse der aktuellen Erhebung in unserer Branche zeigen, dass sich die Problematik seit 2009 massiv verschärft hat. Obwohl diese seit langem (und das erst recht auf Basis unserer Erhebungen) bekannt ist, sehen Politik und Geschäftsführungen weiterhin tatenlos zu.

Ohne hier bereits auch nur die zentralen Ergebnisse vorwegnehmen zu wollen – schließlich wollen wir euch ja die Spannung nicht nehmen – kann eines doch schon jetzt klar und eindeutig festgestellt werden: Im Gegensatz zu den von unseren Betrieben gerne verbreiteten Märchen, dass Burn-Out

oft auch etwas mit unserem Privatleben zu tun habe, kommt die aktuelle Erhebung zum eindeutigen Ergebnis, dass Erkrankungen aus diesem Spektrum am Arbeitsplatz entstehen. Sie sind also die Folge unserer Arbeitsbedingungen. Genau genommen die Folge schlechter Arbeitsbedingungen.

Damit muss Schluss sein! Von selbst wird das allerdings nicht passieren. Die politisch Verantwortlichen und die Bosse haben ihren Unwillen, etwas dagegen zu tun, lange genug bewiesen. Es liegt also an uns. Denn: Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!

Kollektive Katastrophe: Keine persönliche Schwäche!

Burn-Out im Gesundheits- und Sozialbereich. Die Studie der IG Social in der Gewerkschaft GPA.

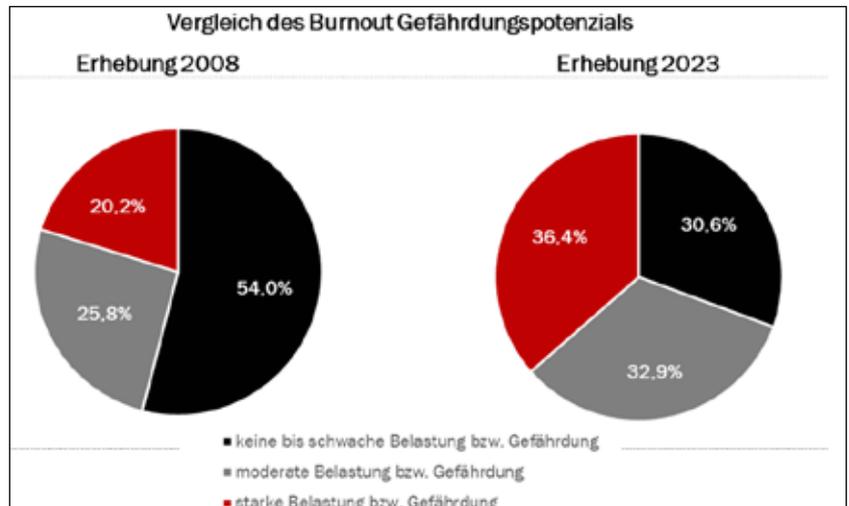
Schon vor 15 Jahren haben wir als IG Social eine erste Studie zur Burn-Out-Gefährdung unserer Kolleg:innen gemacht. Nach diesem langen Zeitraum war es Zeit für eine Wiederholung, um herauszufinden, welche Veränderungen es in diesem langen Zeitraum gegeben hat. Erste Ergebnisse wurden am 10.06. bei einer interaktiven Veranstaltung in der Wiener FAKTory präsentiert.

Das wohl entscheidende Ergebnis kann vorweg genommen werden. Burn-Out entsteht im Gegensatz zum von den Betrieben gerne verbreiteten Märchen einer Kombination von Belastungsfaktoren in der Arbeit und im privaten Bereich ausschließlich am Arbeitsplatz. Hier müssen auch Maßnah-

men ergriffen werden, um die Gefährdung so weit wie nur irgendwie möglich zu reduzieren.

Burn-Out ...
★ ist eine durch Stress, mangelnde Anerkennung und belastende Anforderungen im Berufsleben verursachte Situation, die zu einer „Überanstrengung der Fähigkeiten, Ressourcen und Energie“ der Beschäftigten führt und in einen „klinisch relevanten Erschöpfungszustand“ mündet oder münden kann.

★ geht mit einer unbestimmten Unruhe, Anspannung, reduzierter Motivation und Effektivität sowie auch Gereiztheit und anderen besonders im Zusammenhang mit der Ausübung der Berufsarbeit auffälligen und abträglichen Verhaltensweisen einher.



Die Gefahr für ein Burn-Out oder gar ein bereits akutes Burn-Out lässt sich laut dem Maslach Burnout Inventory anhand von Faktoren messen, die jeweils mit mehreren Fra-

gen erhoben, und dann zu einem Wert für jeden dieser drei Faktoren verrechnet werden:

★ **Emotionale Erschöpfung** zeigt sich in einem „Gefühl der Überforderung, Erschöpfung, Frustration, sowie Angst vor dem nächsten Arbeitstag“

★ **Depersonalisierung** ist als Reaktion auf emotionale Erschöpfung anzusehen. Diese zeigt sich im Versuch, sich von Klient:innen und Patient:innen zu distanzieren, allerdings vor allem über negative, abwertende Formen wie Gleichgültigkeit und Zynismus.

★ **Reduzierte persönliche Leistungsfähigkeit** verweist auf die Auswirkung von emotionaler Erschöpfung und Depersonalisierung auf die Arbeitssituation selbst. Diese kann sich in Überforderung, fehlender Motivation, Gereiztheit und der Vorstellung, mit der eigenen Arbeit und dem persönlichen Einsatz nichts bewirken zu können, niederschlagen.

Aus diesen drei Faktoren wird wiederum das Burn-Out-Gefährdungspotenzi-

al errechnet. Wie sich an der obenstehenden Grafik leicht erkennen lässt, hat sich die „starke Belastung bzw. Gefährdung“ in den letzten 15 Jahren von rund 20% auf mehr als 36% massiv erhöht. Andersrum betrachtet ging der Anteil der Kolleg:innen, die nicht oder nur schwach belastet sind von 54% auf unter 31% zurück. Zahlen die nicht anders als dramatisch bezeichnet werden können.

In der o.g. Veranstaltung der IG Social Wien haben wir daher mit den Teilnehmer:innen strukturelle Maßnahmen erarbeitet, welche das Gefährdungspotenzial verringern können. Nicht weiter verwunderlich standen dabei eine Verringerung von Arbeitszeit und -druck sowie mehr Personal und Selbstbestimmung im Mittelpunkt.

Allen, welche die gesamten Ergebnisse der Studie selbst studieren möchten, steht diese nach der Präsentation auf einer Pressekonferenz am 9. Juli im Bereich der IG Social auf der Website unserer Gewerkschaft GPA zur Verfügung.

Fast ein Vierteljahrhundert IG Social Wien

Ein Rückblick, 50 Wandzeitungen, ein Pubquiz und ein lauter Abschied

Vor fast 25 Jahren wurden die Interessengemeinschaften in der damaligen GPA-djp ins Leben gerufen, ein paar Jahre später auch auf Landesebene. Diese sog. Regionalausschüsse wurden durch die letzte Statutenreform der heutigen Gewerkschaft GPA wieder abgeschafft.

Nun ist es also auch für uns an der Zeit, Abschied zu nehmen.

Das machen wir mit einem kurzweiligen Rückblick auf diese lange Zeit, einem Ausblick, einer Spezialedition aller unserer 50 Wandzeitungen, welche alle Teilnehmer*innen bekommen, und einem Pubquiz. Die Antworten auf dessen Fragen lassen sich alle in der einen oder anderen Ausgabe unserer Wandzeitung finden und haben viel mit der Geschichte und den Kämpfen des privaten Gesundheits- und Sozialbereichs in dieser Zeit zu tun. Klar gibt's für die besten Quizzer*innen auch kleine Preise.

Wann: 17.09.2024, 18 Uhr

Wo: FAKTory, Universitätsstraße 9, 1010 Wien

für einen kleinen Imbiss und gepflegte Getränke
nach der Veranstaltung ist gesorgt



Wir organisieren uns – weiter! Fast ein Vierteljahrhundert IG Social Wien

Abschied. Und trotzdem kein Ende!

Seit fast 25 Jahren macht die Wiener IG Social, Anfang der 2000er noch unter dem Label „work@social“ gegründete, basisorientierte Gewerkschaftsarbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich. Nun ist Schluss damit – oder ein Neuanfang auf höherer Ebene.

Durch eine Strukturänderung wurden die regionalen IGs eingespart und werden nun von einem ausgeweiteten, für ganz Österreich zuständigen und bundesweit tätigen Ausschuss vertreten. Eine gute Gelegenheit zurückzublicken und – so viel sei vorweggenommen – eine positive Bilanz zu ziehen!

Von Beginn an stand bei den „Socials“ der Drang hin zur Einbindung und Organisierung der Basis im Vordergrund. Außerdem beteiligten wir uns immer wieder an unterschiedlichen Initiativen und Bündnissen, die sich kreativ und lautstark für mehr Geld im Sozial- und Gesundheitsbereich einsetzten.

Und weil unser Tun ja auch verbreitet werden sollte, wurde vor genau 50 Ausgaben diese Wandzeitung gegründet, die in steter Regelmäßigkeit in Sozialräumen, auf schwarzen Brettern, auf BR-Büro-Türen etc. hundertfach aufgepinnt und -geklebt wird.

Rund um das Jahr 2010 verstärkten wir unser Engagement in Richtung „Organizing“. Das – eigentlich

logische – gewerkschaftspolitische Prinzip, Menschen zu befähigen ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen und dabei zu unterstützen, Kämpfe darum auch eigenständig zu führen, war und ist uns wichtig. Durch den ständig steigenden Druck in unserer Branche, egal welcher Betrieb oder Kollektivvertrag, wurde die Auseinandersetzung mit Möglichkeiten des Arbeitskampfes immer notwendiger.

Um aus Praxisbeispielen zu lernen, luden wir Gewerkschafter:innen aus streikenden Betrieben zu Diskussionsabenden „Wie kämpfen im Sozialbereich?“ ein und vertieften unser Wissen bei Organizing-Seminaren mit interessierten Gewerkschaftsmitgliedern. Um diese Erfahrungen und Inputs auch für viele zugänglich zu machen, entstand die Idee einer Sammlung „gewerkschaftlicher Kampfinstrumente“.

„Was wir in fast einem Vierteljahrhundert an Herzblut, Zeit und Kreativität in die persönliche Arbeit mit Kolleg:innen gesteckt haben ist Ausdruck der leider oft (noch) verschütteten kämpferischen Tradition der österreichischen Arbeiter*innenbewegung. A Wonsinn!“ Axel Magnus, Vorsitzender der IG Social Wien

Am Ende hielten wir die Broschüre „Die ganze Palette – vom Gespräch bis zum Streik“ in der Hand!

Sie erfährt nun erneut ein Relaunch und wird euch bald wieder, auch in einer aktualisierten Online-Version, zur Verfügung stehen. Wichtig war und ist uns der



direkte Austausch untereinander, die Diskussion, das Lernen voneinander und das gemeinsame Tun. Und so organisierten wir von der Interessengemeinschaft immer wieder spannende Veranstaltungsreihen: 2012 behandelte die Podiumsdiskussion „Diagnose Kapitalismus“ die krankmachenden Arbeitsbedingungen im herrschenden Wirtschaftssystem, der Abend unter dem Titel „Die Angst nehmen“ unterstützte beim ersten Schritt, selbst aktiv zu werden.

Neben dem Thematisieren von Aktuell-Politischem wie „Nulllohnrouden & Budgetkürzungen stoppen“ war uns aber immer auch die konkrete Solidarität wichtig. So unterstützten wir die Kolleg:innen der Aids-Hilfe Wien gegen Änderungskündigungen und organisierten Kundgebungen z.B. beim Karlsplatz-Streetwork.

2014 gipfelte das IG-Projekt „Visionen gegen Depressionen“ in einem Sommerfest mit Workshops und Live-Musik, das zum weiteren Netzwerken einlud.

Im Jahr 2017 erarbeiteten wir gemeinsam mit Kolleg:innen der Deutschlehrenden in der Erwach-

senenbildung Strategien nach dem Organizing-Prinzip und freuen uns sehr, dass dieses Netzwerk heute immer noch besteht!

Politisch intervenierten wir in- und außerhalb der GPA, etwa durch Anträge wie „Nein zum sozialen Backlash“ durch die Wiener Stadtpolitik oder aktiv in der Bewegung gegen den Sozialabbau der Bundesregierung 2018. In diesem Jahr beleuchteten wir auch die Auswirkung der

und Rahmenbedingungen in den Pflegeberufen.

So viel mehr haben wir noch gemacht in diesen Jahren, und so viele tolle Menschen kamen dabei zusammen. Bevor „der Vorhang fällt“ wollen wir uns bedanken: bei allen, die bei Veranstaltungen dabei waren, mitdiskutiert haben, Aktionen mitgemacht haben, die Wandzeitung verlässlich aufgepickt haben, die Newsletter gelesen und Inputs gegeben

haben. Und natürlich bei all jenen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen, die zweieinhalb Jahrzehnte der Motor für die Arbeit der „Social“ waren.

„Wir haben uns immer daran orientiert, wie die Arbeits- und Lebensverhältnisse im Sozial- und Gesundheitsbereich verbessert werden können – indem wir gemeinsam kämpfen und das Werkzeug dazu entwickeln. Die IG Social ist ein wertvoller Beitrag dazu und wird es auch, egal in welcher Form, weiterhin sein!“ Selma Schacht, Vorsitzende der IG Social

„Ökonomisierung im Sozial- und Gesundheitsbereich“.

Über mehrere Jahre ging das nun aktuell abgeschlossene Projekt „Monitoring Pflegereform“ als Fortsetzung des Projektes „Bündnis für die Pflege“ zur Verbesserung der Arbeits-

Und das Beste kommt zum Schluss: Die nächste Ausgabe der Wandzeitung kommt – unter der neuen Herausgeberschaft der österreichweiten IG Social!

★ Abschiedsfeier: 17.9. ab 18 Uhr in der FAKTory, Universitätsstr. 9. Mit Pubquiz!



gpa.at/social

